

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monnats-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monatl. 1,10 M.,
 halbjährlich 5,50 M., frei ins Haus,
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Nummern: 119 Post pro Monat. Post-
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 rechnen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 berechnet für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Berichtigungsaussagen 20 Pfg.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
 gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schick-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 6 Pfg. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 17. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Frankfurt-Lebus.

Nur wenige Stimmen fehlten der Sozialdemokratie zum Siege beim ersten Wahlgang. Nur 16 oder nach einer anderen Meldung 36 Stimmen. Aber ist es auch der Sozialdemokratie nicht gelungen, den Wahlkreis beim ersten Ansturm zu erobern, so müssen doch die gegnerischen Parteien ihr widerwärtig den Erfolg bestätigen. Der Artikel, den die ultramontane „Märkische Volkszeitung“ dem Wahlausfall widmet, trägt die Ueberschrift: „Der neueste Erfolg der Sozialdemokratie“, und dem gleichen Gedanken verleiht ein Berliner linksliberales Blatt nur in anderer Weise Ausdruck, wenn es seinen der Wahl in Frankfurt-Lebus gewidmeten Artikel mit dem Titel verleiht: „Das Strafgericht geht weiter.“

Das Strafgericht ist in der Tat weiter gegangen! Die bürgerlichen Parteien haben eine schwere Niederlage erlitten! Ihre Stimmenzahl ist gegenüber 1907, sofern man die Zentrumsstimmen den den konservativen Stimmen zurechnen will, um 3700 zurückgegangen, während die Sozialdemokratie annähernd 2000 Stimmen gewonnen hat. Und selbst wenn man auf die Wahl vom Jahre 1903, wo der Sozialdemokrat in der Stichwahl siegte, zurückgreift, ergibt sich, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie um 1500 Stimmen gewachsen ist. Also trotz eines erheblichen Rückganges der Wahlbeteiligung — 1910 beteiligten sich nur 76 Proz. der Wähler an der Wahl, gegenüber 84 Proz. im Jahre 1907 — wuchs die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen um fast 2000. Das ist in der Tat ein Strafgericht für die bürgerlichen Parteien, ein starker Erfolg für die Sozialdemokratie!

Dabei hatten sich speziell die Konservativen mit großen Hoffnungen getragen. Sie bildeten sich wirklich ein, durch die Ausstellung ihres famosen „Arbeitervertreter“ der Sozialdemokratie erheblichen Schaden zufügen zu können. Schrieb doch noch die „Konservative Korrespondenz“ in ihrer Nummer vom 13. September wörtlich:

„Und so schwere Bedenken ursprünglich einer konservativen Arbeiterkandidatur in diesem Wahlkreise — in dem sich die Hauptwählermassen der Konservativen aus Landwirten, Handwerkern, Kaufleuten und Beamten zusammensetzen — entgegenstanden, Herr Dunkel hat es höchst geschickt verstanden, alle konservativen Kreise für die hohe Bedeutung einer konservativen Arbeiterkandidatur für die Gesamtprobe geradezu zu begeistern. Siderlich wird kein konservativer Wähler aus persönlichen Gründen nicht sein Stimmrecht ausüben. Die Wirkung auf die Arbeitermassen soll sich am Wahltage zeigen! Gelingt es, der Sozialdemokratie, die bei den letzten Wahlen in den beiden großen Städten des Wahlkreises, Frankfurt und Fürstenaalbe, rund 8000 — Frankfurt 5700, Fürstenaalbe 2300 — und in den ländlichen Gemeinden rund 4000 Stimmen erhalten hat, in irgendeiner Weise Abbruch zu tun oder auch nur ihren Siegeslauf aufzuhalten, so ist die konservativ Arbeiterkandidatur in vollem Umfange gerechtfertigt.“

Daß Herr Dunkel die Agrarier für sich „geradezu begeistert“ hat, soll nicht bestritten werden. Durch seine Verteidigung des Jollwuchers und der agrarischen Steuer- ausplünderung hat er sich die agrarischen Sympathien ja redlich genug verdient. Aber Herr Dunkel sollte ja doch vor allem die Arbeiter für die Konservativen einfangen. Die Wirkung der „Konservativen Arbeiterkandidatur“ auf die Arbeitermassen sollte sich „am Wahltage zeigen“. Und sie hat sich gezeigt! Freilich in dem Sinne, daß die Volksmassen, angewidert von der Judasrolle des angebliehen Arbeitervertreter, sich erst recht der Sozialdemokratie angeschlossen haben!

Nicht geringeres Bede hat der Liberalismus mit seinem Sammelkandidaten Dr. Winter gehabt. Vergebens suchte dieser Herr, der seinerzeit in Eisenach-Deornbach für den Antisemiten Schack eingetreten war (und gleichwohl der Freisinnigen Leitung des Wahlkreises Frankfurt-Lebus als gemeinsamer liberaler Kandidat als akzeptabel galt), durch Schimpfen auf Antisemiten und Zentrum seine wahre reaktionäre Physiognomie zu verschleiern. So bezeichnete er — nach der „Konservativen Korrespondenz“ — den Zusammenbruch des Antisemitismus in Bischofs-Marienberg als einen „Segen für das Volk“, so schwadronierte er nach derselben Quelle: „... das Zentrum kann Steuern, die auf kräftigere Schultern gelegt werden können, auf den kleinen Mann abwälzen, denn der Kaplan sorgt dafür, daß die Wähler ruhig bleiben, droht er doch sonst mit einem schlechten Platz im Himmel“. Herr Dr. Winter hatte alle Ursache, das Zentrum um diese Beschwichigungstätigkeit seiner Kapläne zu beneiden, denn dem Nationalliberalismus ist seine prinzipielle Beneidlichkeit, gleichfalls vier Fünftel aller neuen Steuern auf den „kleinen Mann“ abzuwälzen, auch in Frankfurt-Lebus spottischleht bekommen! Die Volksmassen gaben der nationalliberalen Jämmerlichkeit so gut den verdienten Fußtritt wie dem in so grotesker Weise in „Arbeiterfreundlichkeit“ machenden Konservatismus.

Aber das eine muß man dem nationalliberalen Sammelkandidaten wenigstens nachsagen: er ist so glücklich ausgewählt worden, daß er trotz aller Hälereien, die er während des Wahlkampfes mit den Konservativen gehabt hat, diesen konservativen Mitbewerbern gleichwohl der Stichwahlunterstützung im höchsten Maße würdig erscheint. Noch letzter Tage

entrißte sich die konservative Presse über die Ausfälle des Herrn Dr. Winter gegen die Konservativen resp. den schwarzblauen Bloch. So wurde es Herrn Winter schwer angeteilt, daß er am 27. August in Frankfurt a. d. O. erklärt hatte, daß im schwarzblauen Bloch Schwarz Trumpf sei, daß die Konservativen in der letzten Zeit die Drahtpuppen des Zentrums gewesen seien, und daß man sich freuen müsse, daß der konservativen Fraktion in Bischofs-Marienberg heimgelacht worden sei. Aber man muß den Konservativen nachsagen, daß sie den Schein von dem Sein sehr wohl zu trennen verstehen, daß sie trotz der kulturkampfpaukerischen und sonstigen „liberalen“ Redensarten des Herrn Dr. Winter in ihm den zuverlässigen Bundesgenossen der junkerlichen Reaktion zu schätzen wissen. Schreibt doch heute das führende konservative Organ, die „Kreuz-Zeitung“:

„Es wird nun darauf ankommen, bei der Stichwahl den Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Zu dem Zwecke ist aber erforderlich, daß die Wähler des konservativen Kandidaten, Arbeitersekretär Dunkel, Mann für Mann dem Nationalliberalen Dr. Winter ihre Stimmen geben. Und nicht nur das. Die Konservativen müssen ihre patriotische Opferwilligkeit auch insofern bezeugen, als sie unter den säumigen Wahlberechtigten, von denen insgesamt über 7000 ihre staatsbürgerliche Pflicht gesehen nicht erfüllt haben, für den nationalliberalen Kandidaten werben. Wir sind davon überzeugt, daß unsere Parteifreunde im Wahlkreise Frankfurt-Lebus nichts unterlassen werden, um den Sieg des Sozialdemokraten Faber zu verhindern.“

An dem guten Willen der Konservativen, den liberalen Mischmaschkandidaten Dr. Winter herauszuheulen, fehlt es also nicht. Nur ist es zweifelhaft, ob die Konservativen wirklich die Macht haben, den Nationalliberalen nicht nur sämtliche konservativen Stimmen zuzuführen, sondern auch noch erhebliche reaktionäre Reserven aus der „Partei der Nichtwähler.“ Wenn es den Konservativen bei der Hauptwahl trotz der rühmlichen Wahlagitatorik und des gepriesenen sympathischen Auftretens ihres Kandidaten nicht gelungen ist, auch nur annähernd die Stimmenzahl vom Jahre 1907 wieder zu erreichen, ist es auch zweifelhaft, ob es ihnen bei der Stichwahl möglich sein wird, die zahlreicheren Wahlverdrängten für Herrn Winter ins Feuer zu bringen. Einen solchen Zweifel hegen nicht nur wir, sondern so ziemlich alle bürgerlichen Parteien. Die „Germania“ hält es für unwahrscheinlich, daß auch nur alle konservativen Wähler, die diesmal gestimmt haben, zur Stimmenabgabe für den nationalliberalen Kandidaten zu bewegen sein werden. Und auch die „Rössische Zeitung“ meint:

„Gestern war die Schlacht von Frankfurt-Lebus. Sie hat der Sozialdemokratie einen Erfolg, wenn auch nicht den vollen Sieg gebracht. Aufeinander fehlen ihr einige Stimmen zur absoluten Mehrheit, wenigstens nach der einstweiligen Ermittlung des Landratsamtes. Nach der heutigen Meldung des „S. Z. M.“, die als „vorläufige amtliche Feststellung“ bezeichnet wird, hat der sozialdemokratische Schuhmachermeister Faber 14 316, der nationalliberale Archivar Dr. Winter * Roggeburg 7757, der konservative Arbeitersekretär Dunkel 6505 Stimmen erhalten. Das sind 14 316 sozialdemokratische gegen 14 352 bürgerliche Stimmen. Es braucht nur bei der endgültigen Feststellung des Wahlergebnisses eine Anzahl bürgerlicher Stimmen vernichtet oder dem Gegner zugerechnet zu werden, und der „Genosse“ ist gewählt. Aber auch wenn es zu dem zweiten Wahlgange kommt, erscheint seine Niederlage noch keineswegs ausgemacht. Erstens ist es durchaus ungewiß, daß sämtliche konservative und agrarische Wähler in der Stichwahl auf den nationalliberalen Kandidaten übergehen; zweitens lehrt die Erfahrung, daß die Sozialdemokratie beim zweiten Wahlgang noch regelmäßig Zuwachs erfährt, beispielsweise in Frankfurt-Lebus im Jahre 1903 von 12 817 auf 14 685 Stimmen.“

Natürlich dürfen und werden sich unsere Genossen in Frankfurt-Lebus nicht auf die Verstärkung der konservativen Wähler oder die Wahlmüde der bei der Hauptwahl der Abstimmung ferngebliebenen verlassen. Sie werden vielmehr alles aufbieten, um den halben Erfolg zu einem ganzen zu machen. Noch gilt es, proletarische und kleinbürgerliche Reserven heranzuziehen, noch ist es möglich, manche Wähler, die trotz alledem der konservativen Arbeiterkandidatur naives Vertrauen entgegengebracht haben, für die sozialdemokratische Kandidatur zu gewinnen. Noch einmal gilt es, an die Einsicht der Massen zu appellieren. Die Steueransplünderung, die Volksauszehrung durch die Lebensmittelpöle und Grenzsperrern, die schändliche Wahlrechtskomödie, die Polizeiatraden auf das Volk, die Erhöhung der Zivilliste und die letzte Gottesgnadentumrede — wie ließe sich ein aufpeitschenderes Agitationsmaterial erfinden!

Noch einmal beginnt der Kampf! Möge er das Strafgericht vollenden!

Ein seltsamer Rechenfehler.

Bis nach Mitternacht war in dem Hauptlager der verschiedenen Parteien in Frankfurt a. Oder einhellig die Nachricht verbreitet, daß der sozialdemokratische Kandidat Faber mit circa 1800 Stimmen Majorität den Sieg davongetragen hätte. Die Zusammenstellung der amtlichen Resultate durch das Landratsamt ergab diesen glatten Sieg der Sozialdemokratie. Dem liberalen Kandidaten Dr. Winter schlug die auch von einem Extrablatt der nationalliberalen „Oder-Zeitung“ verbreitete Nachricht so auf die Nerven, daß er sich Schleunigst zu Bett begab. Erst

nach Mitternacht ging dann in Frankfurt die Nachricht ein, daß bei der Zusammenzählung der einzelnen Wahlergebnisse dem Landratsamt ein Irrtum unterlaufen sei, und daß aller Wahrscheinlichkeit nach nun doch eine Stichwahl zwischen Dr. Winter und Faber notwendig werden würde. Erst nach 1 Uhr gelangten diese Nachrichten nach Berlin, so daß verschiedene Blätter sich genötigt sahen, einen Teil ihrer bereits gedruckten Auflage mit der Nachricht von dem sozialdemokratischen Siege zurückzuziehen und die Blatte der ersten Seite von neuem zu gießen. Wie ein solcher Rechenfehler überhaupt möglich war, erscheint uns einigermaßen rätselhaft. Jedenfalls wird es gut sein, wenn die Genossen von Frankfurt-Lebus die Stimmresultate mit der gebotenen Gründlichkeit nachprüfen, um zu verbüten, daß nun am Ende eine Stichwahl lediglich infolge eines Rechenfehlers für notwendig erklärt wird!

Die Stichwahl ist auf den 26. September festgesetzt.

Die Regierung für Fleischnot.

Billiges Fleisch.

Wiederum hat die Regierung trotz der Not des Volkes, trotz der wachsenden gestiegenen Fleischpreise eine Doffnung der Grenzen abgelehnt. Herr von Schorlemer, der ultramontane Landwirtschaftsminister, bediente sich bei der Ablehnung des abgedrohten Arguments, im Auslande sei das Vieh ebenso teuer wie bei uns. Da muß man wohl fragen: hat denn der Herr noch nie etwas über die Viehpreise in Argentinien gehört?

In den letzten Jahren führte Argentinien, das hauptsächlich gefästetes Fleisch exportiert, von lebendem Vieh aus nach England, Belgien, Frankreich und Portugal 24 293 Rinder, 201 354 Hammel und nebenbei eine große Zahl Pferde. Selbstverständlich würde es sehr gern bereit sein, wenn es nur die Erlaubnis erhielte, auch nach Deutschland lebendes Vieh in genügenden Mengen zu liefern. Es ist dazu imstande, denn allein England hat an Fleisch in den letzten Jahren bekommen: 3 1/2 Millionen Stiere, 463 000 Döfeln, etwa 140 000 Kühe, 23 000 Mäuler, 16 000 Schweine und etwa 1 370 000 Hammel. Argentinien würde uns lebendes Vieh in Massen liefern können, und zwar zu Preisen, die uns in der jetzigen Zeit märchenhaft niedrig erscheinen. Ein Hammel lebend kostet, an Bord geliefert, 16—20 M., Döfeln kosten 160—220 M., wir müssen gegenwärtig in Deutschland das Drei- bis Vierfache bezahlen. Selbst wenn wir die Verluste, die auf der Seereise entfallen, und die Kosten des Transportes noch so hoch ansetzen, so würde doch argentinisches Vieh immer noch viel billiger sein als einheimisches. Man könnte auch dafür sorgen, daß das argentinische Vieh mit dem deutschen nicht in Verbindung kommt, sondern separat in Schlachtfässer befördert und dort geschlachtet wird. Damit wäre die Gefahr einer Seucheneinführung vollkommen ausgeschlossen, ganz abgesehen davon, daß das argentinische Vieh gesünder ist als unser deutsches, denn das argentinische lebt ständig auf Alpwiesen, während das deutsche zum Teil in Ställe gehalten wird. Hat der Herr Landwirtschaftsminister wirklich nicht gewußt, wo wir billiges Vieh herbekommen? Nun, dann wird er sich jetzt jedenfalls beeilen, dem Volke billiges Fleisch zu verschaffen, oder aber man muß annehmen, die Regierung will das Volk hungern lassen, damit den unerfülllichen Junkern Wucherpreise gesichert bleiben.

Der Minister verweigert die so dringend notwendige Erleichterung der Einfuhr aus zwei Gründen: Er behauptet einmal, daß der Viehbestand und die Höhe der Viehpreise in den für die Einfuhr in Betracht kommenden Ländern eine erhebliche Vermehrung der Einfuhr und damit einen neuemwertigen Einfluß auf die Gestaltung der Viehpreise im Inlande nicht erhoffen ließen. Wenn der Minister an seine Ausrede wirklich glaubte, warum macht er denn das Experiment nicht. Die Agrarier hätten ja dann keinen Schaden, und der Beweis wäre erbracht, daß die Doffnung der Grenzen wirkungslos ist. In Wirklichkeit weiß der Minister sehr gut, daß die unbeschränkte Doffnung der Grenzen von Dänemark und Holland für die Vieheinfuhr zweifellos eine sofortige Verbilligung der Fleischpreise im Gefolge haben würde; die Zulassung der Vieheinfuhr aus Schweden und Frankreich würde überdies diese Länder veranlassen, sich wieder mehr der Viehzucht für den Export zuzuwenden. Die Ausrede des Ministers stellt sich also als eine bewusste Irreführung der öffentlichen Meinung heraus. Auf die Not des Volkes antwortet das Instrument der Agrarier mit einer Provokation.

Um nichts besser ist die zweite Ausrede des Ministers: die Seuchengefahr. Die Seuchengefahr ist ein Schreckgespenst, das uns immer vorgegaukelt wird, obgleich Praxis und Wissenschaft beweisen haben, daß die Vieheinfuhr möglich ist, ohne das Inland in Gefahr der Verseuchung zu bringen; wird doch tatsächlich aus England, Oesterreich usw. zurzeit nach Deutschland Schlachtwiech eingeführt, ohne daß jemals ein Fall von Seucheneinführung dadurch herbeigeführt worden wäre. Von höchster Wichtigkeit wäre es, wenn der Minister angeben wollte: wo der große Vorrat an schlachtfähigen Schweinen im Inlande ist und woher die Zunahme der Zufuhr von Döfeln und Rindern nach den Märkten zu erwarten ist, welche nach seiner Ansicht den Rückgang der Viehpreise bald zur Folge haben werden. Der Minister wird dringend ersucht, auf diese Fragen sofort zu antworten. Mehr denn läßt aber ist die Behauptung, es sei nicht gerechtfertigt, von einer Fleischnot und davon zu reden, daß die Fleischversorgung der arbeitenden Bevölkerung zurzeit in Frage gestellt sei. Das ist objektiv ein Hoh auf die Armut, wie man ihn aufreizender kaum erfinden kann. Daran wird auch die Meldung nichts ändern, daß der Landwirtschafts-

minister eine umfangreiche Darstellung über den Stand der Fleischfrage mit großem Zahlenmaterial vorbereitete. Nicht zurechtgestückte und zweckmäßig gruppierte Zahlen will das Volk haben, sondern billiges Fleisch. Wie das beschafft werden kann, ist satzungsmäßig festgelegt worden.

Nun wird auch die Großindustrie rebellisch. Sie befürchtet augenscheinlich infolge der Fleischteuerung eine Zunahme der Unzufriedenheit und auch eine Abnahme der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt:

Wir haben uns an dieser Stelle wiederholt gegen die Grenzsperrung gewandt, die unter dem Vorwande einer gesundheitlich notwendigen Maßnahme die ausreichende Versorgung des Landes mit Fleisch verhindert. Wir sagen mit Bewußtsein und Absicht „unter dem Vorwande“, weil auch jeder Agrarier, der ehrlich sein will, und zugestehen muß, daß, wenn man von veterinärpolizeilichen Gesichtspunkten sprechen will, die Holländer manchmal mehr Ursache hätten, ihre Grenze gegen uns zu sperren als umgekehrt. Es handelt sich hier lediglich um eine durch nichts zu verteidigende agrarpolitische Maßnahme, die man moralisch in etwas verteidigen könnte, wenn in Deutschland ein Ueberfluß an Schlachtvieh herrschte, die aber direkt verwertbar ist und mit Recht verbitternd wirkt, wenn in Deutschland die Fleischpreise für Hunderttausende unerträglich werden, weil bitterer Mangel an Schlachtvieh herrscht.

So das Blatt der rheinisch-westfälischen Großindustrie. Es hat natürlich nicht aus Menschenfreundlichkeit und Arbeiterliebe geschrieben, sondern weil es fürchtet, daß die Arbeiter höhere Löhne verlangen.

Das Karlsruher Gewerkschaftsblatt beschloß in seiner Sitzung vom Donnerstag, in einer Eingabe an den Stadtrat von Karlsruhe zu verlangen, daß die Gemeinde Wege suche, auf denen der Fleischteuerung begegnet werden könne. Man soll bei der badischen Regierung für Deckung der Grenzen und Aufhebung der Viehölle vorstellig werden.

Die Stadtverordnetenversammlung in Offenbach fordert in einer Eingabe den Magistrat auf, bei der Staatsregierung die Deckung der Grenzen für Schlachtvieh und Fleisch zu verlangen.

Das Stadtverordnetenkollegium in Dresden beschäftigte sich am Donnerstag mit drei Anträgen, die Maßnahmen der Stadtverwaltung gegen die Fleischverteuerung forderten. Die Fleischler verlangten in einer Eingabe die Deckung der Grenzen, ein sozialdemokratischer Antrag gemeinsames energisches Vorgehen von Rat und Stadtverordneten gegen die Fleischteuerung und ihre Ursachen, während die Nationalliberalen durch ihren Antrag nur schwächern antrugen, ob der Rat „in dieser Angelegenheit“ Schritte zu tun gedenke. Die Anträge wurden einstimmig angenommen, auch der sozialdemokratische, damit haben die Dresdener Stadtverordneten zwar einmütig bekundet, daß sie Maßnahmen gegen die Fleischnot anerkennen, andererseits ist von Dresden aus auf alles andere eher zu rechnen, als auf einen energischen Vorstoß gegen die Fleischwucherpolitik, die alleinige Ursache des Übels, denn dazu wird sich der Rat nie aufschwingen.

Ferner wurde beschlossen, den Oberbürgermeister Weutter wegen der Fleischnot zu ersuchen, er möge den Deutschen Stadteitag einberufen. Weutter sagte die Einberufung zu.

In einer Donnerstag in Köln-Kalk abgehaltenen, von etwa 1000 Personen besuchten Volksversammlung wurde lebhafter Einspruch gegen die Weigerung des Ministeriums erhoben, angesichts der Fleischteuerung eine Deckung der Grenzen herbeizuführen. In einer Resolution sprach die Versammlung ihre Entrüstung über die völlige Untätigkeit der Regierung gegenüber der gemeinschaftlichen Fleischteuerung aus. Außer der Aufhebung der Vieh- und Fleischölle und Deckung der Grenzen wird die baldige Errichtung kommunaler Schlachtereien und Fleischverkaufsstellen verlangt.

Wien, 18. September. Die österreichische Regierung wird in den Blättern aufs heftigste angegriffen wegen ihres Beschlusses, zunächst nur 10 000 Tonnen, das sind 200 Tausend Zentner argentinischen Fleisches, ins Land einzulassen und außerdem von der ungarischen Regierung die Genehmigung zu einer Maßregel zu erbitten. Die ungarische Regierung hat in die Einfuhr von Schlachtvieh aber nicht in die von geschlachtetem Fleisch hereinzureden. Es wird demnächst noch zu Straßendemonstrationen kommen.

Berlin, 16. September. Das Kaiserliche Gesundheitsamt teilt mit: Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche ist gemeldet aus Truppeha, Kreis Jerichow I, Regierungsbezirk Magdeburg, Neu-Grunau, Kreis Flatow, Regierungsbezirk Marienwerder bei Händlervieh.

Aus Lengden und Naktow, Kreis Belgard, Regierungsbezirk Köslin am 15. September 1910.

Das deutsche Vieh ist stark verseucht — trotzdem bleibt die Grenze für gesundes ausländisches Vieh gesperrt, angeblich damit das nationale Vieh gesund bleibe.

Züdeleien eines Blocksozialisten.

Paris, 14. September. (Fig. Ver.) Der frühere Abgeordnete Genosse Varenne, der als Leitartikler der bürgerlich-radikalen „Lanterne“ mit Vorliebe die Latit der geeinigten Partei im Namen des Blockrepublikanismus bekämpft, richtet heute im „Matin“, dem freigebigen Geschäftsblatt für chauvinistische Stimmungsmache, einen Angriff gegen die deutsche Sozialdemokratie. Unmittelbar nach der eindrucksvollen Kundgebung internationaler sozialistischer Solidarität in Kopenhagen und ihrem schönen Epilog in der Frankfurter Versammlung hält er es für seine sozialistische Pflicht, sich als Zeuge für die „bourgeois-patriotischen“ Anklagen zu melden, die gegen die angeblich vaterlandsverräterischen Sozialisten ihres Landes den angeblichen Patriotismus der Sozialisten des Auslandes auspielen. Allerdings hütet sich Gen. Varenne, die deutschen Genossen offen des Verrats an der proletarischen Solidarität zu bezichtigen, aber er beschuldigt sie, durch ihre Lässigkeit im Kampf gegen den Militarismus (?) ihren Herrschaft in Europa zu sühen. Er verwahrt sich dagegen, sie etwa einer häßlichen Hinterhältigkeit zu verdächtigen, aber er findet eine „erstaunliche Uebereinstimmung“ in der Haltung der deutschen Diplomatie auf der Haager Konferenz und der deutschen Delegation auf dem Kopenhagener Kongreß, zwischen der Ablehnung des obligatorischen Schiedsgerichts durch Baron Marschall von Bieberstein und der Ablehnung der Resolution von Kardies durch Genossen Ledebour. Die von Ledebour vorgebrachten Argumente scheinen ihm nicht vollständig. „Vielleicht haben sie (d. h. die deutschen und österreichischen Sozialisten — von den anderen Gegnern der

Resolution schweigt des Sängers Höflichkeit) nicht alles gesagt und die Sorge, ihrer Propaganda in den Massen nicht zu schaden, verbunden mit einem recht geringen Geschmack an der Idee des Generalstreiks, dürfte zu ihrer Haltung beigetragen haben. Es steht nichtsdestoweniger fest, daß sich die deutschen Sozialdemokraten in der Frage der Bekämpfung des Krieges im Hinterreffen der Internationale befinden.“ Der Genosse Varenne will erst abwarten, ob die deutschen Sozialdemokraten ihr Versprechen, den Militarismus mit erhöhter Kraft zu bekämpfen, halten wollen. Er will nicht die Sicherheit eines Landes gefährden, indem er in der entscheidenden Stunde das tut, was zu tun man jenseits der Grenze sich weigern würde. — Man sieht also, auch der Genosse Varenne will sich nicht zu Generalstreik und Insurrektion im Kriegsfall schriftlich verpflichten. Der Unterschied zwischen ihm und den Gegnern der Resolution von Kardies besteht aber darin, daß diese gemeint haben, die Vieljährigkeit der internationalen Situationen und der Mittel, die sie fordern, nicht in einem pedantischen Protokoll erschöpfen zu können, wogegen ein Verzeichnis patriotischer Vorkämpfer für einen auf Bourgeoisstimmen angewiesenen verunglückten Kandidaten sicher ein nützliches Dokument ist. Es soll aber anerkannt werden, daß Genosse Varenne schon früher einen schneidigen Antimilitarismus mit patriotischer Rückversicherung gegen die deutsche Partei ausgepielt hat. Als er, der mit den Radikalen verschworene Extremreformist, vor 3 Jahren auf dem Parteitag in Nancy vor dem Stuttgarter Kongreß mit den Verbündeten zusammen der Resolution Bailant zum Sieg verhalf, verheimlichte er nicht, daß sie ihm selbst zu weit gehe, daß er aber für sie stimme, um die Deutschen vor der Internationale hereinzulegen. Wir sind natürlich weit entfernt davon, bei Genossen Varenne mehr nationalstiftliche Respektiments zu vermuten als bei den Herausgebern des „Matin“, die diesen Befürworter von Generalstreik und Insurrektion zu Gast laden. Ebenso wie wir in der Suffizienz seines Artikels nicht eine Genugtuung über die Ablehnung des vermeintlich einzig wirksamen Schuttmittels gegen den Krieg sehen, sondern nur die Kundgebung eines „realpolitischen“ Geistes, dem ein Wähler in der Hand lieber ist als eine Friedenstaube auf dem Dache.

Die Knappschaftswahlen im Ruhrrevier.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Heute, am 17. September, finden im Bereich des Bochumer Knappschaftsvereins die allgemeinen Kellertestwahlen statt. Diese Knappschaftskasse zählt rund 340 000 versicherte Bergarbeiter. Für diese sind 419 Sprengel gebildet worden, für die heute je ein Kellertest und ein Stellvertreter gewählt werden müssen.

Welche Bedeutung die Kellertesten für die Ruhrbergleute haben, ergibt sich aus ihren Aufgaben. Diese seien hier kurz wiedergegeben. Die Kellertesten erledigen den schriftlichen Verkehr zwischen den Knappschaftsmitgliedern und der Knappschaftsverwaltung. Sie unterbreiten der Verwaltung die Wünsche und Anträge der Mitglieder und der Invaliden wie deren Angehörigen. Dann haben die Knappschaftskellertesten die Krankenkontrolle vorzunehmen, den Bergarbeitern mit Rat und Tat in Sängungsfragen beizustehen. Ferner haben sie mit den Vertretern der Grubenbesitzer im Knappschaftsverein die Statut- (Sängungs-) Änderungen zu beschließen. Ohne ihren Willen, d. h. ohne den Willen der Mehrheit der Kellertesten kann eine Änderung der Sängung nicht vorgenommen werden. Die Kellertesten wählen aus ihren Reihen wieder die Arbeitervertretung in den Knappschaftsvorstand und dieser wieder die Vertretung in die einzelnen Geschäftsausschüsse. Dies die wichtigsten Aufgaben der Kellertesten. Man kann sich denken, wie in einem so großen Verein diese Arbeitervertreter in Anspruch genommen werden. Für ihre Tätigkeit, die neben der Vernarbheit geführt wird, erhalten die Kellertesten dann jährlich 500 M. Spesen.

Die Knappschaftskasse hatte im Jahre 1909 eine Gesamteinnahme von 54 770 824 M., eine Gesamtausgabe von 33 416 777 M. Das Vermögen betrug Ende 1909 rund 152 Millionen Mark. Vorhanden waren im genannten Jahre 81 333 Invaliden, 20 516 Witwen, 53 258 Waisen, die laufende Unterstufungen bezug. Renten erhielten. Die Unfallrentenbesitzer, die zum geringen Teil gleichzeitig Berginvaliden sind, kommen in ihrer Mehrzahl nicht in der oben angegebenen Zahl der Invaliden zum Ausdruck. Innerhalb der Sektion II der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft waren Ende 1909 45 476 Rentenempfänger vorhanden! Das die Krankengeldrenten betrifft, so kamen 1909 auf 348 389 Krankengeldrentenmitglieder (ihre Zahl ist inzwischen um einige Tausend gesunken) 225 814 oder auf 1000 Mitglieder 648 Erkrankungsfälle vor. Auf einen Erkrankungsfall kamen 18,7 Krankengeldbezugsstage.

Diese Ziffern zeigen uns die große Bedeutung der Bochumer Knappschaftskasse für die Ruhrbergleute, aber sie zeigen auch die Wichtigkeit der Knappschaftskellertesten. Kein Wunder, wenn die Knappschaftskellertestenwahlen Leidenschaften unter den Ruhrbergleuten auslösen, wie sie kaum nur noch bei Reichstagswahlen wiederkehren können. Schon die eine Tatsache, daß die Knappschaftskellertesten auf die Klasse wie auf die Bergarbeiter selbst einen bedeutenden Einfluss ausüben, läßt auf die Heftigkeit der Kämpfe um die Kellertestposten schließen.

Im Jahre 1904 bei den allgemeinen Kellertestwahlen (alle sechs Jahre wird gewählt) errang der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, kurz der alte Verband genannt, die schwache Majorität der Kellerteststige; diese Majorität erhöhte sich recht stark bei den im Laufe der sechs Jahren vorgekommenen Nachwahlen. Am Ende der Legislatur waren von 397 Kellertesten 235 Verbände! Ungefähr 135 gehörten dem „Gewerksverein christlicher Bergarbeiter“ an. Jetzt sind 419 Sprengel gebildet.

Wie die Wahlen heute ausfallen werden, darüber läßt sich nur so viel sagen, daß der Bergarbeiterverband die Majorität der Sänge behalten wird. Wie groß die Majorität aber sein wird, ist nicht vorauszusehen. Jedenfalls hat der Bergarbeiterverband eine Kraftprobe zu bestehen, wie er sie bisher noch nicht bestanden hat.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat das leinerzeit im „Vorwärts“ vorausgesagte Kompromiß mit den Sängen abgeschlossen. Die Sängen treten mit ihrem Beamtenstab (die der Knappschaft gleichfalls als Mitglieder angehören) für die Gewerksvereinskandidaten ein und umgekehrt der Gewerksverein für die Sängenkandidaten! Meist sind die Kandidaten gemeinschaftlich ausgewählt und aufgestellt! Dieser Kompromiß ist gut vorbereitet und gut organisiert, was bei den vorhandenen Kräften kein Wunder nimmt. Nebenbeamte, Geistliche, der Stab christlicher Agitatoren, die nationalliberalen Sekretäre bringen die hinter ihnen stehenden Vereine mit auf dem Kampflay. Nationalliberale Partei- und Bürgervereine, Zentrums- und sozialistische Organisationen, die konfessionellen und patriotischen Vereine, alles ist gegen den Bergarbeiterverband ausgerufen worden, da bei den Knappschaftswahlen ja die Beschäftigten zu den nächsten Reichstagswahlen geschlagen werden sollen!

Aber auch der Bergarbeiterverband hat nicht gerührt. Sein Appell an das Klassenbewußtsein und die Klassen-solidarität der Bergarbeiter wird nicht ungehört verhallen. Die Verbändler wissen genau so, wie ihre Gegner, was auf dem Spiele steht. Ihre Hoffnungen, den Sieg bei den Knappschaftswahlen auch über die geeinigten Gegner zu erringen, wird getragen von dem prächtigen Ausfall der hinter uns liegenden Sicherheitsmännerwahlen.

Beißt der Bergarbeiterverband die Zahl der Sänge, die er inne hatte, dann ist der gemeinsame Schlag der Kompromißpartei abgeschlagen und der Verband kann stolz auf den 17. September sein. Jeder Säng, der dann noch dem Verbands beifällt, erhöht seinen Sieg und auch seine Ansehlichkeit, mehr und mehr die übergroße Majorität der Bergarbeiter hinter sich zu bekommen. Wie nötig das letztere ist, werden wir später noch eingehender darlegen, wenn uns das Ergebnis der Knappschaftswahlen vorliegt.

Der jetzt hinter uns liegende Kampf hat Erscheinungen gezeigt, die für unser politisches Leben von großer Bedeutung sind. Aber auch die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung wird stark durch den Ausfall der Kellertestwahlen berührt. Erleidet das Kompromiß die verdiente Niederlage, dann werden sich für die Kämpfe der Arbeiterschaft, vornehmlich die des Westens Deutschlands, neue Perspektiven eröffnen. Doch, wie gesagt, wir werden darauf noch zurückkommen.

Während wir dieses schreiben, ergießt sich eine Flut von Flugblättern und Stimmzetteln über das Ruhrgebiet. Eine Reihe von Sängerversammlungen weiß die letzten ungeheuerlichsten Angriffe und Verleumdungen der Gegner zurück. Es sind heiße Kampftage, die hinter uns liegen, aber jede Stunde, die uns näher dem Ausgang der Wahl entgegenbringt, steigert die jetzt vorhandenen Leidenschaften der kämpfenden Parteien. Was wir vom Bergarbeiterverband jetzt aber schon sagen können, ist, daß er seinen Kampf gegen die Gegner offen und ehrlich geführt hat. Unsere Feinde hingegen haben ihr Schild behudelt. Aus Schmutz und Unrat heraus holen sie sich ihre Mandate. Darum wird der 17. September doppelt ein Kampfes- und Ehrentag für den Bergarbeiterverband und somit für die Klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. September 1910.

Die Niederhaltung der Reichslande

Wie eine parlamentarische Korrespondenz meldet, ist es noch unbestimmt, ob den Bundesrat ein Entwurf zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage bereits in der nächsten Zeit beschäftigen wird. Die vertraulichen Verhandlungen mit den größeren Bundesstaaten seien noch nicht abgeschlossen. Geplant sei nicht eine Erhebung Elsass-Lothringens zum selbständigen Bundesstaat, sondern nur eine Fortentwicklung der parlamentarischen Verhältnisse durch Schaffung eines Landtags und Einführung einer Statthaltertschaft auf Lebenszeit. Die militärischen Fragen dürften vorläufig unberührt bleiben, das heißt, die abkommandierten Truppenteile Preußens, Sachsens, Bayerns, Württembergs, Badens, Mecklenburgs bleiben in den Reichslanden. Auch die Verwaltung der Reichseisenbahnen werde weiter von Berlin aus bejagt, während das neue elsass-lothringische Parlament ein Aufsichtsrat über diese Bahnen erhalten soll. Wahrscheinlich werde die ganze Verfassungsfrage bis nach den Reichstagswahlen zurückgestellt werden, um die Umwälzung in politisch ruhigeren Zeiten vollziehen zu können.

Das Bestreben, die immer wieder geäußerten Wünsche der Reichslande, endlich einmal von dem Ausnahmezustand befreit zu werden, unter dem sie seit nunmehr vierzig Jahren stehen, bis nach den Wahlen aufzuschieben, erscheint sehr begründlich. Wieten doch die Richtlinien, in denen sich der Entwurf bewegen soll, wirklich nichts, was den berechtigten Forderungen der Reichslande entspricht. Vielmehr soll nach wie vor die Oberhoheit des reaktionären Preußen aufrechterhalten werden. Bei vorzeitiger Beratung würde sich der Unwille der Bevölkerung durch Wahl oppositioneller Volksvertreter entladen, eine Tatsache, die man, freilich vergeblich, durch die Verschiebung verhindern möchte.

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller hat sich dieser Tage abermals mit der Reichsversicherungsordnung beschäftigt. Beschlossen wurde, sofort nach Beendigung der zweiten Lesung in der Kommission eine Delegiertenversammlung zu berufen, die zu den Beschlüssen Stellung nehmen soll. Auch die Reform des Strafgesetzbuches bildete den Gegenstand eingehender Verhandlungen. Die Bestimmungen über Verleumdungen und anderes mehr finden nicht den Beifall der Scharfmacher. Vor allen Dingen vermissen sie scharfe Strafen für Streikposten. In einer Eingabe soll der Regierung der Standpunkt klar gemacht werden. Mit den verschärfenden Bestimmungen des preussischen Handelsministers über die Konkurrenzklauseil erklärten die Herren sich dagegen einverstanden. Herr Sydow hat sich das uneingeschränkte Vertrauen der Scharfmacher erworben. Er hat's redlich verdient!

Wieder nichts für die Veteranen!

Ueber Wertzuwachssteuer und Veteranenbeihilfen teilt die Korrespondenz Folgendes mit: Der Ertrag der neuen Wertzuwachssteuer sollte zu einem Teile Verwendung als Veteranenbeihilfen finden. Wie sich nach angestellten Berechnungen herausgestellt hat, dürfte die Wertzuwachssteuer, zumal Entschädigungen für Kommunen für eine Reihe von Jahren aus ihren Erträgen bestritten werden müssen, nach den bisherigen Kommissionenbeschläüssen bei weitem nicht so hohe Erträge abwerfen, um die im Reichstagsgeduerten Veteranenwünsche zu befriedigen. Die berechneten Beträge reichen nur für einen Bruchteil aller bedürftigen Veteranen aus. Sollen aus den Erträgen der Zuwachssteuer die Deckungsmittel für Veteranenbeihilfen entnommen werden, so müßten die Beschläüsse so revidiert werden, daß sie höhere Beträge garantieren oder eine Mehrsteuer müßte die fehlenden Summen herbeischaffen.

Für die armen Veteranen hat das große Deutsche Reich also auch nach dem Inkrafttreten der Wertzuwachssteuer noch kein Geld! Aber um so mehr löbende Worte bei Schlachtenjubiläen und Kriegerversammlungen.

Ein neuer Kolonialskandal?

In Kamerun droht, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, ein Skandalgeschehen, da die Leute des „King“ Bell in einer Anzeige an das Reichskolonialamt zwei jüngere Assessoren in Duala allerlei Verfehlungen bezichtigen,

bei denen auch Weiber wieder eine Rolle spielen sollen. Im Kolonialamt ist ein amtlicher Bericht eingelaufen und eine Untersuchung der Aufschuldigung in die Wege geleitet worden.

Neue polizeiliche Provokation in Halle.

Zu einer einberufenen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und Saalkreis am Donnerstagabend, in welcher die Berichterstattung vom Internationalen Kongress vor sich gehen sollte, erschienen zwei Polizeibeamte, die sich zur Überwachung beauftragt erklärten. Die Versammlung war laut vorheriger Bekanntmachung streng geschlossen. Die Aufforderung des Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneter Adolf Albrecht, zum Verlassen des Lokals beantwortete der höhere der beiden Beamten mit Auflösung der noch nicht eröffneten Versammlung! In toller Ruhe verließen die Anwesenden den Saal, nichtsdestoweniger wurde ein in der nahen Polizeiwache zusammengezogenes sehr starkes Polizeiaufgebot im Eilschritt zur gewalttätigen Räumung beordert. Die Besonnenheit der Parteigenossen verhinderte jedoch Zusammenstöße. Bis gegen Mitternacht wurde das Versammlungslokal, der Volkspark, polizeilich scharf überwacht. Die Polizisten waren angewiesen, bei der geringsten Widerseßlichkeit aufs Schroffste vorzugehen.

Gegen die polizeiliche Störung der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins an einem der letzten Sonntage ist Beschwerde erhoben worden. Beantwortet hat darauf zunächst der Oberbürgermeister von Halle, Dr. Rabe, der gleichzeitig Polizeichef ist. In seiner Antwort sagt er kurz, daß die Überwachung gerechtfertigt war, da der Verein (8800 Mitglieder) zu groß sei und ein räumlich zu ausgedehntes Gebiet (nur Halle und Saalkreis) umfasse. Infolgedessen bildeten seine Mitglieder keinen „in sich geschlossenen Kreis von innerlich verbundenen Personen“, was laut höchstgerichtlicher Entscheidung unerlässlich sei.

Raschlich wird gegen diesen sonderbaren Bescheid weitere Beschwerde erhoben, ebenso gegen die völlig ungesetzliche Versammlungsausschließung. Zum Sonntag beruft der Sozialdemokratische Verein für Halle eine öffentliche Protestversammlung ein, in welcher die arbeitende Bevölkerung von Halle die Antwort auf die Polizeivöllerei erteilen wird.

Der Fehlschlag der Leuchtmittelsteuer.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird von industrieller Seite geschrieben: „Die Leuchtmittelsteuer hat nicht einmal ein Drittel der veranschlagten Summe gebracht. Die außerordentlich übrigen die Höhe der Leuchtmittelsteuer ist, sei an einem Fall, der dem Hansabude in diesen Tagen mitgeteilt wurde, gezeigt: Eine Fabrik bedarf ihres Winterbedarf an Kohlenstücken für elektrische Vogenlampen mit 101,00 M. Die Steuer für diesen Verbrauch betrug 155,52 M. Die deutsche Beleuchtungsindustrie steht unbedingt an erster Stelle in der ganzen Welt. Um so bestrebender ist es, daß diese Industrie... durch die gesetzgeberische Maßnahme einer derartigen Belastung und Beschränkung unterworfen wird...“

Ein Fiasko des Reichsverbandes in der Residenz Dr. Becker's.

In Sprendlingen (Hessen) sind bei der Gemeindevertreterwahl die bisherigen vier sozialdemokratischen Gemeindevertreter mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Der Kandidat des „Bürgervereins“, der drei Jahre im Gemeinderat saß, ist um 100 Stimmen in der Minderheit geblieben trotz der verzweifeltsten Anstrengungen des Reichsverbandes. Die Niederlage dieser edlen Organisation ist um so größer, da Sprendlingen das engere Tätigkeitsfeld und der Wohnort des bekannten Reichstagsabgeordneten Dr. Becker ist, des Reichsverbandesgenerals für Süddeutschland. In seinem eigenen Wohnort hat der „berühmte“ Politiker vollständig politisch kontrari gemacht. Das Ergebnis der Wahl ist umso erfreulicher, da der Kampf in niedrigster Reichsverbandmanier geführt wurde.

Demokratische Reichstagskandidatur im ersten Berliner Wahlkreise.

In einer Versammlung der Demokratischen Vereinigung im ersten Berliner Reichstagswahlkreise wurde einstimmig beschlossen, bei den nächsten Reichstagswahlen im ersten Berliner Kreise dem bisherigen Abgeordneten Kampff einen eigenen Kandidaten entgegenzustellen.

Oesterreich.

Die Resistenzbewegung.

Wien, 16. September. Die Generaldirektion der Südbahn stellt fest, daß die Resistenzbewegung während des heutigen Tages nur in geringem Maße sichtbar war, und daß bisher nur ein Teil des Personals sich ihr angeschlossen hat.

Die Bewegung geht nicht von den großen sozialdemokratischen Organisationen aus, sondern von kleinen Vereinen, darunter dem deutschnationalen „Reichsbund“.

Spanien.

Abschaffung der Todesstrafe.

Madrid, 16. September. In einer Rede, die der Justizminister bei einer dienstlichen Veranlassung hielt, erklärte er unter anderem, daß die Regierung sich mit der Frage der Abschaffung der Todesstrafe befaßt.

Rußland.

Neue Enthüllungen aus dem russischen Polizeisumpf.

Die Reden der russischen Sozialrevolutionäre veröffentlicht in Broschürenform einen als sehr geheim bezeichneten Bericht des Generals Nowitzky, der zwanzig Jahre lang die Geheimpolizei in Südrussland leitete. Dieser Bericht charakterisiert sich als eine an den Baren gerichtete Beschwerde gegen das Treiben der Džarana, jener außerhalb des Rahmens der allgemeinen Polizeiorganisation gestellten, speziell zur Bekämpfung der Revolutionäre geschaffenen Institution. Von besonderem Interesse ist die darin enthaltene Darstellung der Rolle, die der berühmte Katschowsky bei der Ermordung des Generals Seliwrowsky, des Chefs der russischen Geheimpolizei in Paris gespielt hat. Der Mörder war der Pole Pablowsky, der nach der am lichten Tag vollbrachten Tat zu entweichen vermochte. Er blieb trotz aller Bemühungen der Pariser Polizei unsichtbar. Nach 14 Tagen, während der er sich in Paris selbst verborgen gehalten hatte, fuhr er nach Amerika, wo er bald auf rätselhafte Weise ums Leben kam. Nowitzky erklärt nun, daß die Ermordung Seliwrowsky von Katschowsky provoziert und vorbereitet war. Katschowsky, der bis dahin eine untergeordnete Rolle in der Džarana gespielt hat, wurde nach der Mordtat zum Chef der Geheimpolizei in Paris ernannt. Er war der Schüler Landensens und Azen's.

In der Pariser Presse werden demnächst weitere Enthüllungen erscheinen. Ihr Autor ist der Polizeichef Leonid Mewschilow, der bisher unter den Revolutionären als der „Agent X“ bezeichnet zu werden pflegte. „Agent X“ hat die Frauen Jusschenko und Serebriakow den Revolutionä-

nären als Spioninnen benannt. Die Jusschenko hat gestanden; gegen die Serebriakow erklärt Menschikow die Beweise vorlegen zu wollen. Wie es heißt, ist der Agent Gurowitsch von Stolypin nach Paris geschickt worden, um Menschikows Enthüllungen zu verhindern.

China.

Für ein Parlament.

Kirin, 15. September. Eine aus Anlaß des russisch-japanischen Abkommens und der Annexion Koreas von Vertretern der Landschaft einberufene Versammlung beschloß, auf eine Vermehrung der Truppenzahl in der Mandchurei hinzuwirken, japanische Waren sowie russische und japanische Wertgegenstände zu boykottieren, Vertreter nach Peking zu entsenden, die um möglichst baldige Eröffnung des Parlaments bitten sollen und in diesem Sinne unter der Bevölkerung weitestgehende Agitation zu betreiben.

Südafrika.

Mißerfolg der Burenpartei.

Kapstadt, 15. September. Die Wahlen für die Zweite Kammer des Südafrikanischen Parlamentes haben heute überall unter großer Beteiligung stattgefunden. Es stehen sich drei Parteien gegenüber: die Nationalisten, die Partei der Buren unter Führung des jetzigen Ministerpräsidenten Botha; die Unionisten unter Führung Jamesons, bei denen das englische Element überwiegt und die vornehmlich die Interessen der Minenbesitzer vertreten; schließlich die Arbeiterpartei, die nach dem Vorbild des Mutterlandes sich gebildet hat und mit den Nationalisten sympathisiert.

Die Wahlen brachten den Unionisten unerwartet große Erfolge. Sie siegten in den vier Wahlkreisen Kapstadts, wo Jameson sich unter den Gewählten befindet. Botha unterlag gegen den Minenbesitzer Sir Berch Fitzpatrick.

Bisher sind aus den 121 Wahlkreisen des Landes folgende Resultate bekannt geworden: 41 Nationalisten, 33 Unionisten, 9 Unabhängige und 4 Mitglieder der Arbeiterpartei.

Programmreden.

Pretoria, 16. September. In einer nach der Verkündung des Wahlergebnisses gehaltenen Rede erklärte der im Wahlkampf unterlegene Premierminister Botha, er werde sein möglichstes tun, um dem Rassenstreit ein Ende zu machen. Sein scheinbarer Gegenkandidat Fitzpatrick gab der Hoffnung Ausdruck, daß aus dem mit ehrlichen Mitteln geführten Wahlkampf eine Zeit des Friedens und der Wohlthat für Südafrika hervorgehen möge, in der sein ausgezeichnete Gegner eine Hauptrolle zu spielen beabsichtige.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Das Parteitagskomitee zu Magdeburg überreicht den Delegierten eine wertvolle Gabe. Unter dem Titel „Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs“ hat es ein vornehm ausgearbeitetes Buch herausgegeben, in dem auf 105 Seiten einzelne Abhandlungen der Magdeburger Arbeiterbewegung von Beteiligten geschildert werden.

Eine Abhandlung über Magdeburgs großen Sohn Wilhelm Weilling, der ein sehr gutes Porträt des ersten Vahndröckers des Kommunismus in Deutschland und ein Kämpfer seines Lebens beigesteuert hat, eröffnet die Reihe. Ernst Wittmann schreibt über die Zeit „Vor und während des Sozialistengesetzes“, August Heine schildert „Die erste Eroberung Magdeburgs durch die Sozialdemokratie“, August Müller „Magdeburger Polizei und Justiz“. Otto Landsberg steuert „Erinnerungen“ bei. Paul Kampffmeyer behandelt „Die Bewegung der Magdeburger Arbeiter“. Fr. Holzappel schreibt über die Magdeburger Parteiorganisation, Alwin Brandes über die Tätigkeit in der Kommune, Karl Bröniger schildert die Magdeburger Gewerkschaftsbewegung, Paul Hoffmann das Genossenschaftswesen. Ein Kapitel ist dem Parteitag, der „Vollstimmme“, gewidmet; eine kurze Schilderung Alt-Magdeburgs schließt das Buch. Sechzehn sehr gut gelungene Bilder ergänzen den Text.

Den Delegierten wird diese Gabe eine angenehme Erinnerung sein. Andere Genossen können es durch den Sozialdemokratischen Verein Magdeburg (ParteiSekretariat, Gr. Mühlstr. 8) zum Preise von 1 M. beziehen. Im Buchhandel kostet das geschmackvoll gebundene Exemplar 2 M.

Zu der feierlichen Herausforderung des Genossen E. Auer erklärt Genosse Kaufsekretär Walther in der „Fränkischen Tagespost“:

„Ich las in der Nr. 214 der „Tagespost“ eine Erklärung des Genossen Auer, aus der ich ersehe, daß er an mich einen Brief geschrieben hat. Ich fand auch wirklich einen Brief Auer's bei meiner Rückkunft von einer Agitationsstour in Oberfranken vor. Aus dem Inhalt dieses Briefes geht hervor, daß der Genosse Auer fürchtet, meine Äußerungen könnten den Verdacht erwecken, als ob innerhalb des Landesvorstandes Dinge vorgegangen wären, die das Licht der Parteioffentlichkeit zu scheuen hätten. Ich bekreite ganz entschieden, daß man bei objektiver, unparteiischer und ruhiger Prüfung meiner Ausführungen zu einem derartigen Verdacht kommen kann. Was ich sagte, war und ist meine vollste Überzeugung, die auszusprechen ich als mein gutes Recht in Anspruch nehme.“

Nürnberg, 15. September 1910. Mag. Walther.

Die „Münchener Post“ und der Bericht vom bayerischen Parteitag. Genosse Schneppenhorst schreibt der „Fränkischen Tagespost“: Die „Münchener Post“ und der Genosse Auer sind sehr erregt über die von mir in der Nürnberger Parteiverammlung gemachten Behauptungen, und da sie nun versuchen die Sache in gewohnter Weise auf ein anderes Gleis zu schieben, will ich nochmals auf die Sache zurückkommen.

Auf dem Erlanger Parteitag hat Genosse Auer weder dem Sinn, noch den Worten nach ausgeführt, was die „Münchener Post“ und insbesondere das „Bayerische Wochenblatt“ in der Berichterstattung dem Genossen Auer sagen läßt. Auch dürfte es dem Genossen Auer außerordentlich schwer fallen, nunmehr eine Form zu finden, die ihn etwas ähnliches sagen läßt. Selbst die Berufung auf das „unkorrigierte Protokoll“ zieht nicht. Genosse Auer ist in seinen Ausführungen auf dem Erlanger Parteitag besonders aufmerksam verfolgt worden, keiner von den Delegierten, die ich bisher über die Sache gesprochen habe, können sich der Worte erinnern, die nunmehr sogar nach dem „unkorrigierten Protokoll“ gesprochen worden sein sollen. Der Landesvorstand hatte zur Führung des Protokolls zwei Genossen beauftragt, die einen bis ins einzelne gehenden offiziellen Bericht an die Parteizeitungen gehen ließen. Dieser Originalbericht, der den Parteizeitungen wortwörtlich zugeht, ist in der „Fränkischen Tagespost“ unbenutzt und unverändert gebracht worden, und wir finden darin kein Wort von dem, was die „Münchener Post“, das „Bayerische Wochenblatt“ und nunmehr auch das „unkorrigierte Protokoll“ zutage fördert. Wir würden bestimmt auf solche und ähnliche Äußerungen des Genossen Auer geantwortet haben. Nun wird die „Münchener Post“ freundlich genug sein und sagen, dann haben die Nürnberger Genossen und diejenigen, die ebenfalls die Behauptungen Auer's entschieden bestritten, nicht genügend achtgegeben. Angenommen, der Genosse Auer hätte auf dem Erlanger Parteitag wirklich das ge-

sagt, was er gesagt haben will, so ist es doch sehr, sehr sonderbar, daß davon im offiziellen Zeitungsbericht, in der „Fränkischen Tagespost“ und in den anderen Parteizeitungen, außer der „Münchener Post“ und dem „Bayerischen Wochenblatt“, kein Wort zu lesen war, und daß ferner die „geheimnisvolle Stelle“ in der „Münchener Post“, in dem „Protokoll“ und im „Bayerischen Wochenblatt“ verschiedentlich dargestellt wird. Ueber dieses Thema wird sich der neue Landesvorstand wohl noch einmal unterhalten müssen. Der Genosse Auer schreibt in seiner Erwiderung wörtlich: „Die Stelle meines Berichtes, die als Hinweis auf die Erklärung der 66 wohl nicht noch gekennzeichnet zu werden brauchte, ist tatsächlich ohne Widerspruch des gesamten Parteitag's angeht worden.“ Also jetzt ist die Stelle seines Berichtes nur ohne Widerspruch angeht worden, während das „Bayerische Wochenblatt“ schreibt: „Der Bericht des Landesvorstandes gab dem Referenten, Genossen Auer, sofort Gelegenheit, auf die Erklärung der Sechshundsechzig auf dem Nürnberger Parteitag hinzuweisen und fand damit beim Erlanger Parteitag einstimmige Zustimmung.“ Dann wird zum Schluß in Klammern nochmals (lebhaft Zustimmung) hinzugefügt. Wenn das nicht tendenziöse, der Wahrheit widersprechende Berichterstattung ist, dann ist auch der „Münchener Post“ und dem Genossen Auer nicht mehr zu helfen. Ernst Schneppenhorst.

Das Chemnitzer Parteiblatt

Es hat sich ein eigenes Heim. Am Donnerstag vormittag ist der Grundstein zum eigenen Gebäude gelegt worden. Die Entwicklung des Druckereiuunternehmens sowohl als auch der Zeitung zwang dazu, ein eigenes Gebäude zu errichten. Es wird mit der Neuanschaffung von Maschinen usw. insgesamt einen Kostenaufwand von rund 400.000 M. verursachen. Im Vordergebäude, einer alten Patriziervilla, die stehen bleibt, sind untergebracht eine größere Anzahl von Genossenschaftsbüros; auch das Jugendheim der Chemnitzer Arbeiterkassen soll dort in der nächsten Zeit eingerichtet werden. Das Unternehmen gehört den sieben zum Verbreitungsgebiet der „Vollstimmme“ gehörenden Wahlkreisen. Hervorragend beteiligt an der Aufbringung der Mittel ist der 18. Reichstagswahlkreis. Das Gebäude wird im Frühjahr 1911 spätestens fertig sein.

Gemeindevahltag.

In Badisch-Rheinfelden hat die Sozialdemokratie bei der Bürgerauswahl einen schönen Sieg errungen. Ihre sechs Kandidaten erhielten 79-81 Stimmen, während die Zentrumskandidaten es nur auf 41-42 Stimmen brachten. Die Sozialdemokraten sind somit gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine „Byzantinerrrede“. Vor der Strafkammer in Weimar stand am Mittwoch Genosse Pfeuffer von der Weimarer Volkszeitung, weil er eine Rede des Oberlandesgerichtspräsidenten Börgen beim Anlaß des Einzuges des Großherzogs in Jena als eine Byzantinerrrede bezeichnet hatte. Die Kritik Pfeuffer's wurde damals zu einem allgemeinen Rummel gegen die Weimarer Volkszeitung und die Sozialdemokratie fruchtlos, nationalliberale und freisinnige Zeitungen suchten sich in dem Entrüstungsgefährt zu überbieten. Sie hatten den Erfolg, daß Herr Börgen Strafverurteilung wegen Beleidigung erhielt. Rurte dieses schon sonderbar an, so noch mehr die Verhandlung vor der Strafkammer, die den Genossen Pfeuffer zu einem Monat Gefängnis verurteilte. Strafverschärfung wurde hervorgehoben, daß Börgen der höchste Richter in Thüringen sei, dessen Ehre eines höheren Schutzes bedürfe. Wäher waren wir der Meinung, daß vor dem Gesetz und den Richtern jedermann gleich sei.

Aus Industrie und Handel.

A. E. G.

Daß die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ihre Dividende erhöht, haben wir bereits mitgeteilt. Im Anschluß daran dürften die Aktionäre der letzten Jahre interessieren. Sie zeigen, daß die Gesellschaft ganz bedeutend und stetig zunehmende Gewinne herauswirft. Es betrug:

Jahr	Kapital	Gewinn	Dividende
	M.	M.	Proz.
1905/06	98	12 888 952	11
1906/07	100	14 808 175	12
1907/08	100	15 031 211	12
1908/09	100	16 884 571	13
1909/10	100	18 425 225	14

Man sieht, die Aktionäre haben Ursache, ihr Handwerk an den Nagel zu hängen und als Arbeiter ein angenehmes, sorgenfreies, durch Kiefenlöhne verschöntes Leben zu führen.

Deutschlands Außenhandel im August 1910. Der Wert der deutschen Einfuhr im Spezialhandel belief sich im August d. J. ohne Edelmetalle auf 689,1 Millionen Mark, während der Wert der Ausfuhr 646,8 Millionen Mark ausmacht. Seit 1. Januar betrug der Einfuhrwert 5588,0 Millionen Mark gegen 5581,0 Millionen Mark im Vorjahre, der Ausfuhrwert 4786,4 gegen 4156,0 Millionen Mark. Der Edelmetalleinfuhrwert betrug im August 42,5 Millionen Mark, der gleichzeitige Edelmetalleausfuhrwert 14,5 Millionen Mark. Die Edelmetalleinfuhr seit Januar belief sich auf 382,7 gegen 180,7 Millionen Mark i. V., die Edelmetalleausfuhr auf 120,6 (i. V. 145,3) Millionen Mark.

Preisrückgang. Der Verband deutscher Zute-Industrieller, G. m. b. H. in Kronau, der erst am 9. September 1910 die Preise für verschiedene Zute-Fabrikate erhöht hat, gibt weiter folgende Steigerungen, die mit dem 14. September d. J. in Kraft treten, bekannt: Gessians 820 um 1/10, Gessians 245 um 1/10, Tarpaullings, Pinetwillebs, Waggings um 3 Pf. pro Quadratmeter, Garne um 4,50 M. pro 100 Kilogramm. — So hört man Tag für Tag von neuen Preissteigerungen. Wie aber sieht es mit den Löhnen aus? Darin sind die Unternehmer einig, daß wenn die Arbeiter 5 Prozent Lohnrückgang fordern, dann die Konkurrenzfähigkeit der Industrie gefährdet sei, aber man geniert sich nicht, die Konsumenten mit immer neuen Preisrückgängen zu belasten, die oft 20, ja 30 und mehr Prozent des Lohnanteils vom Preise der betreffenden Ware ausmachen.

Verteuerung der Holzmaße. Weil das Rohmaterial, besonders Eichenholz ganz enorm im Preise gestiegen ist, wollen die Holzmaßeherzeuger einen weiteren Aufschlag für ihre Erzeugnisse durchzuführen. So landet die Verlastungswelle, die von den Holzherzeugern ausgeht und in der Weiterverarbeitung immer stärker anschwillt, stets bei den Konsumenten.

Die Großen fressen die Kleinen.

In der letzten Zeit lassen die rheinischen Barkhändler lebhaft Klagen über die traurige Lage im Kleinhändlergewerbe erschallen. Wie die „Rhein. Volksztg.“ nun mitteilt, sind Kohlen für das Syndikat zu einer Frucht von etwas über 2 M. für 200 Zentner von Ruhrort nach Rotterdam gefahren worden. „Wir wissen wohl“, bemerkt das Blatt dazu, „daß wir für die Abfuhr eines Waggons Kohlen vom Bahnhof bis zu unserem Hause 6-8 M. an unseren Fuhrmann bezahlen müssen; daß man aber 200 Zentner Kohlen für 2 M. von Ruhrort nach Rotterdam fährt, haben wir noch nicht gewußt.“ Wir haben uns denn auch etwas näher danach erkundigt, woher denn solche noch nie dagewesene Frachten eigentlich kommen, und da wurde uns folgendes mitgeteilt: Das Syndikat und das Rülheimer Kohlenkontor sind in Rotterdam unter der Firma Steinföhlen-Handelsvereinigung anständig. Diese Syndikatsfirma hat eine Anzahl von Rheinfähren zu festen Jahresfrachten gemietet und setzt für diese Röhne rücksichtslos die niedrige Frucht an, wodurch natürlich in der letzten, für die Rheinfähren überaus klauen Zeit der Frachtmärkte an der Ruhrortter Schifferbörse völlig verdrängt wird. Der Siegerzug des Kapitals geht über Leiden! Rücksichtslos vernichtet es kleine Erzeuger und den blühenden Spielern gaulst man vor: die Sozialdemokratie vernichtet den Mittelstand!

Gewerkschaftliches.

Ein Bauamt für den Tarifbruch.

In ganz unzulässiger Weise mischte sich das städtische Bauamt zu Brandenburg a. S. in die tariflich festgelegten Arbeitsverhältnisse von Unternehmern und Arbeitern ein. Für die Pflasterer und Kammer besteht in Brandenburg ein Tarif, der den Steinsehern bei neunstündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 85 Pf., den Kammer bei gleicher Arbeitszeit einen Stundenlohn von 65 Pf. garantiert. Der von den Unternehmern schriftlich anerkannte und auch bisher von ihnen bis zum April d. J. eingehaltene Tarifvertrag sollte Geltung bis 1. April 1911 behalten. Im April d. J. weigerten sich die Unternehmer plötzlich, noch weiter nach dem Tarif zu entlohnen; sie zahlten pro Stunde 13 Pf. weniger. Das konnten sich die Arbeiter selbstverständlich nicht gefallen lassen; es kam zum Streik, der jetzt noch nicht beendet ist. Die städtischen Pflastererarbeiten werden mit Hilfe von ungelerten Streikbrechern und Lehrlingen auszuführen gesucht, wie, das kann man sich denken. An Arbeiten, die sonst in wenigen Tagen fertiggestellt wurden, wird jetzt wochenlang gearbeitet, was natürlich für den Verkehr in den Straßen, wo Pflasterungsarbeiten vorgenommen werden, sehr hinderlich ist. Merkwürdigerweise zeigt das städtische Bauamt gegenüber dieser Schlamperlei sehr viel Rücksicht, im Gegenteil zu der Energie, die es im vorigen Jahre anwendete, als die Pflasterarbeiter den 1. Mai feierten, was ihnen übrigens nach dem Tarif erlaubt war. Damals nahm das städtische Bauamt dem die Arbeiten ausführenden Unternehmer die Arbeiten ab und überwieß sie einem anderen. Jetzt klärt sich die Stellungnahme des städtischen Bauamts auf. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Brandenburg konnte der sozialdemokratische Fraktionsredner Sydow durch ein Schriftstück überzeugend nachweisen, daß der Dezerent des Bauamts den Unternehmern geraten oder sie vielmehr gezwungen hat, den Tarif zu brechen, widrigenfalls ihnen keine städtische Arbeit mehr zugewiesen würde. (1) Der Vaurat war in der Sitzung leider nicht anwesend; man kann darauf gespannt sein, wie er seine merkwürdige Stellungnahme begründen wird.

Berlin und Umgegend.

Eine Lohnbewegung der Bildhauer.

Eine gutbesuchte Versammlung der Holzbildhauer Berlins, die Donnerstag in der „Alhambra“ tagte, beschäftigte sich mit der Frage der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Eine Vertrauensmännerversammlung und ein Branchenabend haben sich bereits damit beschäftigt. Besonders erörterte man eine Lohnhöhung, die Durchführung der obligatorischen Streikvermittlung und die Beseitigung des Kleinmeister- bzw. Zwischenmeisterums. Die Tischler erhalten vom 1. Oktober ab tarifmäßig eine Lohnhöhung von 5 Prozent. Die Bildhauer haben kein Vertragsverhältnis mit den Unternehmern. Sie müssen den Zeitverhältnissen entsprechende Forderungen stellen. — A h m a n n nahm dazu das Wort. An der Hand statistischer Zahlen wies er nach, wie die unter den Bildhauern, namentlich auch unter den Holzbildhauern, herrschende Arbeitslosigkeit außerordentlich herabmindernd auf den durchschnittlichen Verdienst wirkt. Die Zahl der Arbeitslosentage macht einen kolossalen Abbruch. Für die Holzbildhauer kommt ein Jahresdurchschnittsverdienst von 1287 Mark heraus. Wenn man nun davon ausgehen wollte, daß als Lohnhöhe mindestens gefordert werden müßte, was durch die Arbeitslosigkeit verloren geht, dann müßte eine Lohnhöhung von rund 20 Prozent gefordert werden. Siehe man dann noch die Verteuerung des Fleisches und sonstiger Lebensbedürfnisse in Betracht, so würde man zur Forderung einer Lohnhöhung von 25 Prozent kommen. Der Branchenabend und die Vertrauensmännerversammlung schlagen nun vor, eine Lohnhöhung von 10 Prozent zu fordern. Die Forderung bleibe also weit zurück hinter dem, was man auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse zu fordern berechtigt wäre. Sie müßte als geringfügig auch von den Arbeitgebern anerkannt werden. Von der Forderung einer Arbeitszeitverkürzung habe man abgesehen, weil ihre Durchführung in den Tischlereien jetzt auf Schwierigkeiten stoßen würde. — Die Notwendigkeit einer obligatorischen Anerkennung der Arbeitsvermittlung erhebe sich von selbst aus den Verhältnissen, auf die Knebel näher einging. Eine schwierige Frage sei die der Beseitigung der Kleinmeister und Zwischenmeister. Diese Küchenkauter und Zwischenmeister seien ein Krebsgeschwür. Durch die ständige Konkurrenz, die sie den Betrieben bieten, wo Kollegen beschäftigt seien, erschweren sie es, dort Verbesserungen herbeizuführen. Nicht nur die Kollegen, sondern auch die Bildhauermeister hätten ein Interesse an ihrer Beseitigung. Außer den schon angeführten Forderungen würden noch als Nebenforderungen vorgeschlagen die Versicherung des Werkzeuges gegen Feuergefahr und die Regelung des Zuschlages bei Arbeiten außer dem Hause. Es soll, wie bei den Tischlern, eine Entschädigung von einer Mark pro Tag und das Fahrgeld gewährt werden. — Otto Riesbach lieferte durch eine Reihe durchschlagender Zahlen ebenfalls den Beweis dafür, wie notwendig die Forderungen sind. Nach weiterer Diskussion beschloß die Versammlung mit sehr großer Mehrheit, daß die erwähnten Forderungen gestellt werden sollen. Es wurde weiter beschlossen, von Organisationswegen die Forderungen dem Arbeitgeberverband für die Holzindustrie und dem Verein der selbständigen Bildhauerprinzipale zu unterbreiten. Die Versammlung erwartet, daß die Kommission innerhalb einer Woche Bericht erstattet.

Es ist notwendig, daß die Sperre über die Firma Neumann und Baur (Lautsprecher) streng beachtet wird.

Die Arbeiter der Treppengeländerbranche sind bekanntlich mit den Unternehmern in Konflikt geraten, weil diese sich sträubten, die nach dem auch für diese Branche geltenden Tarifvertrag der Holzindustrie zu gewährende Lohnhöhung in ausreichendem Maße zu bewilligen. Es ist deshalb zu einer teilweisen Arbeitsniederlegung gekommen. Dann folgte eine Kommissionsverhandlung mit den Arbeitgebern unter Leitung des Obermeisters Mahardt, nachdem zuvor die Arbeit wieder aufgenommen worden war, was die Arbeitgeber zur Voraussetzung der Verhandlungen gemacht hatten. Die Verhandlungen der Kommission führten zur Vereinbarung eines Affordarates. Derselbe setzt die Mindestpreise fest, welche bei der Aufstellung der Tarife der Spezialbranchen in den einzelnen Werkstätten als Grundlage dienen sollen. Bei Aufstellung der Werkstathtarife ist besonders darauf zu achten, daß die im Vertrag festgelegte fünfprozentige Lohnhöhung durchgeführt wird, und daß bei Arbeiten, deren Preise sich im Laufe der letzten Vertragsperiode verschlechtert haben, ein entsprechend höherer, über fünf Prozent hinausgehender Zuschlag herbeigeführt werden muß. Das gilt für alle Branchen, besonders für die Drechsler in den Betrieben, wo die hunte Muster angefertigt werden und bei diesen nicht der Verdienst erreicht wurde, der bei den vertraglich festgelegten Arbeiten erzielt worden ist. Die Werkstathtarife müssen bis zum 19. d. M. fertiggestellt sein. — Der in der Kommission vereinbarte Grundtarif wurde am Donnerstag einer Branchenversammlung der Treppengeländerarbeiter vorgelegt, die sich mit dem Ergebnis der Kommissionsverhandlungen einverstanden erklärte.

Weiter wurde mitgeteilt, daß in einer Anzahl von Werkstätten, die nicht unter dem Vertrage stehen, entsprechende Forderungen auf Erhöhung der Löhne gestellt und auch durchgeführt sind. In einzelnen Werkstätten ohne Vertrag, wo die dort beschäftigten Arbeiter, Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil veranw.

beiter nicht bewegt werden konnten Forderungen zu stellen, wurde natürlich nichts erreicht.

Zum Streik bei der Glühlampenfirma Krüger u. Frieberg, Rastanien-Allee 20, nahm eine Versammlung der Streikenden am Donnerstag, den 15. d. M. Stellung. Da der Unternehmer die Streikenden ständig auf der Straße anspricht und daraus ersichtlich war, daß er wohl einer Einigung sympathisch gegenüber steht, wurde der Vertrauensmann beauftragt, eine darauf hinzielende Anfrage zu stellen. Der Unternehmer schien aber anzunehmen, daß die Streikenden müde geworden seien, und fing an, seine Bedingungen zu diktiert. Der langen Rede kurzer Sinn lautete, daß er sich diejenigen Personen aussuchen will, die wieder Aufnahme in den Betrieb finden sollen. Weiter behauptete er, daß die Streikenden nicht genügend von der Verbandsleitung informiert werden. Die Versammelten lehnten einstimmig die Zumutung der Firma ab und beschloßen, ruhig und ausdauernd in dem Streik zu verharren. Wenn der Unternehmer erklärt, daß er genügend Leute zur Verfügung hat, um seinen Betrieb notdürftig aufrecht erhalten zu können, so wissen die Streikenden auch, was für ein Weidenmaterial das ist, und daß es auf die Dauer nicht für die erforderliche Produktion genügt. Was an der gerückten Humanität des Herrn Frieberg wahrhaftig ist, das zeigt sich durch die Verhandlungen von Streikposten. Ein Mann, der es fertig bringt, anständige junge Mädchen nach der Polizeiwache schleppen zu lassen, kann auf Achtung keinen Anspruch mehr machen. Eine öffentliche Versammlung wird in den nächsten Tagen der Nachbarschaft Gelegenheit geben, sich von den Maximationen der Firma zu unterrichten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heut bei Obigla tagende Versammlung der Streikenden der Firma Krüger u. Frieberg lehnt mit Entschiedenheit die Zumutung der Firma ab, auf Gnade oder Ungnade in den Betrieb wieder zurückzuführen. Die Kolleginnen und Kollegen erklären, daß sie entweder geschlossen oder gar nicht wieder in die Fabrik hinein gehen. Ebenfalls erklären die Streikenden, daß sie auch die Auffassung der Firma zurückweisen, nicht genügend informiert gewesen zu sein. Die Streikenden werden auch ferner treu zu ihrer Organisation halten und nicht auf ein Recht verzichten, das auch die Arbeitgeber für sich in Anspruch nehmen. Trotzdem erklären die Streikenden auch heute wieder, daß sie jederzeit bereit sind, die Hand zum Frieden zu bieten, jedoch nur zu einem annehmbaren, ehrlichen Frieden.

Streik in der Eisindustrie in Sicht!

Bei den Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern der Eisindustrie und denen der Eisfabrikanten Berlins am 5. August d. J. machten die Fabrikanten bekanntlich sehr geringe Zugeständnisse, gaben jedoch zu erkennen, daß man ja nicht das letzte Mal zusammen gewesen sei und die Arbeiter wohl noch auf ein weiteres Entgegenkommen hoffen könnten. Die Versammlung der Eisarbeiter, der das Ergebnis der Verhandlungen vorgelegt wurde, lehnte das Angebot der Fabrikanten als unzureichend ab und gab der Kommission Auftrag, weiter zu verhandeln. Nachdem dieser Beschluß dem Vorsitzenden der Fabrikanten, dem Generalsekretär Kasse, mitgeteilt worden war, lud dieser den Branchenvertrauensmann Rudolph auf den 17. August zu einer Besprechung ein. Herr Kasse meinte, daß das Angebot der Fabrikanten ein sehr gutes gewesen sei, hielt jedoch ein weiteres Entgegenkommen nicht für ausgeschlossen. Gleichwohl erhielt die Tarifkommission am 25. August ein Schreiben des Fabrikantenverbandes, worin mitgeteilt wurde, daß die Versammlung der Fabrikanten am 22. August die von ihrer Kommission gemachten Forderungen einstimmig gutgeheißen und beschlossen hatte, weitere Forderungen abzulehnen. Das Schreiben war unterzeichnet vom Generalsekretär Kasse. Der Tarifkommission der Eisarbeiter blieb nun nichts anderes übrig, als den im Tarifvertrag vorgesehenen Streitweg zu beschreiten. Sie beantragte beim Gewerbeamt eine Sitzung der Schlichtungskommission, die dann auch am letzten Montag stattgefunden hat. Der bisherige Vorsitzende der Schlichtungskommission, Magistratsrat Dr. Meyer, hatte sein Amt niedergelegt und an seiner Stelle leitete Assessor Dr. Lehmann die Verhandlungen. Sie verliefen gänzlich ergebnislos. Die Fabrikanten erklärten, daß sie von dem Beschluß ihrer Generalversammlung vom 22. August nicht abgehen könnten. Sie seien bei den ersten Verhandlungen schon zu weit entgegengekommen. Der Generalsekretär Kasse erklärte sogar, daß die damals zugesagte Lohnhöhung von 2 Proz. für jedes der drei Tarifjahre nicht auf die festgesetzten Minimallöhne angewandt werden sollte, sondern daß diese für die drei Jahre nur einmal erhöht werden sollten, und zwar um 1½ Proz. Obwohl Assessor Lehmann den Fabrikanten Vorwürfe machte, daß bei der steigenden Teuerung, wie in anderen Berufen, so auch bei den Eisarbeitern eine entsprechende Lohnhöhung notwendig sei, bekehrten sie auf ihrem Standpunkt. Ebenso ließen sie sich nicht davon überzeugen, daß sie die soziale Verpflichtung hätten, dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wenigstens in der beschriebenen Weise Rechnung zu tragen, wie es die Arbeiter verlangen, nämlich so, daß bei bis zu 3 Stunden unterschuldeter Arbeitsversäumnis der Lohn gezahlt wird. Auch Herr Kasse fand es ganz in der Ordnung, daß diese Festbestimmung durch den Tarifvertrag gänzlich ausgeschaltet werden sollte. Die ganzen Verhandlungen dauerten kaum eine Stunde, und das ganze Verhalten der Fabrikanten ließ erkennen, daß auf gütlichem Wege kaum noch etwas zu erreichen ist. Es bleibt jetzt nur noch übrig, das Einigungsamt des Gewerbeamtes anzurufen, was auch bereits geschehen ist. Das Einigungsamt kann jedoch noch nicht in den aller nächsten Tagen zusammentreten, da dessen Vorsitzender zurzeit in Köln auf der Konferenz weil.

Am Donnerstag fand nun im Gewerkschaftshaus eine zahlreich besuchte Versammlung der Eisarbeiter statt, in der Dr. Lehmann über den Stand der Dinge ausführlich berichtete und die dazu vorliegenden Schriftstücke verlas. Der Redner betonte dabei, daß man auch auf die bevorstehende Sitzung des Einigungsamtes keine große Hoffnungen setzen könne, zumal seitens der Fabrikanten schon erklärt wurde, sie hätten noch nicht, ob sie überhaupt zu einer solchen Sitzung erscheinen würden. Die Tarifkommission ist sich darüber klar, daß auf gütlichem Wege schwerlich noch irgend etwas zu erreichen ist, und daß die Eisarbeiterschaft auf einen Kampf vorbereitet sein muß. Der Tarifvertrag läuft mit dem 30. September ab. Am selben Tage wird eine neue Versammlung stattfinden, um das, was notwendig sein wird, zu beschließen.

Die Versammlung war mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden und zeigte in ihrem ganzen Verlauf, daß die Eisarbeiterschaft Berlins alles daran setzen wird, um annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen.

Die Marmorarbeiter besprachen den Stand ihrer Lohnbewegung in einer Mitgliederversammlung, die sie am Donnerstagabend in den Arminkallen abhielten. Winkler erstattete einen Bericht über die gegenwärtige Lage. Es sei der Tarifkommission gelungen, auf dem Wege der Verhandlungen eine Reihe Erfolge zu erringen. In vielen Geschäften wurden sofort Lohnhöhungen bewilligt. Die Streiks hatten in verschiedenen Fällen nicht die gewünschte Wirkung, weil es schnell gelang, Ersatzkräfte zu finden. Bei den „Verschütteten“, die sich jetzt auch dem Unternehmerverbände angeschlossen haben, kam man nicht zu bestimmten Tarifabschlüssen, aber es wurden bindende Zusagen gemacht und es bleibt abzuwarten, ob die Unternehmer ihre Zusagen halten werden. Winkler empfahl die folgende Resolution zur Annahme:

Nachdem mehr als zwei Drittel der Berliner Marmorarbeiter zu den vom Zentralverband der Steinarbeiter festgesetzten Bedingungen arbeiten, und den übrigen in der Berliner Marmorindustrie Beschäftigten zum größten Teil annähernd dieselben Löhne gezahlt werden, erklären die Versammelten die diesjährige Tarifbewegung im allgemeinen mit Erfolg beendet. Der Tarifkommission wird jedoch noch wie vor zur Pflicht gemacht, für die allgemeine Durchführung des neuen Tarifes Sorge zu tragen durch dauernde Fühlungnahme und energisches Handeln in denjenigen Betrieben, in welchen der neue Tarif noch nicht zur An-

erkennung gelangt bzw. gefährdet ist. Zu diesem Zwecke werden auch die zurzeit bestehenden Sperren aufgehoben.

In der Diskussion wurde noch besonders betont, daß die formelle Anerkennung die Erfüllung der Forderungen nicht garantiere, wenn die Kollegenschaft im Beruf nicht fest darauf beharre und darüber wache, daß die Vereinbarungen gehalten werden. — Der vorgeschlagenen Resolution stimmte die Versammlung zu.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Die Hilfsarbeiter nahmen am Donnerstag den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen. Höppner referierte. Zwei Firmen, Bachholz und Kiegnier, haben den Tarif unterschrieben. Weiteren Firmen wurden vorläufig die Forderungen noch nicht gestellt, da es die derzeitige Lage nicht ratsam erscheinen ließ. Redner war der Meinung, daß es besser sei, einen Tarif auf der ganzen Linie durchzusetzen, als immer einen Betrieb nach dem anderen vorzunehmen. Er rief, den in der letzten Versammlung gefassten Beschluß rückgängig zu machen, dann könne man den Tarif der Arbeitgeber auf der ganzen Linie festlegen.

Wenn Krause wandte sich in der Diskussion gegen die Vorschläge des Referenten und rief, einmal den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten, dann könne man vielleicht eher etwas erreichen, als mit der Taktik des Vorstandes. Die nachfolgenden Redner waren zum Teil für den Vorschlag des Referenten, während andere dafür eintraten, bei dem Tarif, dem die Kollegen in der letzten Versammlung zugestimmt haben, zu verharren. Görnich empfahl, den Vorschlägen Höppners zuzustimmen. Mit Pfaffen, wie Krause sie gebrauchte, werde nichts erreicht. Bei der nachfolgenden Abstimmung stimmten 60 gegen und 49 für den Vorschlag Höppners.

Ein Mühlenarbeiterstreik brach Freitagmorgen in Bülbergr bei Halle a. S. aus. Von 66 Beschäftigten blieben 3 in Arbeit. Wiederholte gütliche Vorschläge, die die Direktion möge die kümmerlichen Löhne von 32 Pf. pro Stunde um 5 Pf. pro Stunde verbessern, blieben unbeachtet. Die Direktion verschanzte sich hinter der Ausrede, daß schlechter Geschäftsgang eine Lohnherabsetzung verbitte. Durch den Ausstand wurden die Betriebe stillgelegt.

Der Ausstand der Bremischen Fuhrleute hatte zur Folge, daß die von der Firma F. B. Neukirch beim Eisenbahnbauwerk angestellten Kollkutscher nicht zum Dienste erschienen. Sofort sprangen Eisenbahnangehörige ein, da die Eisenbahnverwaltung mit der genannten Firma einen Vertrag hat, wonach sie im Falle eines Streiks die Bedienung des Maßfuhrwerks zu stellen hat. Schon nachmittags hatten die 100 Leute der Firma Neukirch wieder Dienst, da ihnen statt 27 M. sofort 27,50 M. und für später 28 M. Wochenlohn und 10½ stündige Arbeitsfrist bewilligt worden ist. Die übrigen Fuhrwerksbesitzer, etwa 150, wollen 12 stündige Arbeitszeit und 26—28 M. Wochenlohn bewilligen. Sie wollen die Ausständigen wegen Kontraktbruchs verklagen.

Die Verhandlungen der Brauereiarbeiter mit den Brauereiuunternehmern in Rheinfels-Wesfalen sind gescheitert. Die Brauereien lehnten es ab, für Maschinen, Heizer, Bierfahrer und andere Hilfsarbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen.

Letzte Nachrichten.

Die Eroberung der Luft.

Bork (Brandenburg), 16. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auf dem Flugfeld Mars slog heute der Aviatiker Grade mit seinem kürzlich verbesserten Zweitaktmotor 64 Minuten 30 Sekunden. Nur die eintretende Dunkelheit zwang ihn zur Landung.

Nachdem Herr Grade diesen ausgezeichneten Flug vollführte, wird er hoffentlich den Mut finden, bei der nächsten Flugwoche mit auf dem Plan zu erscheinen.

Zur Resistenzbewegung in Oesterreich.

Wien, 16. September. Wie die „N. N.“ aus Innsbruck meldet, erweist sich die passive Resistenz auf der Südbahn bereits als ziemlich erfolgreich. Es werden Zugerspätungen bis zu drei Stunden gemeldet. Um den Anschluß nach Deutschland einzubehalten, werden Vorrüge abgefallen. Ramentlich ist der Frachtenverkehr sehr behindert.

Die südafrikanischen Parlamentswahlen.

Johannesburg, 16. September. (B. L. W.) Bis 8 Uhr abends waren gewählt: 52 Nationalisten, 36 Unionisten, 4 Mitglieder der Arbeiterpartei und 10 Unabhängige. Die Ergebnisse aus 19 Wahlkreisen fehlen noch.

Das Gesamtergebnis wird voraussichtlich folgendes sein: 66 Nationalisten, 38 Unionisten, 4 Mitglieder der Arbeiterpartei und 13 Unabhängige, von denen jedoch neun den Unionisten zuguzählen sein würden.

Zumultigkeiten in der griechischen Nationalversammlung.

Athen, 16. September. (B. L. W.) Bei Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung beantragten die Revisionisten die Vereidigung der Mitglieder, was heftigen Widerspruch fand. Es kam zu lärmenden Zwischenfällen, bis Dragumis die Ruhe wiederherstellte. Die Eidesleistung wurde vertagt. Dann trat man in die Diskussion über die Befugnisse der Versammlung. Dimitrakopoulos warnte vor unklaren Ueberraschungen und redete einer Konstituante mit weitgehenden gesetzgeberischen Befugnissen das Wort. Die Sitzung wurde dann aufgehoben.

Vom Liebhaber erstochen.

Heidenheim, 16. September. (B. S.) Ein seit einiger Zeit vermischtes 18jähriges Dienstmädchen wurde im Walde bei Schmiedheim tot aufgefunden. Ihr Liebhaber, ein 16jähriger Bursche, erklärte, das Mädchen mit seinem Einverständnis erstochen zu haben.

Zehn Bauarbeiter verschüttet.

Budapest, 16. September. (Pres.-Tel.) Beim Abbruch eines Hauses auf dem Dealplatz stürzte ein Stodwerk ein. Zehn Bauarbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden. Wät der Verschütteten mußten schwerverletzt ins Hospital geschafft werden.

Rebellierende Mönche.

Belgrad, 16. September. „Politica“ meldet: Die griechischen Mönche auf dem Berge Athos haben eine große Revolte gegen die dortigen russischen Mönche begonnen. Das russische Klosterhaupt Moissens wurde ermordet und die in der Gegend von Kaimitha liegenden zehn kleinen russischen Klöster verbrannt, die Weingärten, Felder, Obstbäume ausgerottet und verwüstet. Die russischen Mönche wurden vertrieben. Der russische Botschafter hat daraufhin bei der Pforte in Konstantinopel Protest eingelegt. Bei dem verhafteten griechischen Mönche Germanos entdeckte man ein ganzes Gewehrlager, womit er früher die griechischen Komiteebanden in Kagedonien ausrüstete.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:
Haus-Steinfurt, 2. Halbjahr 09/10 87,84. Müßfeld (Hessen) 2. Quart. 10 7,80. Arnberg-Ölpe, Jahresbeitrag 09/10 47,54.
Berlin-Groß a. lonto seiner acht Wahlkreise 20.000.— (darunter: Von den Frauen der 11. und 13. Abteilung 2.—, Kranz-überschuß der Kollegen von Schwarzkopff Maschinenbau 12,65, Bezirk 650 3,10, Orbis 2.—, A. B. Rister 1.—, Frenzel 1.—, Weisig 1.—, Fröbels Allerleitheater 5.—, B. Gerloff 5.—, Vah-Karl 3.—, Max Richter, Friedrichselder Str. 20 15.—, Auktion bei einer Landpartie der Firma Jul. Baer durch A. Heide 11.—, Kolonie Sieding 3,51, Wasserlaute 5.—, Ueberich der Kranzbesitzer für G. Ködner, Bezirk 58, 59, 61, 83 3,15, Alexander 3.—, durch Mahner von der Bauarbeiterausperrung 1,50, gesammelt im Freundeskreis der Genossin Pohl 3,20, A. B. Rister 1.—, 673. Bezirk 1 Wahlkreiszeitung 1.—, Neumann und Mendlin 6.—, 161/162 Bez., 4. Kreis 14,57, Familienausflug Abteilung 6a, 4. Kreis 65.—, Arbeiter der Firma Lindström, Brauereibesitzerung 6,80, Kranzüberschuß der Betriebskassiererin von Rig u. Genest 9,20, 3. u. 4. Quartal von B. 6.—, Von den Kollegen d. Tischlerei Sarfauder, Rißdorf, Weichselplay 3/4 8.—, Waldfest, 7. Bez., Rißdorf, durch Bänder 15,87, Argentinien von Genossin Hennig 5.—, Für die Unkosten des Parteitags gesammelt von dem technischen Personal der Buchdruckerei Sittenfeld und Karl Heymanns Verlag 45,85, Für die Parteikasse durch Godies 3.—, Von den Arbeitern der Karosseriefabrik Niessl Raab, Sanlitz, Bierkaffe 50.—, Dr. R. R. 25.—, Berlin, diverse Beiträge: Dr. R. R. 25.—, Kranzüberschuß v. d. Kol. d. Fa. R. Barnid 3,00, B. d. Kol. d. Druckerei Kettenbeil-Schöneberg 15.—, B. d. Arbeitern d. Sezereri i. „Lohol-Kreiger“ 38,50, Dr. S. B. 15.—, Dr. R. A. 100.—, Die Kontobucharb. v. Wedding 5.—, „Löwenende“ 3.—, Güttenberg 81.—, Nachete 10.—, Morgenspaarung m. d. Leipz. Sangesbrüder 3,07, A. B. 50.—, B. S. 50.—, Bonn, 2. Quart. 1910 49.—, Bochum-Gelsenkirchen, 2. Quart. 1910 906,74, Bern, B. 2. 75.—, Köln, Reg. B. 20.—, Graisheim, 12. württemberg. N.-B.-R., 2. Quart. 1910 14,04, Köln-Stadt und Land, Jahresbeitrag 1909/10 800.—, Cannstatt, 2. württemb. N.-B.-R., 2. Quart. 10 711,80, Detmold, 1. Halbjahr 10 203,48, Offenber. Mittel des Zentralverb. deutsch. Völkler 5.—, Gallenberg (Oberalef.) 8.—, Gäßrow, 6. medlenb. N.-B.-R., Jahresbeitrag 1909/10 285,87, Gießen, West für das 2. Quart. 10 24,20, Göttinger Agitationsbezirk, 2. Quart. 10, Wahlkreise: Grünberg-Freifeld 83,98; Sagan-Sprotau 70,32; Glogau 12.—; Lüben-Sunzau 83,99; Löwenberg 83.—; Götting-Sunzau 83,98; 4. Kreis 99,55; Summa 778,18, Glogau, 4. Kreis, Reichstagswahlkr., 2. Quart. 10 49,60, Hohenhausen, Reichstagswahlkr., West für 09/10 8,14, Herford-Galle, 1. Halbj. 09/10 314,20, Hamm-Soest, 2. Quart. 10 287,70, Ingelheim-Bingen, 2. Quart. 10 10.—, Jülich, Reichstagswahlkr., Erstein-Rohlsheim, 2. Quart. 10 13,04, Kemmer-Remscheid-Weitm., 2. Quart. 10 450.—, Landsberg-Soldin 39,80, Lübeck, 2. Quart. 10 762.—, Luppheim, 15. württemb. Reichstagswahlkr., 2. Quart. 10 147.—, Mänschen, Gau Südbayern, 2. Quartal 1910, Wahlkreise: Aichach 112,48; Ingolstadt 83,68; Wasserburg 8,42; Wittheim 85,80; Rosenheim 176,42; Traunstein 24,60; Landschut 21,32; Straubing 16,76; Passau 8,44; Pforskirchen 30,60; Deggendorf 8,18; Aichheim 3,18; Augsburg 326.—; Donaauwörth 6,26; Dillingen 1,50; Illertissen 42,84; Kaufbeuren 18,60; Immenstadt 72,46; Summa 941,82, Nele-Diepholz, 1. Halbjahr 1910 30,07; Mainz-Doppenheim, 2. Quartal 1910 302,79, Neuwied, 2. Quartal 1910 14,88, Nieder-Schönevide, Ruhe f. sch. Beweise 5.—, Ockerleben-Halberstadt, 2. Quartal 1910 885,84, Oberlangenbielau, Agitationsbezirk, 2. Quartal 1910, Wahlkreise: Waldenburg 319,85; Dirschberg-Schönan 43,77; Landeshut-Jauer 100.—; Striegen-Schw. Müg. 204,30; Reichenbach-Neurode 201,98; Olag-Habelschwerdt 4,96; Summa 964,84, Plauen i. V. E. 1,70, Ravensburg, 17. württembergischer Reichstagswahlkreis, 2. Quartal 1910 13,10, Reutlingen, 6. württ. Reichstagswahlkreis, 1. Halbjahr 1910 125,22, Rosenfeld-25bach 2.—, Schwerin, 1. Halbjahr 1910 360,88, Saargemünd-Forbach, 2. Quart. 1910 7,52, Ulm, 14. württ. Reichstagswahlkreis 2. Quart. 10 174,42, Weilmündorf, 4. württ. N.-B.-R., 2. Quart. 10 167,71, Weimar I, 2. Quart. 10 164,68.
In der Quittung in Nr. 192 des „Vorwärts“ v. 18. 8. d. J. muß es unter Randow-Greifenhagen nicht heißen 788,84, sondern 458,84, Berlin, den 15. September 1910.
Für den Parteivorstand: J. V. Fr. Ebert, Lindenstr. 69.

Kleines feuilleton.

Ein Mutterschulhaus. Der Wiener Verein Freie Schule, den die liberalen Schulverbände und die ihnen willfährige Regierung mit glühendem Eifer verfolgen, hat seinen nun glücklich unter Pfaffenbespielung gebrochen Mutterschulhaus ein Mutterschulhaus im 8. Bezirk (Josefstadt) errichtet. Lange haben die Behörden den Baubeginn verzögert. Nun steht das prächtige Haus fertig da. Diesen Sonntag wird es eröffnet durch einen Demonstrationzug der Freunde der Freien Schule, die vorher eine Protestversammlung gegen die Schulverfassung abhalten.
Die Fenster im ganzen Schulhause sind so breit, daß man zur Lüftung durch die Schiebeflügel fast die eine Wand der Schulzimmer entfernen kann. Während des Unterrichts funktioniert die Raumventilation und der elektrische Ventilator. Die so zugeführte Luft wird erst gefiltert und im Winter vorgewärmt. Warmwasserleitung mit Verschlußsystem Keulaufl heizt die Schule. Die Schula-3 im mer sind nur für 20 Kinder berechnet. Der Lehrer thront nicht hoch auf dem Katheder, er sitzt mit seinem Tisch bei den Kindern. Die Tafel ist nahe bei den Schülern. Jedes Kind sieht ein Stück Himmel. Der Boden ist Korkebeton mit Linoleum darauf; die Wände lassen sich leicht umlegen, damit der Boden abgewaschen werden kann. Die Wände sind bis zur Kopfhöhe in a s c h b a t. In jeder Klasse sitzen Knaben und Mädchen beisammen. Jede Klasse hat einen eigenen Kleiderraum. Der Zeichensaal läßt sich für Skulpturenarbeiten leicht vergrößern. Der Handfertigkeitsunterricht ist obligatorisch; es wird mit Lehm und Ton gearbeitet; in den Lehrwerkstätten stehen die größeren Kinder an der Hobelbank. Von der Dachterrasse sieht man die Berge des Wienerwalds. Für rasche Entleerung bei Feuergefahr gibt es außer der Haupt- noch eine Koffstiege. Natürlich ist ein Schulbad mit Brausen da und ein Wintergarten für die ihre Kinder abholenden Eltern. Wie kann in einer solchen Schule unterrichtet werden! Wie muß da die Schule eine Freude für Kind und Lehrer sein!

Verbandstag der Gewerbegerichte Deutschlands.

Köln, 15. September.
Magistratsassessor v. Schulz-Berlin eröffnet den Verbandstag, indem er die Anwesenden begrüßt und bemerkt, daß die Tagungen des Verbandes immerfort an Besuch zunehmen. Der Verbandstag fasse keine Beschlüsse, sondern begnüge sich mit gegenseitiger Aussprache. Nachdem Vertreter des Regierungspräsidenten, des Oberbürgermeisters und der Handelshochschule den Verbandstag bewillkommnet haben, wurden einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Darauf berichtete Gewerbegerichtsdirektor Frenner-München zum ersten Punkt der Tagesordnung:
„Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage.“
Er schloß seine Uebersicht mit der Bemerkung, daß in dem Wort Sozialpolitik mancherlei entgegengesetzte Interessen zum Ausdruck kämen und daß es nicht gut sei, wenn der Gesetzgeber überhasteten Anregungen des Tages Folge gebe. So sei die Frage der Tarifverträge noch nicht reif zur gesetzlichen Regelung, dagegen verlangten zahlreiche andere Fragen dringend eine solche (Heimarbeit, Arbeitsnachweis, Koalitionsrecht usw.), und gerade darin geschähe am allerwenigsten. Er hofft, daß die Erledigung dieser spruchreifen Fragen bald einen freudigen Schein in das gegenwärtig so düstere Bild der Sozialpolitik bringen werde.
Nachdem Johann Dr. Baum-Berlin eine Uebersicht über die seit dem letzten Verbandstage erschienene Literatur zum Arbeitsvertrage gegeben hatte, beginnt die Verhandlung über die

Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten und die Ausgestaltung der Rechtsmittelinstanz, wofür vier Referenten vorgesehen sind. Magistratskonsulent Siffer-Frankfurt a. M. fordert, da die Natur des Arbeitsvertrages eine schnelle, billige und vertrauenswürdige Rechtsprechung verlange, die Ausdehnung der Gewerbegerichte unter Beteiligung aller Berufsgruppen zu Arbeitsgerichten. Eine Vielzahl von Sondergerichten sei abzulehnen. Die Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte erscheine weder zweckmäßig noch notwendig. Die uneingeschränkte Einführung der Berufung sei nicht erforderlich, höchstens die Revision durch Aktenversendung in den Fällen, wo das Berufungsurteil auf einer Rechtsauffassung beruhe, die nach dem veröffentlichten Erkenntnis eines anderen Gerichts von diesem verworfen wurde.
Stadtrat Dr. Gläcksman-Rißdorf fordert ebenfalls einheitliche Arbeitsgerichte für sämtliche Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, soweit der Lohn (Dienstentlohn) den Jahreswert von 5000 M. nicht übersteigt. Er will indessen keine Bedenken erheben gegen die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte, sofern dabei die benährten Grundzüge der Sondergerichte voll aufrechterhalten bleiben. Die Verrückung der Weisung soll nach wie vor durch die Gemeinde geschehen, die Verhältnisswahl obligatorisch gemacht, das Lebensalter für die Wahlberechtigung herabgesetzt und die Frau zur Mitwirkung herangezogen werden.
Rebakteur Sollich-Berlin vom Bunde technisch-industrieller Beamten fordert für seine Berufsgruppe die Zuständigkeit der Gewerbegerichte und deren Erweiterung zu allgemeinen Arbeitsgerichten. Wenn die technischen Beamten innerhalb des gemeinsamen Rahmens für sich besondere Abteilungen verlangten, so sei das kein Ständebüßel oder Absonderungsgelast. Das liege den Technikern fern. Es sei das eine Frage der Zweckmäßigkeit, die, wenn sie im Sinne der technisch-industriellen Beamten gelöst werde, diesen nütze, ohne daß sie den Arbeitern schade.
Richter Dr. Steengraf-Promen läßt sich besonders über die

Ausgestaltung des Rechtsmittels aus. Soweit die Änderung des Inhalts des Rechtsmittels in Frage kommt, spricht er gegen die Abschaffung der Berufungsgrenze und gegen die unbefristete Berufung; ebenso verwirft er die völlige Ausschließung der Berufung und die Zulassung der Revision nach der rechtlichen Seite. Bezüglich der Änderung der Berufungsinstanz, der jetzigen Landgerichte, die er für erwägenswert hält, schlägt er vor: Anpassung des Verfahrens an das im Gewerbegerichtsrecht erregelte Verfahren; Dinzugziehung von Freirichtern, soweit die Tätigkeit des Sondergerichts es wünschenswert und notwendig erscheinen läßt.
In der Diskussion über die Referate, die den ganzen Nachmittag ausfüllt, treten einige Redner auf — es sind juristische Gewerbegerichtsvorstände — die sich im Sinne des Stadtrats Gläcksman für die Angliederung der Gewerbegerichte an die Kaufmannsgerichte aussprechen. Rechtsanwält Sauer-Köln plädiert auch für die Zulassung von Rechtsanwält zu den Gewerbe- und

Kaufmannsgerichten. Robert Schmidt-Berlin lehnt mit Entschiedenheit jeden Gedanken der Angliederung an die ordentlichen Gerichte ab; es würde nicht das Gute der Sondergerichte mit dem Amtsgericht, sondern das Schlechte des Amtsgerichts auf das Gewerbegericht abfärben; der demokratische Charakter des Gewerbegerichts würde verloren gehen und damit das Vertrauen der Arbeiter. Auch solle man nicht den Arbeitskammern zu Liebe die einigungsamtliche Tätigkeit der Gewerbegerichte einschränken. Guno-Hagen meint, daß der Plan, die Gewerbegerichte den Amtsgerichten anzugliedern, der Absicht entspränge, dadurch den Weg zum einheitlichen Arbeitsgericht zu ebnen. Aber es entsiehe die Frage, ob durch die Angliederung nicht die Gemeinden ihr Mitwirkungsrecht am Gewerbegericht preisgäben und an den Staat abträten. Hier trete die Frage der staatlichen Zentralisation und der kommunalen Zentralisation in Erscheinung. Der Redner will nicht dazu beitragen, die Rechte der Gemeinde zu schädigen und ist deshalb gegen die Angliederung.
Eine ganze Reihe von Rednern aus den Kaufmanns- und Lehrervereinigungen erklärt sich für das einheitliche Arbeitsgericht unter Berücksichtigung der Besonderheit ihres Berufes; ebenso beifürwortet man von dieser Seite die Vereinhaltung des Privatangelegenheitsrechts, nur der Vertreter des deutschen Handlungsgesellenverbandes nimmt hierin eine abweichende Stellung ein.

Aus der Frauenbewegung.

Internationale.
Ueber die Bedeutung der Zweiten Internationalen Konferenz der sozialistischen Frauen zu Kopenhagen schreibt die „Gleichheit“ u. a.: Die Beachtung, welche die Zweite Internationale Konferenz der Sozialistinnen verdient, darf nicht beurteilt werden an ihrer Widerspiegelung in der Presse. Sie wurde hier zu stark durch das größere, bedeutsamere Ereignis beschattet, dem sie vorausging — dem Internationalen Sozialistenkongress —, um in ihren werksichlichen Tugenden und ihrer Wichtigkeit scharf umrissen und klar hervorzutreten. Ihre Bedeutung und ihre Leistungen werden jedoch zweifellos ihren Ausdruck finden in der Betätigung der Genossinnen aller Länder, die ihre Vertreterinnen zu der Tagung entsandt haben. Und darauf kommt es an. Prüfen wir das Ergebnis der Kopenhagener Verhandlungen in dieser Beziehung, so dürfen die Genossinnen mit ihnen wohl zufrieden sein. . . .

Den Höhepunkt der Konferenz bildeten unstreitig die Verhandlungen über das Frauenwahlrecht. Es zeigte sich dabei wieder, welchen inneren sachlichen Gehalt, welche Kraft und welchen Schwung die Debatten erhalten, sobald um große Prinzipien gekämpft wird. Und das war hier der Fall. Wer mit der Situation vertraut war, und wußte, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil führender englischer Genossinnen leider trotz aller Bestrebungen von Gewerkschafts- und Parteikonferenzen im eigenen Lande wie der internationalen Tagungen zu Stuttgart dabei beharrt, mit bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammen für das beschränkte Frauenstimmrecht taftkräftig einzutreten: für den stand es auch von vornherein fest, daß nicht die Frage der Mittel, sondern des Ziels selbst der Drehpunkt der Verhandlungen sein werde. So ist es denn auch gekommen. Die zahlreich vertretenen englischen Genossinnen, welche der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ und der „Vereinigung der Fabrier“ angehören, setzten sich mit Wärme dafür ein, daß aus der Resolution, welche den Kampf für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen proklamiert, die scharfe, grundsätzliche Kennzeichnung des beschränkten Frauenwahlrechts gestrichen werden sollte. Diese Kennzeichnung — so machten sie geltend — sei eine indirekte Verurteilung der Haltung der Genossinnen und Genossen, die in England zunächst die Forderung des beschränkten Frauenwahlrechts unterstützt hatten. Die Genossinnen Purby, Dauter, Philipps und andere suchten vergeblich diese Haltung zu rechtfertigen. Ihre Gründe waren die altbekannten: Das beschränkte Frauenwahlrecht sei seinem Charakter und seinen Wirkungen nach nicht so schlimm, wie es grundsätzlich erscheine; es könne selbstverständlich nicht das Ziel des Kampfes für die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts in seiner Gesamtheit sein, bediene aber einen wichtigen Schritt in der Richtung zu diesem Ziele; es müsse in England als das momentane allein Erreichbare genommen werden usw. Die Gründe hatten durch ihre Wiederholung nicht an durchschlagender Beweisstärke gewonnen. Sie wurden auch dadurch nicht überzeugender, daß sie mit Lobpreisungen des guten Herzens und Willens bürgerlicher Damen und der Vorteile derquid wurden, die durch das Hand in Hand gehen mit der Frauenrechtlerin erreicht werden könnten, kurz mit Ausführungen, die das richtige Er-

Humor und Satire.

Das Profit. Jantjens hatte dem Herrn Pastor eine Karre Räder gebracht und wurde in die Stube gebeten, um ein Glas Wein zu trinken. Sie plauderten zusammen; aber die alte Frau war nicht recht bei der Sache, schielte immer nach dem Glase hin und hätte zu gern getrunken. Sie wußte wohl, daß man anflößen müsse und Profit sagen, das sagte dies aber bei dem Pastor nicht zu tun, weil sie glaubte, das würde sich hier nicht. Darum dachte sie nach, ob ihr nicht etwas Technisches einfiel. Endlich hatte sie es gefunden! Ihr Gesicht leuchtete, und sie nahm das Glas, stieß an und sagte: „Halleluja, Herr Pastor!“
Der rechte Platz. Der Superintendent eines großen Kirchspiels war Meister der Redekunst, besonders die rhetorische Frage war sein Spezialgebiet. Und darunter mußten seine Bauern Sonntag für Sonntag leiden.
Wieder war einmal der Tag des Herrn gekommen. Text der Predigt war der Apostel Paulus. Der alte Herr redete sich in einen mächtigen Eifer hinein. Und als die Uhr schon beinahe zwölf war, da kam er erst zu seiner „Glanznummer“. Ein leises Seufzen ließ sich hören.
„Meine Lieben in dem Herrn, wer kennt nicht Paulus? Wer kennt ihn nicht, den Gewaltigen? Wie soll ich ihn nennen? Wohin soll ich ihn setzen? Soll ich ihn setzen neben Philippus? Nein, meine Lieben, höher! Soll ich ihn setzen neben Lukas? Höher! Ist kein Platz neben Petrus, von dem geschrieben steht: „Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich bauen meine Gemeinde?“ Nein, auch da ist nicht sein Platz. Meine Lieben in dem Herrn, wohin soll ich ihn setzen? . . .“

Da erhebt sich ein Bauer, nimmt Gesangbuch und Miße und sagt: „Herr Superintendent, setzen Sie humm man upp mien Platz, id ga na Hus.“
Aus einer Sammlung in der Zeitschrift „Niedersachsen“.

Notizen.

Die Entdeckung einer unterirdischen Festsung. Eine interessante Entdeckung ist dem französischen Gelehrten Henri Martin im Zusammenhang mit seinen vorgeschichtlichen Forschungen in der Charente gelungen. Unter dem Gutshof von La Nigerie in der Gemeinde Gardes wurden Spuren eines unterirdischen Baus aufgefunden, der dem Altertum oder dem frühesten Mittelalter angehören muß. Es ist ein unterirdischer Zustuhlsort, eine Art Festsung, die aus zahlreichen komplizierten Gängen und Höhlen besteht und in einer geräumigen, natürlichen Grotte endet, in der etwa 50 Menschen Unterschlupf finden konnten. Die in dem sehr harten Kalkfelsen durchgeführten tiefen Einkünfte können nur mit Eiseninstrumenten vorgenommen worden sein, wie überhaupt die ganze Anlage in langjähriger Arbeit vollendet sein muß. Ueber die Zeit der Entstehung dieses merkwürdigen Verteidigungsbaus ist noch nichts Näheres ermittelt.

lassen der Bedeutung der Klagengegenstände vermessen. Es besagte auch völlig die Wirkung der Rede, mit welcher Mrs. Leppard, eine der opferfreudigsten, tatkräftigsten Führerinnen der Suffragettes, das Eintreten für das beschränkte Frauenwahlrecht vertheidigte. Gewiß waren alle Delegierten in der hohen Wertschätzung einig, die sie der Person der ehrwürdigen Greisin, ihren in die Tat umgesetzten Bürgerthugenden zollen. Jedoch ebenso einig war die erdrückende Mehrheit von ihnen in dem Bedauern, daß so große, schöne Eigenschaften an eine so kleine und unglückliche Sache wie das beschränkte Frauenwahlrecht verschwendet werden. Ein geradezu einstimmiges, unbedingtes Nein war die Antwort auf das Ansuchen, das allgemeine Wahlrecht ohne jede Brandmarke des beschränkten Frauenwahlrechts zu fordern. Die vorliegende Resolution wurde mit allen gegen 10 Stimmen angenommen, die von einem Teil der englischen Delegation fielen, deren Minorität unter Führung von Genossin Montefiore, der verdienstvollen Vorkämpferin für das Wahlrecht aller Grobjährigen, die Taktik des Kompromisses scharf bekämpfte. Die Debatte, die der Abstimmung vorausging, war ein lebendiger Beweis dafür, wie befruchtend die Stuttgarter Konferenz gewirkt hat, wieviel Klarheit und Festigung die sozialistische Frauenbewegung international ihrer Arbeit verdankt. Es war eine Lust, den Ausführungen zu folgen, mit denen die Genossinnen Twining und May Wood-Simons aus den Vereinigten Staaten für den angeforderten Passus der Resolution eintraten, die Genossinnen Dahlström und Gustafson aus Schweden, Genossin Gjöstein aus Norwegen, Genossin Kollontaj aus Rußland, die Genossinnen Joch und Popp aus Deutschland beziehungsweise aus Oesterreich, die Genossinnen Montefiore und Grundy sowie Genossin Burrows aus England. In jeder Rede der gleiche volle Grundton und doch keine ermüdende Wiederholung, denn in jeder wurde die klare prinzipielle Erfassung durch wertvolles Tatsachenmaterial gestützt, welches den Charakter, die Wirkungen des beschränkten Frauenwahlrechts, welches die Rolle der Klagengegenstände in der Frauenwelt kennzeichnete. In diesem Zusammenhang verdienen die Darlegungen unserer amerikanischen Genossinnen besonders hervorgehoben zu werden. Sie brachten eine prächtige Widerlegung des gern erzählten Märchens von der Schwefelkugel des weiblichen Geschlechts, von dem Verständnis für die proletarischen Interessen, dort wo die bürgerliche Frauenbewegung in Mitleid steht und ihre politischen Forderungen erfüllt sind. Verzeichnet sei, daß die Resolution der deutschen Genossinnen zur Frage des Frauenwahlrechts durch zwei Amendements der österreichischen Genossinnen verbessert worden ist. Sie beugen jedem Mißverständniß unserer Forderung dadurch vor, daß sie für die Frauen ausdrücklich das Wahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten beziehungsweise Kronländern verlangen, sowie auch das Recht der Wahlbarkeit für alle gefestigten und verwaltenden Körperschaften. Die Vorschläge über möglichst einheitliche praktische Arbeit für die Einführung des Frauenwahlrechts fanden einstimmige Annahme. Nun gilt es für die Genossinnen aller Länder, hinter die Weltläufe die Tat zu setzen. Das gilt insbesondere auch von dem Welttag in Gestalt des „Frauentags“ ein neues Agitationsmittel zur Anwendung zu bringen, ohne Illusionen darüber, daß es für die Eroberung des politischen Rechtes der Frau keine Weltwende bedeutet, aber mit dem festen Willen, ihm jene praktische Tragweite zu geben, die ein gut vorbereiteter Frauentag haben kann und schließlich gewinnen muß.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr in den Corona-Besälen, Kommandantenstraße 72: Erster Vortrag aus dem Zyklus: „Schattenspiele, seine Bedeutung für unsere Kunst und unser Leben“. Referent: Schriftsteller Julius Wab. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Theorie und Praxis.

Gegenwärtig seiner Einführung in die Würde eines Rector magnifico-tissimus der Albertusuniversität in Königsberg hielt der deutsche Kronprinz den dortigen Professoren eine Vorlesung, in der er die „Betonung unseres deutschen nationalen Volkstums im Gegensatz zu den internationalisierenden Bestrebungen“ wünschte. Wenn die Worte des jungen Mannes auch keine große Bedeutung haben, so wurden durch den rednerischen Erguß doch eine Anzahl Geschäftsleute auf den Plan gebracht. Die „Korrespondenz Both“ meldet darüber folgendes:

Aus den Kreisen der Berliner Wollwebungsindustrie geht ein Schreiben zu, in dem lebhaft Klage geführt wird, daß das Kaiserhaus fast ausschließlich ausländische Firmen den deutschen bei seinen Einkäufen vorzieht. Es wird darin hingewiesen, daß der Kronprinz erst kürzlich in Königsberg die väterliche Eigenart der Deutschen gewahrt wissen wollte und für die Freimachung der Deutschen von ausländischen Gebräuchen lebhaft plädiert hat. Der Hof bevorzugt aber in der Wollwebungsindustrie Paris und London. Selbst der Zahmarzt des Hofes sei Ausländer. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß der Hof sich endlich mehr der deutschen Industrie zuwenden möge, die hinter der französischen und englischen nicht zurückstehe. Die jetzt herrschende Antipathie des Hofes gegen die Berliner Geschäftswelt habe auch politisch unangenehme Nachwirkungen.

Der Strohfuß der Wollwebungsindustrie ist um so verständlicher, als gerade die Kronprinzessin für ihre Toiletten ganz erhebliche Auswendungen macht, die bei der Vorliebe für ausländische Erzeugnisse der Wollwebungskunst den inländischen Fabrikanten entgegen.

Auch ein Geisteskranker.

Vor einiger Zeit berichteten wir über die Schwindel-männder und Wechselreiterien des Reichsgrafen Dunin-Borkowsky, der durch seine Manipulationen eine große Anzahl Frankfurter Geschäftsleute betrogen hat. Jetzt kommt aus Frankfurt a. M. die Nachricht, daß der Herr Graf und Schwindler wahrscheinlich verrückt sei; er werde in der allernächsten Zeit in eine Irrenanstalt zur Untersuchung seines Geisteszustandes gebracht werden.

Daß ein Reichsgraf im höchsten Grade geistesgestört ist, wenn er andere Leute betrügt, ist so selbstverständlich, daß es einer ärztlichen Untersuchung durchaus nicht bedarf.

Erdsenkung im belgischen Kohlenrevier.

Nach einer Meldung aus Brüssel senkte sich an der belgisch-französischen Grenze bei Süd-Duisbrain der Boden in einer Ausdehnung von sechs Hektar um sechs Meter. Infolge dessen stürzte der Damm des von Rons nach Condé führenden Kanals ein. Das Wasser überflutete die benachbarten Felder. Die Senkungen werden einem undorfsichtigen Abbau in den Kohlenbergwerken zugeschrieben.

Die Cholera.

Wenn trotz der Tätigkeit der Sanitätsorganisation die Cholera in Apulien noch immer neues Opfer heischt — in den letzten 24 Stunden sind neun Neuerkrankungen und fünf Todesfälle zu verzeichnen — so dankt sie dies ihrem treuen Verbündeten, dem Wohnungselend. Nach einer offiziellen Erhebung über die Lage der Landarbeiter in Süditalien, als deren erster Band in diesem Frühjahr der über Apulien erschienen ist, befinden sich in Andria nicht weniger als 2800 unterirdische Wohnungen und 1800 halbhunterirdische. In Barletta ist die Zahl der ersten 228, der zweiten 254. In Molfetta sind beide Zahlen zusammengezogen und ergeben 3250. Ähnlich steht es in allen anderen von der Cholera heimgesuchten Orten. Dabei wohnen die Unglücklichen, die in diese Höhlen verbannt sind, keineswegs billig; eine halbhunterirdische Kammer kostet in Foggia 120 Lire im Jahre, in Brindisi bis 240 um. Es handelt sich um eine Art Grotten, die vor Hunderten von Jahren gebaut wurden, oder um Kellerwohnungen, über denen sich die Häuser der Besten erheben. Die Kellerwohnungen kosten den Hausherrn so gut wie gar nichts und bringen thätig ein. Unter diesen Umständen versteht man, wie selbst ein treffliches Sanitätswesen an einem derartigen Meub seine Energie erlahmen sehen muß.

In Budapest hat die bakteriologische Untersuchung gestern sechs Erkrankungsfälle an Cholera ergeben. Zwei davon kommen auf Ersei, je einer auf Szejzard, Gran, Mohacs und Szonh. Insgesamt wurden durch die bakteriologische Untersuchung bisher 21 Erkrankungsfälle festgestellt, bei denen Cholera vorliegt. Unter Choleraverdächtigen Symptomen wurde ein Ratose in das Budapestier Krankenhaus eingeliefert.

Großes Aufsehen erregt die Mitteilung des Direktors des Budapestier bakteriologischen Instituts, Dr. Reich, der erklärt, daß die Choleraerkrankung absolut nicht überwunden sei, denn die Donau sei in Ungarn vollständig infiziert. Er fürchtet, daß die Cholera sich weiter ausbreiten werde. Wenn auch jetzt die Cholera im Abnehmen begriffen sei, so sei im nächsten Frühjahr eine neue Epidemie zu befürchten.

Wieder einer!

Vor der Strafkammer des Landgerichts Remmigen stand der katholische Pfarrer Anselm Köppli von Stabl bei Landsberg a. L. wegen fortgesetzter Amtsunterdrückung. Er hat für die Kirchenstiftung unrechtmäßig Gelder für sich verbraucht und kirchliche Geräte an Tröddler verkauft und veräußert. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Köppli hat den angerichteten Schaden ersetzt.

Noch einer!

Eine außerordentliche Revision der Rassenführung der niederösterreichischen Stadt Pottenstein hat ergeben, daß das Stadtoberhaupt, der Bürgermeister Kainer, in zehn Jahren 80 bis 100 000 Kronen unterzogen hat. Kainer war ein eifriges Mitglied der christlichsozialen Partei.

Kleine Notizen.

In einer Fernfahrt nach dem Chiemsee flog gestern nachmittags das in München stationierte Luftschiff „Parsival VI“ auf. Die 200 Kilometer weite Fahrt dauerte 4 1/2 Stunden und ist durchaus glatt verlaufen, obwohl stromweise vertikale Luftbewegungen und Wirbelwinde herrschten.

Ein Ehe-drama. In Chemnitz erschog gestern nachmittags der Restbändler Schreier seine Ehefrau, seine Stief-tochter und dann sich selbst. Die Ursache liegt in Familienstreitigkeiten. Schreier lebte mit seiner Frau in Scheidungsflage.

Großes Aufsehen erregt in Budapest die Verhaftung eines Arztes, der Syphilisfranke mit dem „Gata“-Präparat behandelt. Auf eine Anfrage der Staatsanwaltschaft bei Geheimrat Ehrlich lief die Mitteilung ein, daß an dem fraglichen Arzt niemals irgendwelches Quantum des Serums geliefert worden sei.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Donnerstagabend in Hagen in Westf. In voller Fahrt fuhr ein Automobil gegen einen elektrischen Leitungsmast. Die fünf Insassen des Automobils wurden herausgeschleudert und schwer verletzt. Der Wagen wurde durch den Anprall vollständig zertrümmert.

Erdböhs in Tirol. In mehreren Orten des Oberinntals ist am Donnerstag nachmittags ein Erdböhs von zwei Sekunden Dauer verspürt worden. Zwischen Landed und Pruy gab es infolge des Erdböhs einen Erdrutsch, der die Straße ver-sperrte.

Freireligiöse Gemelde. Sonntag, den 18. September, vormittags 9 Uhr, Doppel-Messe 10/17: Freireligiöse Vorträge. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Oswald Vogtherr: „Die Deutschland katholisch werden soll.“ — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Mittwoch, den 19. September: Beschließende Versammlung in W. Berlin, Blumenstr. 10.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (A. S. 25, Hamburg). Filiale Berlin 3. Sonnabend, 17. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Kaiser, Reichensberger Str. 154: Mitgliederversammlung. Wahl. — Filiale Berlin 4. Sonnabend, 17. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Westphal, Andreasstr. 26: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 7. Sonntag, 18. September, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Kaiserstr. 3: Mitgliederversammlung. — Filiale Rixdahl. Sonnabend, 17. September, abends 8 1/2 Uhr, Steinhilberstr. 14, bei Labbert: Versammlung. — Filiale Rummelsburg. Sonnabend, 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Max Blume, Alt-Borsdahl, Ecke der Neuen Bahnhofstraße: Mitgliederversammlung. — Filiale Charlotten-burg. Sonnabend, 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Hofmannstr. 8: Mitgliederversammlung. — Filiale Zehlendorf. Sonnabend, 17. September, abends 8 1/2 Uhr, bei F. Rast, Berliner Str. 92: Mitgliederversammlung. — Filiale Wilhelmstr. Sonnabend, 17. September, abends 9 Uhr, bei Barth, Viktorstr. 4: Mitgliederversammlung.

Witterungsbericht vom 16. September 1910. morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärk	Temper.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärk	Temper.
Stettin	768	SW	14	14.9	Worms	768	SW	14	14.9
Dresden	766	SW	12	14.9	Frankfurt	766	SW	12	14.9
Berlin	768	SW	12	14.9	München	767	SW	12	14.9
Frankfurt	767	SW	12	14.9	Wien	766	SW	13	14.9
München	767	SW	12	14.9					
Wien	766	SW	13	14.9					

Wetterprognose für Sonnabend, den 17. September 1910.

Ein wenig kühl, zeitweise neblig, sonst trocken und ziemlich heiter bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15. 9.	am 16. 9.	Wasserstand	am 15. 9.	am 16. 9.
Remel, Ithar	196	+11	Saale, Grotzsch	122	-4
Bregel, Jüterberg	-2	+18	Saale, Grotzsch	82	-3
Wiesche, Thörn	294	+6	Saale, Grotzsch	91	+1
Ober, Ratibor	308	-8	Saale, Grotzsch	152	-6
Kroffen	413	+102	Saale, Grotzsch	170	-2
Frankfurt	315	+12	Saale, Grotzsch	-6	+4
Wartbe, Schwinn	73	+1	Saale, Grotzsch	41	-15
Landsberg	-	-	Saale, Grotzsch	526	-8
Rega, Borsdahl	9	-1	Saale, Grotzsch	335	-12
Saale, Borsdahl	206	-20	Saale, Grotzsch	357	-16
Saale, Borsdahl	112	-20	Saale, Grotzsch	84	-1
Saale, Borsdahl	316	+6	Saale, Grotzsch	159	-5
Saale, Borsdahl	254	0	Saale, Grotzsch	98	-2

+) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterbeleg. *) Darby heute um 7 Uhr morgens 825 cm.

Der Flußpegel des Oberhochwassers hat sich von gestern 58 heute morgen bei Eichberg, etwas oberhalb der Borsdahlmündung, befunden, wo seine Höhe nur 46 cm unter dem Hochwasser von 1903 gebildet ist. Heutiger Wasserstand der Ober bei Ratibor 278 cm.

Nowawes.
Mittwoch, den 21. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Volksgarten“, Brückstr. 31:
Außerordentliche General-Versammlung
des Kaufmannvereins.
Tages-Ordnung:
1. Eröffnung einer Verkaufsstelle in Wannsee. 106/16
2. Genossenschaftliches.
Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Aufsichtsrat.
J. H.: Wih. Schulz.

Maßanzüge
sehr elegant, 32—35 M., fertige Herrenanzüge 8,25, Einsegnungsanzüge 9 M. an. Engl. Anzüge sehr billig. Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung. **Tuchgesellschaft** Rottdorferdamm 16—17 (Hochb.). Vorzeiger b. Brückstr. erhält 5%, Rabatt.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung elegant. Herren- und Knaben-Garderobe fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung.
S. Boltuch, Frankfurter Allee 75, Eingang Tilsiter Straße.

Möbel-Lechner
Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor.
Wohnungs-Einrichtungen auf Credit
Riesen-Auswahl! Riesen-Auswahl!
1 Stube und Küche von M. 200.— an, Anzahlung von M. 15.— an
2 Stuben und Küche von M. 525.— an, Anzahlung von M. 40.— an
Mod. Schlafzimmer von M. 350.— an, Anzahlung von M. 30.— an
Mod. Herrenzimmer von M. 500.— an, Anzahlung von M. 45.— an
Mod. Speisezimmer von M. 550.— an, Anzahlung von M. 50.— an
Bunte Küchen, großes Lager.
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.
Wochenraten nach Uebereinkunft. Lieferung auch nach auswärt.
Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf M. 5 gutgeschrieben.
Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet.

Möbel
auf Credit
Kl. Einrichtung Kl. Einrichtung 2 Zimmer-Einricht.
M. 12 Anzahl. M. 20 Anzahl. M. 30 Anzahl.
Bürgerl. Einrichtung Bessere Einrichtung
M. 50 Anzahlung M. 75 Anzahlung
Abzahlung 1 Mark pro Woche an
Für jedes Stück wird Garantie geleistet
Möbel- und Warenhaus
Rosenthaler Str. 54
S. Gottlieb

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Meritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Pauschule
Zetel i. Oldbg.
Meister- u. Polierkurse. Nach-
weislich erfolg. Ausbildung
innerhalb 5 Monaten. Schul-
beginn 1. Nov. Lehrplan frei.

Schöne freundliche
Wohnungen
2 große Zimmer, Balkon, Küche, event.
auch Kammer, sowie Bad, sehr billig
sodort zu vermieten. 9192
Friedrichstraße, Wilmersdorf 3,
7 Min. v. Stadtbahnhof Nichtenberg.

Get-Reparatur im Norden,
Sahlste, Berlin, Bauten vorhanden,
Lohn 47 Gulde, viel Schnaps, sofort
billig zum Inventarpreis wegen
anderer Unternehmungen zu verkaufen.
Erf. unt. P. E. 98 an Rudolf-Mosse,
Berlin N. 118, erfragen. 105/17

Von der Reife zurück.
Dr. med. R. Hirsch
Spezialarzt für Haut- u. Geschlechts-
leiden.
Pappelallee 1. (12-2, 5-7.)

Abendkurse.
Ausbildung von Technikern und
Meistern in Elektrotechnik
und Maschinenbau.
Technische Akademie,
Berlin 45, Ritterstraße 36.
Prospekte frei.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 17. September
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Cavalleria rusticana. Barbiere
von Gioia.
Königl. Schauspielhaus. Der
deutsche König.
Wetjen. Die schönste Frau.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Jüdisch.
Kammerstücke. Götter.
Lehning. Gelpenker.
Komische Oper. Der Arzt wider
Willen.
Berliner. Russentänzer.
Neues. Die goldene Mitternacht.
Königs Schauspielhaus. Wann
kommt du wieder.
Kleinens. Noblesse oblige.
Kleinens. Die verführten Frauen-
zimmer. 1. Klasse.
Thalia. Polnische Wirtin.
Schiller. (Wagner-Opern.)
Der Walfisch.
Schiller. Charlottenburg. Robert
und Bertram.
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Kleinens. Noblesse oblige.
Berliner Volkoper. La Traviata.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Im Spätkommer.
Moderne. Der Wert des Lebens.
Trianon. Glade der Jugend.
Neues Operetten. Der Graf von
Lugemburg.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Herrfeld. Wenn zwei dasselbe tun.
Das feste Stück.
Kleinens. Othello.
Folies Caprice. Der schwarze
Schimmel. — Das alte Ghetto.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Die Schloffen.
Kleinens. Der schneidige Rudolf.
Apollo. Spezialitäten.
Wagnere. Spezialitäten.
Reichshallen. Elektrischer Sänger.
Waldbühne. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Prater. Der Bettelstudent von
Berlin.
Volke. Deborah.
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Urania. Zaubertränke in 4 Akte.
Abends 8 Uhr: Im Lande der
Winternächte.
Sternwarte. Anstalt. 57-59.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abends 8 Uhr:
**Im Lande der Mitter-
nachtssonne.**
Berliner Volkoper
Welfe-Albion-Strasse 7/8.
Abends
7 1/2 Uhr:
La Traviata.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Othello.
Trauerspiel in 5 Akte von Shakespeare.
Sonntag nachm. 3 U. (bei der Stelle):
Dorf und Stadt. 8 Uhr: Othello.
Montag: Othello.
Auf der Gartendüne:
Lichtbild u. Theaterdarstellung.
Großes Konzert. Anfang 8 1/2 Uhr.
Apollo Theater
8 Uhr: Das sensationelle Programm.
9 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch Berlin
Verbotene Frucht.
Annie Vasa, Ludwig Mertens u. G.
Hemer: 4 Schwestern Ormalis.
Gisela Schneider-Nissen.
Das verrückte Hotel usw.

Metropol-Theater.
Sonnabend, den 17. Sept., prägnant
7 1/2 Uhr, zum erstenmal:
Hurrah
Wir leben noch!!!
In 9 Bildern von J. Freund. Musik
von H. Holländer. In Szene gesetzt
von Direktor R. Schulz.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ausverkauf.

WINTERGARTEN
12 Attraktionen
des
von Publikum und Presse
glänzend beurteilten
Eröffnungs-Programms!
Der Gipfel der
illustren Varieté-Kunst!

Passage-Theater.
Das Eröffnungs- Progr.
der
Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff
mit ihren neuen Schlagern
von Walter Kolto.
**Collins 10 eng-
lisch-Backfische.**
die
Polmey u. May, unerreichten.
George Barrington
und 12 Starsnummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
**Der Mann mit dem
eisernen Schlund!**
Von 4-7
Uhr
Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension
Alles ohne Extra-Entree!

Herrfeld
Theater
Die größten Schlager
der letzten Saison:
**Das starke Stück und
Wenn zwei dasselbe tun**
mit Anton und Donat Herrfeld.
Vorverkauf 11-9 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pfade der Jugend.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwanke in 4 Akten v. G. v. Moser.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Bibliothekar.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Web' dem, der lügt.
Montag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

Zirkus Busch!
Sonnabend, den 17. September 1910:
Von heute ab Anfang 7 1/2 Uhr.
Gala-Premiere!
des neuen Original-Manageschaustücks
„Venezia“
(Marino Falleri).
1. Bild. Die Vermählung des Dogen mit dem Meere!
Die Zeremonie auf der großen Staatsbarke. Das Taran-
tella-Ballett (Italienische Dudelsackpfeifer). — Volks-
festlichkeiten auf dem Canal Grande.
2. Bild. Im Palast des Dogen!
Meeresbrandung. Der große Illusionsakt der singenden Sirenen.
Untergang der brennenden Staatsbarke.
Madia Surtih, die Ind. Schlängentänzerin mit ihren Riesenschlangen.
3. Bild. Auf dem Markusplatz!
Falleri's Verurteilung. Der Karneval. Maskenfest und Prunkkorso.
Das Ballett unter Wasser!
Die akrobatischen Tänze der Collini-Clairon-Truppe.
Elektrische Farbenspiele!
sowie das große Galaprogramm.

Castans Panoptikum Friedrichstraße 165
(Pachorpalast).
Größtes Schau-Etablissement Berlins.
Großes Künstler-Konzert.
Täglich geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.
Eintritt 50 Pf. Nil. ohne Charge u. Kinder 25 Pf.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute und folgende Tage:
Original Münchener Herbstfeste Juhu!!!
Oberlandler Kapellen ♦ Kirchweih- und Schützenfest.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Abonnenten des „Vorwärts“ haben wochentags freien Eintritt.
Diese Annonce ist am Eingang vorzusetzen.

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Eintrittspreis 50 Pf.
Heute:
Sensationelle Attraktionen
Militärkonzert ♦ **Somalidorf**
Ab 3 Uhr geöffnet
Tanagra-Theater ♦ **Mon Plaisir.**

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Hans Reich-Ensemble.
Sonntag, den 18. September 1910:
Der Weilschenfresser
Lustspiel in 4 Akte von G. v. Moser.
Dittler v. Weimbs: Dir. Hans Reich.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Raffeneröffnung 8 Uhr. Anf. 7 Uhr.

Walhalla
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die neuen
September-Spezialitäten.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Volke mit Gelang in 4 Abteilungen
von Gustav Moser. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Montag, abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.

Circus
Cyrill-Halle
Berlin N., Trift-Ecke
Tegelstr.
(nächst Mollerstraße).
Sonnabend, 17. September,
abends 8 1/2 Uhr:
Neue Debüts
an den bekannten niedrigen
Wochentagspreisen.
Sonntag, 18. September,
nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr:
2 Gala-Vorstellungen.
Nachmittags ein Kind frei.
Fernruf:
A. Moabit 8212

Volks-Theater
Rixdorf, Hermannstraße Nr. 20.
Sonntag (Anfang 7 1/2 Uhr):
Joekos Abenteuer.
Barlette in 3 Akten von H. Sallis.
Montag (Anfang 8 1/2 Uhr):
Das Recht des Herzens.
Schauspiel in 3 Akten von Karl
Theodor Schulz.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Fosse
Der schneidige Rudolf.
Stadthof Pimpelmann: Dir. D. Berg.
Vorher das glänzende Bunte Progr.
Für Attraktionen ersten Ranges.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Hochmutstauferl.

Karl Haverland-
Anfang Theater-Kommandanten-
präz. 8 Uhr. Theaterstr. 77/78.
Ganz neues Programm.
Hugo Römer profingiert.
Königsstadt-Kasino.
Holzmärkerstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Franz Sobanski.
Elsa Para, Walter Kiser, Geschwister
Herrmann, Metz. Adolph, Geschwister
Alotta, Jongleur.
Um 9 Uhr das Jubiläum:
Zu Herbstmanöver

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
8805*
C. Nible.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Reederei Kahn & Hertzner Tel. Amt VII.
Nr. 2092.
Sonntag, den 18. September, findet eine
Große Dampferpartie mit Musik
nach dem herrlich gelegenen „Sporthaus Ziegenhals“ statt. De-
fekt: **Schlachtfest und Tanz.** Abfahrt: prägnant 10 Uhr morgens
von der Dörfenbrücke. Fahrpreis. Hin und zurück 0,75 M.
H. Hirschel.

Reederei Nobling.
Sonntag: Große Extrafahrt
mit Musik
Berliner Schweiz (Gosener
Berge).
Dort abends Höhenfeuer und Alpenlachen. Hin und zurück 80 Pf.
Kinder 40 Pf. 95 Zannowbrücke Restaurant Schutzhof. 9145

Zirkus A. Schumann.
Sonnabend, 17. September,
abends 7 1/2 Uhr:
1. Grand Soirée High Life.
Besonders hervorzuheben:
Apachen zu Pferde
geritten von Fräulein Dora Schumann
und Herrn Karl Heß.
Bellonia wunderb. duell. Kakadus.
Der Kreisel-Globus.
Neueste Kreation des Direktors
A. Schumann.
Verstärkte Reiterfamilie A. Clarke.
Brothers Miranos!
Luftpotpourri
der 10 Personen Loqiq.
Wochen Sonntag 2 gr. Extravoc.
3 1/2 u. 7 1/2 Uhr. Nachm. 1 Kind unter
12 Jahren frei. Weitere Kinder
zahlen halbe Preise, außer Galerie.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 M., u. 6 Uhr ab
50 Pf. Sonntags 50 Pf. Donert. 6 M.
Ausstellungshallen am Zoo.
Riesen-Kinematograph.
6-11 Uhr.
Rauchen überall gestattet
Heute neues Programm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton,
Schrador usw.)
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der schwarze Schimmel.
Bunter Teil:
Das alte Ghetto.
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Sonnabend:
Der Bettelstudent von Berlin.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 80 Pf.

Puhlmanns Theater
Schönb. Allee 145 — Zuh.: A. Titius.
Deute weg. Vorbereitung geschlossen!
Sonntag, 18. September, Eröffnung
der Winterpielzeit! Vorstellung:
Gros-Berlin.
Theater- und Varieté-Ensemble.
7 Uhr: **Die Soldatenbraut.**
Räte u. Karl Reich l. d. Hauptrollen.
Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotorjan, Inh.: Rud. Morz,
Schönh. Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochentags gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wechsl. Programm.
Dienstags u. Freitags 4-6 1/2 Uhr
Kindervorstellung. Kinder 10 Pf.
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag
im Oberaal: **Kunstlerkonzert.**
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
Moabiter
Gesellschaftshaus
Wielstr. 24, Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabit.
Wöchentlich einmal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Zipkus A. Schumann.
Sonnabend, 17. September,
abends 7 1/2 Uhr:
1. Grand Soirée High Life.
Besonders hervorzuheben:
Apachen zu Pferde
geritten von Fräulein Dora Schumann
und Herrn Karl Heß.
Bellonia wunderb. duell. Kakadus.
Der Kreisel-Globus.
Neueste Kreation des Direktors
A. Schumann.
Verstärkte Reiterfamilie A. Clarke.
Brothers Miranos!
Luftpotpourri
der 10 Personen Loqiq.
Wochen Sonntag 2 gr. Extravoc.
3 1/2 u. 7 1/2 Uhr. Nachm. 1 Kind unter
12 Jahren frei. Weitere Kinder
zahlen halbe Preise, außer Galerie.

Circus
Cyrill-Halle
Berlin N., Trift-Ecke
Tegelstr.
(nächst Mollerstraße).
Sonnabend, 17. September,
abends 8 1/2 Uhr:
Neue Debüts
an den bekannten niedrigen
Wochentagspreisen.
Sonntag, 18. September,
nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr:
2 Gala-Vorstellungen.
Nachmittags ein Kind frei.
Fernruf:
A. Moabit 8212

Volks-Theater
Rixdorf, Hermannstraße Nr. 20.
Sonntag (Anfang 7 1/2 Uhr):
Joekos Abenteuer.
Barlette in 3 Akten von H. Sallis.
Montag (Anfang 8 1/2 Uhr):
Das Recht des Herzens.
Schauspiel in 3 Akten von Karl
Theodor Schulz.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Fosse
Der schneidige Rudolf.
Stadthof Pimpelmann: Dir. D. Berg.
Vorher das glänzende Bunte Progr.
Für Attraktionen ersten Ranges.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Hochmutstauferl.

Karl Haverland-
Anfang Theater-Kommandanten-
präz. 8 Uhr. Theaterstr. 77/78.
Ganz neues Programm.
Hugo Römer profingiert.
Königsstadt-Kasino.
Holzmärkerstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Franz Sobanski.
Elsa Para, Walter Kiser, Geschwister
Herrmann, Metz. Adolph, Geschwister
Alotta, Jongleur.
Um 9 Uhr das Jubiläum:
Zu Herbstmanöver

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
8805*
C. Nible.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

W. WERTHEIM GM BH

Potsdamer Straße 10, 11 und 13



Friedrich-Straße 110/112 Passage-Kaufhaus

Neu eröffnet: LEIPZIGER STRASSE 75/76 am Dönhoffplatz

Die Polizeibehörde hat uns unser bisheriges Zählsystem verboten,

obgleich wir an dessen Rechtsgültigkeit zu zweifeln nach vorher eingezogenen juristischen Gutachten nicht die geringste Veranlassung hatten. Um nun unsere Kundschaft, bei der unser System so großen Beifall gefunden hat, schadlos zu halten, werden wir nicht nur die ursprünglich ausgesetzten 45000 Mark verteilen, sondern den Betrag **erheblich erhöhen** und ihn auf folgende Weise zur Ausschüttung bringen:

Wir bitten, unsere Kassenzettel zu sammeln

und sie zu je 5 Stück an den Zählstellen in den Erfrischungsräumen unserer drei Geschäftshäuser gegen Quittung einzutauschen. Bis zum 31. Dezember d. Js. erhält nun jeder Inhaber von:

5 Quittungen (25 Kassenzetteln)	2 M.	100 Quittungen (500 Kassenzetteln)	70 M.
10 „ (50 „)	5 M.	200 „ (1000 „)	150 M.
15 „ (75 „)	8 M.	600 „ (3000 „)	500 M.
20 „ (100 „)	11 M.	1000 „ (5000 „)	900 M.
40 „ (200 „)	25 M.	2000 „ (10000 „)	2000 M.
60 „ (300 „)	40 M.	10000 „ (50000 „)	12000 M.
80 „ (400 „)	55 M.	20000 „ (100000 „)	25000 M.

in bar oder in Gutscheinen nach Wahl der Kundschaft.

Kassenzettel unter 1 Mark, sowie solche über Markenartikel und Lebensmittel werden hierbei nicht mitgezählt. — Auswärtige Kunden werden gebeten, ihre Kassenzettel mit Rückporto einzusenden.

Sie kaufen vorteilhaft

MÖBEL

auch auf

KREDIT

im Spezial-Geschäft von

Wilhelm

MISCH

Gr. Frankfurter Str. 45/46 I u. II.

Total-Auflösung!

Wegen vollständiger

Geschäfts-Aufgabe

unseres seit Jahren bestehenden Spezial-Hauses sollen die Riesen-Vorräte, bestehend in:

Teppichen, Gardinen, Portieren, Diwan-, Tisch- und Steppdecken etc.

schleunigst geräumt werden, und sind die Preise

33¹/₃ bis 50⁰/₁₀ herab-

gesetzt.

Selten günstiger Gelegenheitskauf für die neue Wohnung.

Teppichhaus Adler

Königstr. 20-21, an der Judenstraße.

Möbelausstattungen

fotoe einzelne Stücke in gediegener Ausführung liefert alles Geschäft diskret an höhere Leute

auf monatliche Ratenzahlung.

Eigene Werkstätten. Keine Kaffierer.

Möbel-Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 38/39.

Große Volten Gelegenheitskäufe.

Möbel auf Kredit

Ganze Einrichtungen

sowie

einzelne

Ersatzstücke

Polsterwaren

Betten

Portieren

Gardinen

usw.

Anzahlung von 5 M. an

Abzahlung von 1 M. an

Garderobe auf Kredit

für

Herren

Damen

Kinder

Schuhwaren

Kinderwagen

Einsegnungs-Staat

für

Knaben u. Mädchen

C. Wachsmann & Co.

Reinickendorfer Str. 15

Ecke Ravenstr., neben der Feuerwache

ff. Schlaek- u. Salamiwurst à Pfd. 1,20 M.

fürliche Gänseartikel, als Gänselein, Gänseleutenfleisch, Gänseknochenfleisch, Keulen frisch und gepöfelt, geräucherter Keulen zum roh essen empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen

H. Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95,

106/16

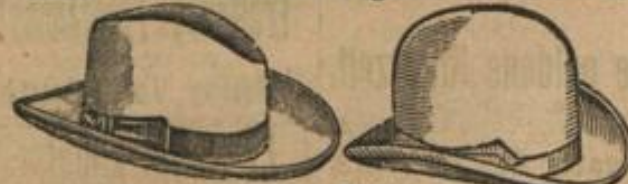
Edhaus Kaiser-Wilhelm-Straße.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116

(Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engros-Geschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiße Herrenhüte v. 1,50-6,00

Stoffe Herrenhüte v. 2,00-7,00

Nur fehlerfreie moderne Ware

Nur fehlerfreie moderne Ware

Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Zur Einsegnung

empfehle mein reichhaltiges Lager in Konfirmanden-Anzügen

Durch besonders günstigen Einkauf bin ich in der Lage zu nachfolgend billigen Preisen zu verkaufen.

Schwarze Kammgarn-Anzüge

beste Zutaten, Ia Qualitäten

975 1250 1500

Prüfungs-Anzüge

blau Cheviot und blau Kammgarn

beste Stoffe, solideste Ausführung

1150 1650 1950

Modern gemusterte Stoffe

neuest. Fassons gute Qualitäten

875 1125 1450

Julius Lindenbaum Nacif.

Inh. Walter Hampel

Große Frankfurter Straße, Ecke Fruchtstraße.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Sonnabend, den 17. d. M., feiert der Zweigverein der Gärtner (Nikolassee) sein Stiftungsfest im Lokale von Heinrich (Schwemme-Nikolassee). Da dies Lokal für die Arbeiterschaft gesperrt ist, bitten wir dies zu beachten. Heute, den 17. d. M., feiert der Verdigungsverein Mariendorf sein 20. Stiftungsfest im Lokale von Rau, Dorfstr. 1. Da dieses Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, obiger Verein aber verdrückt, bitten wir in Arbeiterkreisen umzuliegen, eruchen wir dringend, dieselben zurückzuweisen. Ebenso ist das Lokal Gräßl-Gesellschaftsbaus gesperrt. Den Besuchern der Mariendorfer Kirchhöfe wird außer den in der Lokalliste bezeichneten Lokalen das Restaurant August Reibberg, Eisenacher Str. 11 (gegenüber dem Kreuz-Kirchhof) empfohlen.

In Süden sind die Lokale von Dahl und Schultheis nach wie vor gesperrt und daher streng zu meiden.

Die Lokalkommission. Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). Wahlmorgen für Drucker- und Arbeiter am Sonntag, den 18. September, bei Julius Meyer, Oranienstraße 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag und Rezitation: „Heinrich Heine als politischer Satiriker“ vom Genossen Walter Zimmermann-Karlshorst. Regen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Moabitler Gesellschaftshaus, Bielestr. 24, eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Referent: Genosse Dr. Wofes. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Tanz 80 Pf. Die Genossen der 7. und 8. Abteilung werden besonders eingeladen.

Charlottenburg. Heute Sonntag früh 8 Uhr werden in der 5. Gruppe die Hauslisten für die Stadtverordneten-Wahlprüfung revidiert. Die Parteigenossen treffen sich in den Flugblattverbreitungsstellen der 5. Gruppe.

Die Parteigenossen aller Gruppen wollen an dieser Arbeit recht zahlreich teilnehmen. Der Vorstand.

Rixdorf. Am Dienstag, den 20. September, finden in den Lokalen von Hoppe, Felsch, Wolf und im „Feldschützen“ 4 öffentliche Kommunalwählerversammlungen statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Rathaus. 2. Freie Diskussion.

Brick-Bukow. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Handzetteldruckerei. Die Bezirkssprecher holen sich Sonnabend abend das Material vom Genossen Tiede, Bürgerstr. 29 II, ab.

Dienstag abend 1/8 Uhr findet eine öffentliche Versammlung bei Haddoy, Chausseestr. 89 statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Emil Unger über: „Kirche und Staat“. 2. Diskussion. 3. Verchiedenes.

Genossen, agitiert für Massenbesuch. Der Vorstand.

Dreißtel Treptow. Am Sonntag früh 8 Uhr findet eine wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 17. d. M., pünktlich abends 8 1/2 Uhr, findet in dem Lokal von H. Deter, Bahnhofstraße, der regelmäßige Jahlabend statt.

Bezirk Weidmannsdorf. Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr findet im „Paradiesgarten“ in Wirlenwerder eine Mitglieder-versammlung des Wahlvereins statt. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Ein Gedenktag in der Berliner Theatergeschichte ist der 18. September. In ihm sind 50 Jahre verstrichen, seitdem Hedwig Nabe, die später berühmte Niemann-Nabe, zum ersten Male im Wallner-Theater, und zwar in „Erziehungsergebnisse“ auftrat. Wenige Jahre später ist das Wallner-Theater erst an dem heute vom Schiller-Theater eingenommenen Platze erbaut worden. Vielleicht ist es interessant, bei dieser Gelegenheit einen Blick auf seine Vorgeschichte zu werfen. Anfangs der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts befand sich in der Blumenstraße Nr. 9, im Volksmund die „Grüne Neune“ genannt, eine Bürgertheater, deren Mitglieder nach des Tages Last und Mühe sich am Komödienstücke in einem von ihnen eingerichteten Liebhabertheater ergötzen. Damals war die Blumenstraße eine der entlegensten Berlins; mit nur wenigen Häusern besetzt, trug sie infolge der Gartenanlagen noch ganz den ländlichen Charakter einer Vorstadtstraße. Als deshalb Rudolf Cerf, nachdem seine Unternehmungen im „Walhalla“ und in der „Villa Colonna“ gescheitert waren, hier versuchte, ein ständiges Theater zu gründen, betrachtete man das als ein Wagnis. Cerf erhielt, in Erinnerung an seinen Vater, der einst das königliche Theater geleitet hatte, die Konzession und eröffnete 1854 in der „Grünen Neune“ das königliche Theater. Aber das Publikum versagte ihm die Unterstützung, und da Cerf keine großen Mittel besaß, so war er bald am Ende angelangt und suchte seine Bühne anderer Leitung zu übergeben. Er fand einen Nächst in Franz Wallner, der sich 1855 bewegen ließ, mit seiner Truppe vom Posener Theater nach Berlin zu übersiedeln. Das Theater, das seinen glänzenden Eindruck machte, wurde renoviert und am 16. September 1855 wiedereröffnet. Trotzdem aber Wallner ein guter Ruf vorausging, spielte das „Königliche Theater“, wie es jetzt hieß, zuerst auch vor leeren Bänken. Weder Wallner, seine Gattin Agnes noch der später so beliebte Komiker Helmerding zogen und die Einnahmen blieben unter Mittelmaß, bis Wallner die Mode der französischen Komödien erfaßte und am 11. Oktober 1855 mit „Pariser Sitten“, dem im November die „Dame mit den Kamellen“ folgte, eine neue, glänzende Periode einleitete. Von diesen Stücken ging Wallner endlich zur Berliner Lokalposse über, die in Kalisch ihren bedeutendsten Vertreter fand. Aus der Verbindung Wallners mit Kalisch und den für die Darstellung gewonnenen Komikern Helmerding und Reusche erwuchs dann der Bühne der dauernde Erfolg, der Wallner im Jahre 1857 veranlaßte, ein eigenes Theater zu bauen und die Konzession auf seinen Namen zu erwerben, nachdem er bisher mit der Cerfschen Konzession gespielt hatte. Er erhielt die Konzession am 1. September 1859 und eröffnete am 14. Oktober die Bühne unter dem neuen Namen „Wallner-Theater“. Bis 1864 blieb das Theater noch in der „Grünen Neune“, um dann in das neue Haus überzusiedeln, das am 3. Dezember 1864 feierlich eröffnet wurde.

Die Aufnahme in die städtische Taubstummenklasse findet anfangs April und Oktober statt. Eltern oder Vormünder taubstummer, schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder werden darauf aufmerksam gemacht, daß Anmeldungen zum bevorstehenden Wintersemester bis spätestens 1. Oktober d. J. bei dem stellvertretenden Direktor, Lehrer Post, Markuststr. 49, anzubringen sind.

In der letzten Sitzung der Deputation für Statistik wurde der Etat des statistischen Amtes durchberaten und angenommen. Hierbei nahm der Vorsitzende Anlaß, seiner Beschreibung über die vom statistischen Amt neu herausgegebenen Groß-Berliner statistischen Monatsberichte in anerkennenden Worten Ausdruck zu geben. Auch der Abgang der neuen Monatschrift geht über die Erwartung, hinaus. Längere Erörterungen knüpften sich an die von Direktor Professor Silberstein vorgelegten Entwürfe zur Grundstücks- und Wohnungsaufnahme. Während letztere am 1. Dezember zugleich mit der Volkszählung vorgenommen werden soll, wird die Grundstücksaufnahme mit der für die eigentlichen Zwecke der Volkszählung sechs Wochen vor dieser in Aussicht genommenen Zählung verbunden werden. Wie schon bei den beiden vorhergehenden großen Zählwerken dieser Art werden auch diesmal zahlreiche Vororte, und zwar mehr noch als im Jahre 1906, einheitlich nach Art und Umfang an den Erhebungen teilnehmen.

Aus dem Magistrat. Der Magistrat wählte in seiner gestrigen Sitzung an Stelle des ausscheidenden ärztlichen Direktors der inneren Abteilung am Rudolf-Virchow-Krankenhaus, Professor Dr. Goldscheider, den an demselben Krankenhaus bisher als dirigierenden Arzt tätigen Professor Dr. Kuttner. Der Magistrat trat dem Ersuchen der Stadtverordneten-Versammlung, mit ihr über die Bewilligung einer Spende an die Veteranen aus den Kriegen 1864, 1866, 1870/71 in gemischter Deputation zu beraten, bei.

Zum Wochentags-Ladenschluß im Barbier- und Friseurergewerbe wird uns mitgeteilt: Zur Regelung des Geschäftsschlusses an Wochentagen, die nach Lage der Verhältnisse nur auf gesetzlicher Grundlage denkbar ist, bietet die Gewerbeordnung leider keine Handhabe, da der § 139f derselben sich nur auf das Handelsgewerbe bezieht. Bereits bei Einführung der gewerblichen Sonntagsruhe am 1. April 1896 machte sich diese Lücke der Gewerbeordnung für das Friseurergewerbe empfindlich bemerkbar, insofern es sich um den örtlich einheitlichen Geschäftsschluß an Sonn- und Feiertagen handelte. Hierin wurde nach einigen Jahren Abhilfe herbeigeführt durch Schaffung des § 41b. Doch für den Wochentagschluß fehlt es nach wie vor an einer entsprechenden Bestimmung in der Gewerbeordnung. Infolge der Ausbreitung des Lichterschusses im Handelsgewerbe, der zunehmenden Konkurrenz usw., hat sich mittlerweile auch im Barbier- und Friseurergewerbe das Bedürfnis nach einheitlicher Regelung des Wochentags-Ladenschlusses mehr und mehr geltend gemacht. Unbeschadet der zunächst ohnehin mühsigen Streitfrage, ob Licht- oder Reumuttschluß, sind alle Fachkreise sich darin einig, daß das Gewerbe auf alle Fälle die Möglichkeit haben muß, den Wochentagschluß überhaupt irgendwie örtlich einheitlich regeln zu können. Von diesem Standpunkt ausgehend, haben sich etwa 15 Meister- und Gehilfenvereinigungen Groß-Berlins zur Veranstaltung einer allgemeinen Versammlung für Prinzipale und Gehilfen entschlossen, die am nächsten Donnerstag in Kellers Neue Philharmonie stattfindet und dazu beitragen soll, die notwendige Abänderung der Gewerbeordnung in Fluß zu bringen.

Der Straßencleaningsaufseher Orth, über dessen Wälten in der Straßencleaningsabteilung 27 (Depot Eibinger Straße) wir in unserer Nummer 178 vom 30. Juli berichteten, beklagt sich jetzt in einer vom 18. September datierten Instruktion an uns, daß wir der Wahrheit nicht entsprechende Anschuldigungen gegen ihn erhoben hätten. In jenem Artikel handelte es sich hauptsächlich um den Vorwurf, daß Herr Orth zur Erziehung jugendlicher Arbeiter den Gebrauch des Schimpfwortes nicht vermahnt habe, daß er für Jugendlichkeit zur freien Jugendorganisation die Entlassung angedroht habe und er auch einen erwachsenen Straßencleaner seinen Jörn habe fesseln lassen, weil der in seiner freien Zeit die Arbeitsbüchsen durch Fettel zum Besuch einer Versammlung eingeladen hatte. Auf den Vorwurf der Erziehung durch das Schimpfwort antwortet Herr Orth mit dem Hinweis auf einen bestimmten Fall, von dem er meint, daß er sich dabei korrekt benommen habe. Er schreibt uns:

Am 16./7. 10 hat der Arbeitsbursche G... den Arbeitsbüchsen B... bei der Arbeit mit einem Messer am Arme stark verletzt. Den p. G... stellte ich darüber zur Rede, wobei ich die Worte gebraucht habe: „Ein vernünftiger Mensch schlägt seinen Kameraden nicht mit dem Messer, das tun nur Strocheln.“ Unsere Ermittlungen haben ein etwas anderes Bild ergeben. Die Verletzung war nicht stark, sondern gering. Auch hat G. sie nicht vorläufig, wie es nach Herrn Orth's Darstellung fast scheinen könnte, sondern aus Versehen seinem Kameraden beigebracht. Einem Arbeitsbüchsen war von seinem Besen der Stiel abgedrückt, und G. übernahm es, den Schaden zu reparieren. Als er dabei war, mit dem Messer die Bruchstelle zu beschneiden, wollte der Arbeitsbursche B. eingreifen und faßte nach dem Besen. Da machte G. eine hastig abwehrende Bewegung mit der Hand, in der er das Messer hielt, und hierbei wurde dem B. der Rockärmel durchgeschnitten und auf dem Unterarm die Haut drei bis vier Zentimeter lang aufgeriñt. Herr Orth hat aber das durchaus entschuldige Versehen gerteilt mit den Worten, die er selber in seinem Brief angibt: „Ein vernünftiger Mensch schlägt seinen Kameraden nicht mit einem Messer, das tun nur Strocheln.“ Mit diesem Eingeständnis hat er selber sich bereits gerichtet, und wir haben nicht nötig, noch irgend etwas hinzuzufügen. Nur das wollen wir feststellen, daß Burschen uns versichern, nach Erscheinen jenes Artikels habe Herr Orth ihnen gegenüber einen merklich anderen Ton angeschlagen. Das war unser Wunsch, und das genügt uns.

Aber nun die übrigen Anklagen, die wir gegen ihn erhoben haben! Herr Orth fährt fort: Alle übrigen Ausdrücke und Angaben, wie sie der Artikel bringt, sind nicht der Wahrheit entsprechend. Welches auch mehrere Arbeiter bezeugen können. Hiernach wäre z. B. auch das nicht wahr, daß Herr Orth für Jugendlichkeit zur freien Jugendorganisation die Entlassung angedroht hätte? In seinem Brief sagt er zwar nicht ausdrücklich, auch das sei unwahr. Aber daß er das gleichfalls bekräftigt, ist zu folgern aus seiner summarischen Erklärung, „alle übrigen“ Angaben seien nicht der Wahrheit entsprechend. Wir haben daraufhin auch hierüber nochmals Ermittlungen angestellt. Man wiederholte uns die Behauptung, daß Herr Orth die Jugendlichkeit zur freien Jugendorganisation verboten und dafür Entlassung angeknüpft habe. Hinzugefügt wurde jetzt, daß nicht Orth allein, sondern mehr noch ein Aufsichtlicher durch jene Anknüpfung die Arbeitsbüchsen vom Beitritt zur Organisation abzuhalten gesucht habe.

Zu der Angelegenheit des erwachsenen Arbeiters, der die Burschen zum Besuch einer Versammlung der Jugendorganisation eingeladen hatte, äußert Herr Orth sich genauer. Er schreibt hierüber: Daß ich den Arbeiter G. betreffs Fettelverteilung an die jugendlichen Arbeiter niemals darüber in die Welle gestellt habe, das kann wohl der Arbeiter G. selbst bezeugen. Ich nehme an, daß die ganze Sache nur ein Mißverständnis ist. Die Kränkelung des Arbeiters G. ist Herr Orth in der Tat zu Unrecht mit auf Konto gesetzt worden. Nicht er, sondern der erwähnte Herr Hinge war es, der G. in Gegenwart von Arbeitsbüchsen in sehr energischer Weise „zur Rede stellte“. Jener Artikel stützte sich nicht auf Angaben G.'s, sondern auf die Mitteilungen der Mutter eines Burschen, die uns gegeben hatte, Herrn Orth's Art einmal öffentlich zu besprechen sowie auf die ergangenen Aussagen anderer Burschen, die wir befragt hatten. Das

wurde in dem Artikel ausdrücklich hervorgehoben, aber Herrn Orth hindert das nicht, sich von einem „Nachakt“ G.'s zu reden. Und diese kränkende Unterstellung leistet er sich in demselben Schreiben, durch das er selber sich gegen „der Wahrheit nicht entsprechende Anschuldigungen“ wehrt.

Die Tarifpolitik der Stadtbahn. Man schreibt uns: Am 1. Oktober wird die neue Sädbringstation „Hohenzollernbaum“ dem Verkehr übergeben. Vom gleichen Tage tritt auf dem Sädbring eine Verteuerung gewisser Fahrten um 100 Proz. ein. Zum Beispiel wird die Strecke Hohenzollern-Potsdamer Bahnhof, die jetzt 10 reisp. 15 Pf. kostet, dann 20 und 30 Pf. kosten, ohne daß die Leistung des Eisenbahnstufes eine höhere wird, nur die Fahrzeit wird eine um zwei Minuten längere. Der gewöhnliche Untertanenverstand kann nicht begreifen, warum eine Fahrt teurer wird, wenn eine Terrängeellschaft eine neue Station auf einer alten Linie errichtet. Mit dem alten Jopf des Bahnstationen-Tarifs sollte man endlich auf-täumen.

Die Entlohnung der Schlächter auf dem städtischen Schlachthof.

Die Vorstände der Engros-Fleischermeistervereinigungen waren gestern unter dem Vorsitze des Obermeisters Arische zu einer sehr wichtigen Beratung zusammengetreten, der auch Direktor Holz und Inspektor Feierabend vom städtischen Vieh- und Schlachthof bei-wohnten. Vom Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes war beim Junagsvorstande ein Schreiben eingegangen, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß die Entlohnung der Arbeitnehmer nur in Reichs-währung zu berechnen und auszuführen ist, daher die sogenannten Bier-gelder oder Nebenverdienste, welche den Engros-Schlächtergehilfen in Naturalien gewährt würden, ungeeignet sind und gegen § 115 der R.-G.-O. verstoßen. Direktor Holz wies zur Begründung des Vor-gehenden der Verwaltung auf die große Unsicherheit des Eigentums auf dem Schlachthof hin, die zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß unter dem Dedmantel des Biergeldes nicht selten zwanzig bis sechzig Pfund Talg oder zwei bis acht Liefen vom Schlachthof ent-fernt werden; zu vielen abgenommenen oder beschlagnahmten Waren findet sich recht oft dann kein sich legitimierender Eigentümer. Nach eingehender Verhandlung wurde, wie die „Allg. Fleischer-Ztg.“ mit-teilt, das Resultat der Verhandlungen in folgendem Beschluß nieder-gelegt:

Die ganze oder teilweise Entlohnung der auf dem städtischen Schlachthof beschäftigten Gesellen mit Naturalien soll, mit Aus-nahme von Blut, Pfafen (Schländen) und Schweinehaaren, in Fortfall kommen.

Es soll von einem noch festzusetzenden Zeitpunkt keinem Ge-sellen mehr gestattet sein, andere Naturalien zum Verkauf an sich zu bringen. Der Verkauf hat dann einzig durch die Weister an bestimmten Stellen des Schlachthofes zu erfolgen; über den Erlös aus diesen Naturalien steht jedem Meister das freie Verfügungs-recht zu.

Was bisher als Nebenverdienst außer den schon genannten Teilen den Gesellen überlassen ist, sind folgende Teile: Milzen (fast sämtliche Milzen der Rinder gehen von Berlin nach München und Nürnberg, wo dieser Artikel sehr geschätzt wird); die Milchen der Jungkinder, die Sätze (Vauhspeicheldrüse), Blatmagen der Rinder, vom Hammel die Kalbdaune, Penis der Rinder, vielfach Talg-trumpen usw. Die Verwertung all dieser Teile wird so in geordnete Bahnen gelenkt werden, daß die Verkäufer all dieser Artikel nicht mehr von Schlachtkammer zu Schlachtkammer ziehen dürfen, sondern diese Teile an bestimmten Stellen abgenommen werden.

Ein schwerer Straßeneinfall ereignete sich vorgestern abend in der Wadstraße. Der 70jährige Invalide Gottlieb Kupprecht aus der Koloniestr. 151 hatte vom Rosenthaler Tor aus zur Nachhause-fahrt einen Omnibus der Berliner Allgemeinen Omnibusgesell-schaft benutzt, den er unmittelbar vor der Endhaltestelle der Prinzen-allee während der Fahrt verließ. Der alte Mann kam dabei zu Fall und erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels, eine blutende Kopfverletzung und innere Verletzungen. Nachdem der Verunglückte auf der Unfallstation in der Wadstraße Notverbände erhalten, wurde er in besinnungslosem Zustande nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt.

Autosomnibus und Straßenbahnwagen. Gestern morgen um 7 Uhr fand an der Kreuzung der Müller- und Selderstraße ein Zusammenstoß zwischen dem Kraftomnibus 1887 der Linie Müller-strasse-Gallesches Tor und einem Wagen der Städtischen elek-trischen Straßenbahn statt. Der Kraftomnibus kam neben einem Wagen der Großen Berliner Straßenbahn, Linie 20, vom Wedding her gefahren. Der Straßenbahnwagen hielt plötzlich kurz vor der Selderstraße, um einen von der Schulendorfer Straße kommenden Wagen der Städtischen Straßenbahn vorüber zu lassen. Der Kraft-omnibusfahrer bemerkte das Herannahen des städtischen Zuges infolge Verdeckung des Gesichtsfeldes durch den Wagen der Großen Berliner Straßenbahn erst, als er nur noch einige Meter von der Straßenkreuzung entfernt war. Er bremste sofort scharf, konnte jedoch nicht verhindern, daß sein Wagen noch an den Vorderperron des städtischen Straßenbahnwagens heranrutschte. Durch das plötz-liche Bremsen und durch den Knurrall an den städtischen Straßen-bahnwagen wurden die Fahrgäste des Kraftomnibusses durchein-ander geschüttelt und hierdurch wie auch durch Glascherben einiger gesprungenen Fenster verletzt. Es meldeten sich bei dem Schaffner 10 Personen, die verletzt sind oder verletzt sein wollen. Sämtliche Verletzungen sind leichter Art. Der Materialschaden ist unbedeu-tend. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Wektor Post, der beschuldigt wird, an Schülerinnen sich fittlich schauer vergangen zu haben, war in den achtziger Jahren auch in Köpenick tätig. Wie jetzt verlautet, soll er sich dort auch nicht ein-wandfrei betätigt haben. Man erinnert sich, daß ihm 1888 bei seinem Fortgang dort ähnliche Dinge zur Last gelegt wurden wie jetzt in Berlin. Man legte den Angaben aber keinen großen Wert bei, weil es sich um Kinder handelte.

Choleraanfälle in Schönberg. Das Befinden des im Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Schönberg befindlichen Ingenieurs Gustav Meyers-berg ist ein außerordentlich günstiges. Obwohl die bakteriologische Untersuchung erst heute nachmittags abgeschlossen werden wird, glauben die Ärzte mit voller Bestimmtheit versichern zu können, daß es sich in diesem Falle nicht um die gefürchtete asiatische Cholera handelt. Man neigt vielmehr der Annahme zu, daß sich Meyers-berg auf der Rückreise durch den Genuß rohen Obstes eine schwere Dysenterie zugezogen habe, die erst nach seiner Ankunft in Berlin zum Ausbruch kam. Bei der gleichfalls unter Quarantäne stehenden Wirtschafterin des Herrn M. haben sich bisher keine verdächtigen Symptome gezeigt, so daß Fräulein M. bereits in zwei bis drei Tagen entlassen werden dürfte.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hatte im August dieses Jahres einen Umsatz von 870 944,56 M., im gleichen Monat des Vorjahres 258 551,50 M., also ein Mehr von 121 993,06 M. Weide Monate dieses Geschäftsjahres ergaben 709 839,40 M., das sind 216 823,55 M. mehr als die korrespon-dierenden Monate des Vorjahres. Die Mitgliederzunahme hat merkwürdigerweise etwas nachgelassen, während bei den ganzen ovensichtlichen Verhältnissen das Gegenteil zu erwarten wäre. Die Gesamtsumme ist auf über 1/2 Million gestiegen, die Hausanteile auf 400 000 M.

Der Gesangsverein „Olympia“ (M. d. D. A. S. V.) veranstaltet heute Sonnabend, den 17. September, in der Brauerei Köpenick ein Lokal- und Instrumentalkonzert unter Mitwirkung des Sol-listen Herrn Georg Diebsch (Violine) und des Berliner Kon-sultier-Orchesters (Goldfelder).

Die Erinnerung an einen großen Kurpfuscherprozess, der seinerzeit allgemeines Aufsehen erregt hat, wurde durch einen gestrigen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelten Strafprozess wachgerufen. Im Jahre 1903 stand der Kaufmann Franz Nardenkötter wegen grober Verletzungen bei Ausübung der Kurpfuscherei vor der 9. Strafkammer. Er wurde damals noch dem fünften Verhandlungstage flüchtig und konnte erst nach mehreren Monaten festgenommen werden. Er wurde damals zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung seiner Strafe hat er sich dem Vermittlungsgeschäft zugewendet und in dieser Tätigkeit sich die gestrigen vor dem Schöffengericht verhandelte Angelegenheit wegen Betruges zugezogen. Der Angeklagte nannte sich in letzter Zeit Lange und leitete seine Verechtigung hierzu von gewissen Abmachungen mit seiner Schwester, einer Frau Lange ab. Die Polizei hat ihm jedoch aufgegeben, sich nach wie vor Nardenkötter zu nennen, da er zur Führung des anderen Namens nicht berechtigt sei. Unter dem Namen Lange lernte ihn der Sekretär Ernst Jaffe vom Reichsjustizamt auf Grund eines Zeitungsinserats kennen. Herr J. war Besitzer eines Hauses in der Raitenower Straße und war wegen Verletzung der Finsen der ersten Hypothek in Verlegenheit gekommen. Er suchte deshalb von dem Angeklagten ein Darlehen in Höhe von 1500 M. gegen Siderheit zu erlangen. Der Angeklagte erklärte ihm darauf, daß er Geschäfte in so geringer Höhe nicht mache, schlug ihm zunächst ein größeres Geschäft vor und als Herr J. darauf nicht einging, machte er den Vorschlag, daß Herr J. das Haus für den Preis von 175 000 M. bei 10 000 M. Anzahlung verkaufen solle. Da Nardenkötter erklärte, daß er auch schon einen Käufer an der Hand habe, ging J. auf dieses Angebot ein. Bald darauf eröffnete nach der Behauptung des Zeugen der Angeklagte ihm, daß der in Aussicht genommene Käufer augenblicklich kein Geld flüssig machen könne. Nardenkötter soll sich aber dann bereit erklärt haben, selbst das Haus zu kaufen. Zur Stempelersparung wurden die Abmachungen, bei denen die Schwester des Angeklagten mit ihrem Namen als Kontrahentin auftrat, in die Form eines Nießbrauchsvertrages nebst Kaufofferte gekleidet. Herr J. erhielt 5000 M. ausbezahlt, 5000 M. ließ er zur dritten Stelle für seine Schwiegermutter als Hypothek eintragen. Es wurden auch sonst noch verschiedene Abmachungen getroffen, die die Rechtslage keineswegs klar stellten. Die Verwaltung des Hauses ging auf den Angeklagten über, der nach der Meinung des J. als Eigentümer gelten mußte, tatsächlich aber alle Vorteile der Hausverwaltung einstrich und alle Lasten dem J. aufbürdete. Das Ende vom Liede war, daß das Grundstück zur Zwangsversteigerung kam und alle Hypotheken bis auf die erste und eine Kleinigkeit von der zweiten Hypothek ausfielen. Für die Ausfälle ist der Zeuge J. persönlich haftbar gemacht worden; es hat sich ein Rattenkönig von Zivilprozessen daraus entwickelt u. d. J. hat noch auf lange Zeit unter einem Gehaltsabzugsverfahren zu leiden. In seinen gegen den Angeklagten angestrenzten Prozessen ist er zweimal unterlegen. Er hat dann ohne Erfolg den Angeklagten wegen Buchens angezeigt und schließlich hat sich die Angelegenheit wegen Betruges herauskristallisiert. Der Zeuge J. versicherte vor Gericht, daß er das ganze Geschäft von vornherein abgelehnt hätte, wenn er geahnt hätte, daß sich hinter dem Namen Lange der "Heid" aus dem ihm wohl-bekanntem Prozeß Nardenkötter verberge. Der Angeklagte, der im Jahre 1906 den Offenbarungseid geleistet hat, habe ihm gesagt, er sei ein wohlhabender Mann und erhalte außerdem Geld zu seinen Geschäften von seinen Verwandten. Der Angeklagte habe ferner gesagt, er habe schon verschiedene Häuser auf dem Halles. J. läßt sich durch den Angeklagten arg geschädigt und behauptet, daß dieser einen Kaufvertrag abgeschlossen wollte und sollte und danach auch alle Verbindlichkeiten hätte übernehmen müssen. Nardenkötter stellte diesem die Behauptung gegenüber, daß von einem Kaufvertrag gar nicht die Rede gewesen sei, sondern es sich nur um ein Darlehensgeschäft und damit verbundenen Nießbrauchsvertrag gehandelt habe. Wenn in dieser ganzen Affäre einer mit falschen Karten gespielt habe, so sei er dies sicherlich nicht gewesen. — Die umfangreiche Verhandlung unter Vorsitz des Assessors Dr. Crelling ergab, daß die von den Parteien geschaffene Rechtslage eine äußerst komplizierte und schwer zu entwirrende war. Der Amtsanwalt selbst hielt die Schuldfrage für so wenig geklärt, daß er die Preisprechung des Angeklagten beantragte. Rechtsanwalt Gottschalk ging noch weiter: er beantragte, auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last zu legen und führte aus, daß die Behauptungen des Zeugen in vielen Punkten äußerst anfechtbar seien. — Das Gericht kam im Gegensatz zum Amtsanwalt und Verteidiger zu einer Verurteilung des Angeklagten. Der Gerichtshof hatte nicht das geringste Bedenken, den Angaben des Zeugen vollen Glauben zu schenken. Nach der Beweisaufnahme hielt das Gericht für dargelegt, daß es sich nicht um ein Darlehen, sondern um ein Kaufgeschäft handelte und der Angeklagte von vornherein in planmäßiger Weise darauf ausgegangen ist, den Zeugen zu schädigen. Der Angeklagte ist deshalb zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat gegen das Urteil Berufung angemeldet.

Schmiergelber.

Ein interessanter Verleumdungsprozess spielte sich vor dem Schöffengericht Dortmund ab. Dem Ueberschmiler vom Stahlwerk Hösch war von dem Inhaber einer chemischen Fabrik in Oberhausen vorgeworfen worden, daß er Schmiergelber von der chemischen Fabrik Lohmann u. Kirchner beziehe. Aus diesem Grunde würden die vorteilhaftesten Offerten der Oberhauser chemischen Fabrik zurückgewiesen. Der Gericht verweigerte der beschuldigte Chemiker Neuh vom Eisenwerk Hösch die Antwort auf die Frage, ob er Schmiergelber erhalten habe. Ein Beleidigungsdarüber, daß auch auf einem Werke Thyffens in gleicher Weise erheblich "geschmiert" würde, wurde abgelehnt. Des ferneren wurde behauptet, daß Rindergeviert geliefert worden sei, um die Schmiergelber wieder gehäuft bereinzubringen. Der Zeuge Apotheker Niemann aus Essen hat früher bei der Firma Lohmann u. Kirchner in Stellung gestanden und ist jetzt bei Krupp. Er gibt an, daß des Ofereen ein geringeres Quantum (20 statt 25 Kilos) an das Stahlwerk Hösch zum Versand gebracht worden sei, als bestellt und berechnet worden sei. Das sei im Auftrage von Dr. Winter geschehen, der Inhaber der Firma Lohmann u. Kirchner ist. Winter habe zur Erklärung gesagt, der Chemiker Neuh bei Hösch beziehe an Schmiergelber 10 Proz. vom Warenpreis. Wenn dann noch verbüßt werden sollte, müsse Rindergeviert geliefert werden. Auf Reklamation hin könne ja nachgeliefert werden. Der Zeuge hat einmal bei einem Zwist von Winter die Rindung bekommen. Als dem Winter in Gegenwart von Zeugen die geschäftlichen Gepflogenheiten vorgehalten worden seien, habe Winter die Rindung rückgängig machen wollen. Auch sei wiederholt anstatt bestellten indifferenten Sintofids minderwertiges Grünfegel geliefert worden, dessen Wert nur 68,50 M. betragen habe, gegen 157,50 M. und später 175 M. in Rechnung kamen. Wegen Beleidigung erkannte das Gericht zwar auf 60 Mark Geldstrafe, es hat aber den Wahrheitsbeweis teilweise für erbracht gehalten. Es seien Geschäftsmanipulationen vorgekommen, die nicht als reelle Mängel bezeichnet werden können.

Briefkasten der Redaktion.

Es juristische Sprechstunde findet jeden Freitag Nr. 63, vorn vier Uhr bis 5 Uhr, wochentags von 11 bis 12 Uhr abends, Sonnabends von 11 bis 12 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Wortstreit und eine Zahl als Wortzeichen beizufügen. Christliche Antworten werden nicht erteilt. Eiliger Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.
Puffer. 1. Unter den jetzt bestehenden Verhältnissen fallen wir Sie zur Zahlung der 3 R. für verpflichtet. 2. Ja, sofern Sie davon Kenntnis erheilt. — P. P. Puffer, Erkundigen Sie sich bei dem Deutschen sozialdemokratischen Kreislauf in Berlin, 9 Rue de Valenciennes. — W. G. 47. Reklamation. Eine solche Unterbrechungsgeschichte können wir Ihnen nicht nachweisen. Bitte! versuchen Sie es mit einer Klage. — Walter G. 50. Das halten wir für unzulässig, wenn es sich lediglich um eine Blinddarmpoperation gehandelt hat. Ein Recht wird bestimmte Auskunft geben können. — W. Sp. 1. Sie sind zahlungspflichtig.

Wegen eines gefährlichen Brandstiftungsbrandes wurde gestern die hiesige Feuerwehr von der Schwärze in der Raitenstraße nach der Wielandstr. 32 alarmiert. Der Brand war durch die Unvorsichtigkeit beim Kochen von Tee entstanden. Durch Sandaufwerfen wurden die Flammen, die ungeheuren Qualm verursachten, nach und nach erstickt.

Der Arbeiter-Abfahrerverein „Charlottenburg“ feiert heute abend in den Räumen des Volkshauses, Rosenstr. 8, sein zehnjähriges Stiftungsfest. Da sich genannter Verein zu allen Arbeiten und Veranstaltungen des Wahlvereins zur Verfügung stellt, bittet der Vorstand des Wahlvereins die Parteigenossen, das Vergnügen recht zahlreich besuchen zu wollen.

Die städtische Arbeitsnachweis Charlottenburgs, Kirchstraße 5 (Fernsprecher Amt Charl. 1291) und Wittenbergplatz 4 (Fernsprecher Amt Charl. 1487) bringt für das Herbstverdienst und die Umzugszeit keine Vermittlung von Wäsche- und Kleidermädchen, Plättierinnen sowie sämtlichem Aushilfspersonal in Ernternte, Arbeitslose, welche für den nächstfolgenden Tag gewünscht werden, müssen bis spätestens 6 Uhr nachmittags bestellt sein.

Johannisthal.

Aus Anlaß ihres 13. Stiftungsfestes veranstaltet die Freie Turnerschaft am Sonntag, den 18. August, ein Abturnen auf ihrem Turnplatz. Abmarsch präzise 2 Uhr vom Vereinslokal Otto Genselstr. 48. Abends 7 Uhr gemeinsames Beisammensein im Vereinslokal (seiner Saal). Da der Verein stets unsere Feste verschönern hilft, auch kein Eintrittsgeld erhoben wird, so ist zu wünschen, daß die Genossen an der Veranstaltung rege teilnehmen.

Adlershof.

Der Arbeiter-Abfahrerverein „Vorwärts“, Mitglied des A. R. V. „Solidarität“, feiert heute im Lokal von Wühlstein sein 8. Stiftungsfest. Da genannter Verein bei Veranstaltungen der Partei und Gewerkschaften stets mitwirkt, ersuchen wir die Genossen und Genossinnen um rege Beteiligung an diesem Feste.

Pankow.

Die Gemeindevertretung am Dienstag hatte sich mit der Genehmigung eines Abkommens mit Berlin wegen Verlegung des Teufelsberg für das neue Wasserwerk durch den Gutsbezirk Manteuffel (Berliner Gebiet) sowie gleichzeitig mit der Genehmigung eines Vertrages mit der Stadt Berlin wegen Verlegung von Gasröhren durch den Gutsbezirk Manteuffel (Pankower Gebiet) zu beschäftigen. Nach den einleitenden Darlegungen des Bürgermeisters will Berlin die Verlegung des Pankower Wasserdrucks unter der Bedingung zustimmen, daß die Gemeinde Pankow bei der beabsichtigten Wasser-Regulierung der Stadt Berlin weit entgegenkommt. Ferner soll die Zustimmung nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs erteilt werden. Von dem Widerrufsrecht soll bestimmt dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Gemeinde Pankow bei der Wasser-Regulierung ein nach dem Ermessen Berlins nicht ausreichendes Entgegenkommen zeigen sollte. Es hat nun in dieser Angelegenheit eine Aussprache zwischen dem hiesigen Bürgermeister, dem Berliner Bürgermeister Reide und Stadtrat Margraff stattgefunden. Um der Gemeindevertretung vom Inhalt dieser Aussprache Kenntnis zu geben, ersuchte der Bürgermeister die Öffentlichkeit auszuschließen, was auch befolgt wurde. Obwohl der Bürgermeister ausdrücklich nur für die Mitteilung der gehaltenen Unterredung die Öffentlichkeit ausgeschlossen wünschte, ist dennoch die ganze Angelegenheit in nicht öffentlicher Sitzung erledigt worden. — Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gab ein Mitglied des Geflügelzüchtersvereins Pankow-Nieder-Schönhausen um Stiftung eines Preisgeldes dem hiesigen Vertreter Hollstätter Gelegenheit, der Versammlung eine heitere Viertelstunde zu bereiten. Dem allgemein abnehmenden Standpunkt der Gemeindevertretung gegenüber diesem Gelde konnte sich dieser dröhlige Herr nicht anstellen, obwohl er selbst versicherte, dagegen stimmen zu wollen. Er meinte alles Erstes, daß es bedauerlich sei, daß dieser Sache so wenig sozialpolitisches Verständnis — wie er es nannte — entgegengebracht werde angesichts der herrschenden Preisnot. Die Unterlegung der Geflügelzüchter sei das Mittel, notwendiger Ersatz für Fleisch zu schaffen, ganz abgesehen davon, daß die deutsche Einfuhr von 40 Millionen Hühnern jährlich zum erheblichen Teile auch von den Hühnern Pankow-Nieder-Schönhausens gedeckt werden könnte. Die Vertretung lehnte trotz dieser durchschlagenden Argumente das Gelde ab. — Hieraus wurden eine Reihe von Staatsüberstellungen genehmigt, nachdem vorher der Bürgermeister bekanntgegeben, daß das Rechnungsjahr 1909 mit einem Ueberschuß von 129 214 M. abschließen werde. — Dann nahm die Vertretung zur Fleischnot Stellung. Auf Vorschlag des Bürgermeisters wurde dem Vorschlag der Stadtverordnetenversammlung Berlin ohne Debatte zugestimmt. — Auf die in einer der letzten Sitzungen von den Bürgerlichen gegebenen Anregung, für die Monate Oktober und November die Gehälter bestimmter, in dieser Zeit besonders mit Arbeiten überhäuft Verurtheilte vom Fortbildungsinstitut zu befreien, hat der Leiter der Fortbildungsschule an das Kuratorium geantwortet, daß dem Wunsche in diesem Jahre nicht Folge gegeben werden könne, da die Schule sich zurzeit noch im Ausbau befindet. Wenn im nächsten Jahre nach beendeten Ausbau es sich ermöglichen lasse, werde der Sache näher getreten werden. In besonderen Einzelfällen können auch jetzt nach Prüfung der einschlägigen Verhältnisse Befreiungen vom Unterricht statt. Demnach scheint ersichtlichweise die Fortbildungsschule ihre Aufgabe doch ein wenig anders aufzufassen, als die Herren Handwerksmeister es sich wünschen. — Vom Genossen Kubig wurden sodann Verträge zur Sprache gebracht, wonach bei der Kooperationsfrage für das neue Wasserwerk Manteuffel vorgekommen seien. So sei man zwischen Schönfließ und Schildow in sumptuöse Gelände geraten, wodurch offenbar eine nicht unbedeutliche Versteuerung der Kaufkosten verursacht worden sei. Er ersuchte den Tiefbaumeister um Auskunft, was an den Verträgen Wahres und Unwahres hierbei die Gemeinde finanziell in Mitleidenhaft gezogen wäre. Herr Baumeister Saeger gab zu, daß man tatsächlich bei Schildow auf moorigen Untergrund gestoßen sei, ein Vorkommnis, an dem — da die Trasse einmal vorgezeichnet — niemand die Schuld trage. Dadurch sei allerdings ein Ertrag der bereits angefahrenen Guts-eisenbahn durch schmelzende Röhren nötig geworden, der an Transportkosten etwa 4-500 M. zu Lasten der Gemeinde erfordere. Alle übrigen Kosten für Rohtransporte, die auf fehlerhaften Dispositionen der Baunehmehmer beruhen, fallen letzteren zur Last. Genosse Kubig gab noch seiner Verdringung darüber Ausdruck, daß durch seine Einfrage die Sache in öffentlicher Sitzung geklärt und damit dem teilweise übertriebenen Verstand der Boden entzogen sei. Im übrigen mahnte das Vorkommnis für die Zukunft zu größerer Vorsicht bei Prüfung des Geländes.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Der Jugendausflug veranstaltet am Sonntag, den 18. September, abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Greiner, Weininger Straße 3, im Zinn, eine Radtour durch den Ort, bestehend aus Prolog, Vortrag, Rezitationen und Gesangsvorlesungen. Das Eintrittsgeld beträgt für Erwachsene 2 M., Jugendliche haben freien Eintritt. Der Ausflug.
Freie Jugendorganisation Steglitz und Hagen. Am Sonntag, den 18. September, findet eine Vereinstour nach Ziegel-Neuhausen-Exkursion statt. Treffpunkt für die Abteilungen Jellenhof und Steglitz, Reichensau, Kaiserallee, Ecke Rheinstraße, um 8 Uhr. Die Kollegen der Wilmersdorfer Abteilung treffen sich zur selben Zeit am Bahnhof Friedmann-Wilmersdorfer. Abfahrt von dort Punkt 9 Uhr.
Freie Jugendorganisation Treptow. Abteilung Treptow. Dritte Sommerfahrt, den 17. September, abends 8 Uhr, in Jugendheim, Grotte 68; Abteilungsversammlung.
Abt. Baumhüttenweg. Sonntag, den 18. September, nachmittags 4 Uhr, finden im Gemeindepark, Reichshagen, Spiele statt. Abends 7 Uhr wird bei Erbe, Baumhüttenstr. 14, ein Diskottabend abgehalten.
Treptow. Heute abend 8 Uhr: Abteilungsversammlung bei Weber, Grotte 68, Vortrag.
Freie Jugendorganisation Tegel und Hagen. Die Familienpartie nach Hagenener-Landhäuser, die am Sonntag, den 18. September, stattfinden sollte, ist umständlicher auf Sonntag, den 25. September, verlegt. Abmarsch 1 Uhr mittags vom Schloßplatz.

Sein Arbeitswerkzeug, das sich mit einem Monteuranzug in einem Paket befand, hat am Dienstagabend 7 Uhr ein Arbeiter in Folge einer Verwechslung eingebüßt. Zwei Herren, die am Anhalter Bahnhof die Straßenbahnlinie 17 bestiegen, nahmen beim Aussteigen an der Altonaer Straße Ecke Schleswiger Ufer das Maschinenwerkzeug enthaltende Paket des Arbeiters anstatt das ihrige Paket. Die Herren werden um Abgabe gebeten an H. Stolz, Turmstr. 68.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Zur Zeichen des Wahlrechtsraubes stand wieder einmal die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am Donnerstagabend. Das Rathaus befand sich daher im Belagerungszustand; während im gegenüberliegenden Amtsgerichtsgebäude eine Kolonne Schutzleute dem Ausbruch der Revolution entgegenharrte, umstreiften Polizisten in Uniform und Zivil sowie der Oberkommandierende der Rixdorfer Schutzmannschaft selbst das Rathaus. Die Herrschaften hatten sich aber allesamt umsonst bemüht. — Die Sitzung begann insofern lebhafter Kämpfe im vorher tagenden Wahlausschuß erst sehr verspätet. Stadtverordnetenvorsteher Sander widmete eingangs dem verstorbenen Stadtrat Lehle einen Nachruf und gab dann die Ungültigkeitserklärung der Mandate der Genossen Kohr, Schuch und Heymeißel durch das Oberverwaltungsgericht, die Berufung der Stadtverordnetenversammlung durch den Bezirksauschuß in der Klage des Genossen Scholz gegen die Aufstellung der Wählerlisten nach dem anderthalbfachen Durchschnitt, den Eingang einer Abschrift der Eingabe des Demokratischen Vereins an den Minister und einer Petition von 20 000 Rixdorfer Wählern in der Wahlrechtsfrage bekannt. Die Rixdrittlserklärungen der Stadtverordneten Arnold, Hermann, Eshmann und Pagenet nahmen die Versammlung zur Kenntnis. Zur Durchführung der im November stattfindenden Ergänzungswahlen werden aus der 1. Wählerabteilung die Stadtverordneten Rahmig, Dr. Dietrich und Heinrich ausgelost.

Zur Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion, welche bereits am 2. August eingereicht worden ist und den Magistrat befragt, ob er nun endlich den gerichtlichen Erkenntnissen entsprechend die Wählerlisten nach dem Prinzip der Dreiteilung aufstellen will, nahm Stadtverordneter Groger das Wort. Schon gleich am Eingang seiner scharf pointierten Ausführungen gab es einen Zusammenstoß mit dem Vorsteher, als er dem Magistrat und der Mehrheit vorwirft, daß sie die Bürgerchaft gegen Gesetz und Recht des Wahlrechts beraubt hätten. Neben kennzeichnete dann das volksfeindliche Verhalten des Magistrats, der mit voller Absicht die vom Bezirksauschuß im Januar bereits eingeforderten Listen erst 1/2 Jahr später und zwar erst nach Eintritt der Stadtverordnetenferien eingekandt habe. Wenn jetzt die Aufstellung der Wählerlisten nach dem anderthalbfachen Durchschnitt damit begründet werde, weil das entgegengesetzte Urteil des Bezirksauschusses angeblich noch nicht rechtskräftig geworden ist, so liege darin eine bewußte Irreführung der Bürgerchaft,

dem das Oberverwaltungsgericht kann und wird nicht anders entscheiden. Aber danach frage der reaktionäre Magistrat so wenig, wie nach dem Willen der 20 000 protestierenden Wähler, sondern suche die Anwendung von Gesetz und Recht um jeden Preis zu verschleppen. Redner erklärte dem Magistrat das tiefe Mißtrauen und verlangt klare Auskunft von ihm über sein Verhalten. — Bürgermeister Dr. Weinreich erklärte, ein Mißtrauensvotum nur von einer Mehrheit der Versammlung entgegennehmen zu wollen. Er meinte, daß der Magistrat, der doch Rixdorf auf die gegenwärtige Höhe gebracht habe, die Bezeichnung als volksfeindlich nicht verdienen. Im übrigen beschränkt er sich auf eine kurze Erklärung, nach welcher der Magistrat sich nicht befugt hält, vor der letztinstanzlichen Entscheidung das Ordstatut des Wahlrechtsraubes außer Betracht zu lassen. — In sehr geschickter Weise polemisierte Stadtverordneter Dr. Silberstein (Soz.) gegen den Bürgermeister. Dieser sei zu bedauern, daß er eine so schlechte Sache verteidigen müsse. Mit den Wahlrechtsräubern aus der Versammlung rechte er (Redner) nicht mehr. Bei diesen Worten kam es wieder mit dem sehr nervösen Vorsteher zu lebhaften Auseinandersetzungen, die von stürmischen Zurufen unserer Genossen begleitet wurden. Endlich konnte der Redner fortfahren. Er zeigte die Wirkungen des angewandten anderthalbfachen Durchschnitts siffernmäßig — die 1. und 2. Wählerklasse bringen demnach jetzt zusammen genau so viel Steuern nur auf, als die 3. Klasse allein! — Dieses System sei purer Wahnsinn. Wegen die Wähler desselben, die sich immer anmahnen, die Gefährlichkeit in Pacht zu haben, muß ausgerechnet die Sozialdemokratie das schon reichlich elende Dreiklassenwahlrecht verteidigen. Mit dem Schwindel der Mittelstandsreiterei sei in den Prozessen die weitere Verschlechterung des Wahlrechts begründet worden, obwohl gerade dadurch eine große Zahl Wähler des Mittelstandes aus der 2. in die 3. Klasse hinabgestoßen wurden. Es sei das ja auch alles nur Verlegenheitsgerede; denn die Wahlrechtsveränderungen seien genau, daß sie in den Reffeln sitzen, hat man doch schon im Wahlausschuß Schwanengefänge angestimmt und die künftige sozialdemokratische Mehrheit beschworen, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein. Das könnte man sich flüchtig sparen; darüber würden die Wähler entscheiden. Und da wehrte sich der Magistrat noch gegen den voll begründeten Vorwurf der Volksfeindlichkeit? Wenn Herr Bürgermeister Weinreich das Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten jetzt nicht imponiere, so möge er sich sagen lassen, daß es wahrscheinlich sehr bald anders von den Magistratsbänken läuten werde. Es handele sich doch nur noch um eine Wahlenfrist, die wir allerdings noch ganz gehörig versäuen werden. — Damit schloß die Debatte; kein Wort kam aus den Reihen der Mehrheit. Wie die betrübten Vohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind, sahen die reaktionären Heiden von ebendem da und stellten die hochgelobte fallenden Säulchen unserer Genossen ein.

(Fortsetzung des Berichtes in nächster Nummer.)

Eisenbahnverlos. Gestern nachmittags sprang beim Rangieren von Eisenbahnwagen auf dem Adelwerder Obersee der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ein Wagon an den Schienen. Der Rangiermeister R. wurde von dem herausspringenden Wagen gegen den Puffer eines anderen Wagens gedrückt, so daß der Tod sofort eintrat.

Charlottenburg.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in dem Siemens u. Halskewerke in der Helmholzstraße. Wie berichtet wird, ist dort der Lagerverwalter Schönau in dem Aufbahrungsraum bewußtlos aufgefunden worden. Er ist beim Betreten des Raumes durch die in demselben angeammelten giftigen Gase betäubt worden. Auch ein Arbeiter, der ausgehört wurde, um nach Schönau zu forschen, wurde von demselben Schicksal ereilt. Der herbeigerufene Arzt und die Feuerwehr nahmen mit Sauerstoffapparaten Wiederbelebungsvoruche in Angriff. Während sie bei dem zweiten Arbeiter von Erfolg waren, war es für Schönau schon zu spät. Er konnte nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden. Die Leiche wurde Be-schlagnahmt.

Soziales.

Die Versicherung der Berufskrankheiten.

Ein Verhandlungsgegenstand des soeben zu Ende gegangenen zweiten internationalen Kongresses zur Bekämpfung der Gewerkekrankheiten in Brüssel bildete die Versicherung der Berufskrankheiten. Darüber referierte Dr. med. W. Hanauer-Frankfurt am Main. Die Grenze zwischen Betriebsunfall und Gewerkekrankheit, so führte der Vortragende aus, hat sich durch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes vollständig verwischt. Es sei ein Unrecht, daß ein Arbeiter, der durch einen Unfall erwerbsunfähig werde, für sich und seine Angehörigen einen ausreichenden Versorgung erhalte, ein anderer aber, der im Betrieb an einer Gasvergiftung oder Weibergiftung erkrankt, leer ausgehe, es sei denn, daß diese Krankheiten so plötzlich auftreten, daß auf sie der Begriff des Betriebsunfalles Anwendung finde. Durch die ungleichartige Behandlung von Betriebsunfall und Gewerkekrankheit müßte in den Kreisen der Versicherten Erbitterung entstehen, es sei aber Aufgabe der sozialen Gesetzgebung, verbindend und nicht erbitternd zu wirken. Der Referent schlug daher die Gleichstellung der Gewerkekrankheit mit dem Betriebsunfall vor, sowie die Angliederung der ersteren an die Unfallversicherung. Es dürfe aber der Begriff der Gewerkekrankheit nicht zu eng gefaßt werden, namentlich dürfe nicht vor der Tuberkulose als Berufskrankheit Halt gemacht werden, denn die Schwindsucht des Steinmetzen und Stahlsehlers sei ebensoviel eine Berufskrankheit wie die Wurmkrankheit des Bergmannes oder die Weibergiftung des Malers. Auch die folgenden Referenten erkannten die Notwendigkeit der Versicherung der Gewerkekrankheiten an.

Bauarbeiter in Brandenburg.

Die Sektion II der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinigungen umfaßte am 1. Januar 1910 8591 Betriebe mit 66 463 Arbeitern. Die Betriebe haben sich im Laufe des Jahres 1909 um 208 vermehrt, während die Zahl der versicherten Arbeiter um 294 zurückgegangen ist. Der Durchschnitts-Tagesarbeitsverdienst betrug nach anrechnungsfähigen Löhnen 3,83 M. gegen 3,71 M. im Jahre 1908. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug 2694. In 399 Fällen erhielten die Verletzten Rente zugesprochen und in 30 Fällen wurde die Entschädigung für Witwen und Waisen festgesetzt resp. das Sterbegeld ausbezahlt. 2176 Verletzte wurden vor Ablauf der Karenzzeit wieder erwerbsfähig. Die Zahl der beim Schiedsgericht eingereichten Berufungen und Anträge auf Rentenänderung betrug 618. Davon wurden 472 Fälle zugunsten der Sektion und nur 113 zugunsten der Verletzten entschieden; durch Jurisdiktion und Vergleich wurden 83 Fälle erledigt. Die Zahl der beim Reichsversicherungsamt anhängig gewordenen Reklusen betrug 171; davon hatte die Sektion in 122 Fällen Erfolg. Vorhanden sind 1951 dauernde Rentenempfänger; 1099 erhalten vorübergehende Renten. Außerdem erhalten 540 Witwen die Witwenrente, 368 Kinder die Waisenrente und in 9 Fällen wird Aszendenzrente gezahlt. Die Verwaltungskosten betragen insgesamt 101 568,13 M. Davon entfallen auf die laufende Verwaltung 47 029,90 M., auf Unfalluntersuchungskosten 20 878,32 M. und auf die Heberwahrung der Betriebe 25 159,91 M.

Bei der Revision der Betriebe durch den technischen Aufsichtsbereichen sind nicht weniger als 3053 Mängel borgefunden. So fehlten unter anderem in 89 Fällen die Schutzböden über Arbeitsstellen und Gängen und an 71 Mähtungen fehlten Verstreubungen und Abstreifungen. In 137 Fällen fehlten Brüstgelenke an Treppenaufgängen, Abstreifungen von Treppen- und Türöffnungen und Notgeländer an Treppenaufgängen; auf 142 Bauten waren die Balken- und Trägerlagen nicht abgedeckt und auf 2483 Bauten fehlten die Unfallverhütungsvorschriften. Diese Zahlen sind ein weiterer Beweis dafür, wie wenig sich die Unternehmer

um die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften kümmern und wie notwendig deshalb ein wirksamer Bauarbeiter-Schutz ist. Seit dem 1. Oktober 1885 bis Ende 1909 sind bei der Sektion II einschließlich der Versicherungsanstalt nicht weniger als 38 401 Unfälle gemeldet worden. In Wirklichkeit dürfte die Zahl allerdings höher sein! Wieviel von den Verletzten Rente erhalten haben, darüber schweigt sich der dürftige Bericht aus; auch darüber, wieviel von diesen Unfällen den Tod zur Folge hatten, ist im Bericht nichts zu finden.

Die Nordöstliche Baugewerks-Vereinigungen umfaßte im Jahre 1909 24 800 Betriebe mit 224 402 beschäftigten Personen. Gegenüber dem Jahre 1901 ist die Zahl der Arbeiter um 52 385 gestiegen; die Betriebe haben sich in derselben Zeit um 8125 vermehrt. Da der Geltungsbereich der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinigungen umfaßt, so bestehen hinsichtlich der in den einzelnen Sektionen gezahlten Löhne, große Unterschiede. Der Durchschnitts-Jahresarbeitsverdienst eines Arbeiters betrug nach anrechnungsfähigen Löhnen in der Sektion I (Berlin) 1127 M., Sektion II (Brandenburg) 842 M., Sektion III (Pommern) 752 M., Sektion IV (Westpreußen) 732 M. und Sektion V (Ostpreußen) 756 M.

Aber auch hinsichtlich der gemeldeten und entschädigten Unfälle bestehen in den einzelnen Sektionen große Abweichungen. Im Jahre 1909 wurden im Bereich der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinigungen 11 128 Unfälle gemeldet. Verteilt man die Unfälle auf die einzelnen Sektionen, so ergibt sich folgendes Bild:

Table with 4 columns: Region, Employed Workers, Reported Accidents, Fatal Accidents. Rows include Berlin, Brandenburg, Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, and Summa.

Danach hat die Provinz Pommern die stärkste Unfallbelastung, die Zahl der Schwerverletzten ist in der Sektion III prägnant am höchsten. Schuld daran sind natürlich die Arbeiter selbst. Das ist wenigstens die Ansicht des Architekten Albrecht Müller-Stettin. Dieser Herr verfuhr im Jahre 1908 auf dem Verbandstage der Baugewerks-Vereinigungen in Essen den Beweis dafür zu erbringen, daß rund 60 Proz. der Verträge gegen die Unfallverhütungsvorschriften den Arbeitern zur Last fallen und schimpfte dabei weidlich auf die „wüste Deke“ der sozialdemokratischen Presse gegen Arbeitgeber und Berufsgenossenschaften. Die Bestrafung der Arbeiter (nicht etwa der Arbeitgeber) scheint ihm das geeignete Mittel, die Arbeiter anzuhalten, sich selbst und ihre Mitarbeiter vor Tod und Gefahr zu schützen. In seinen weiteren Ausführungen mußte derselbe Herr allerdings zugeben, daß die Bauaufsicht entweder gar nicht oder doch von Personen ausgeübt wird, die davon nichts verstehen. Er sagte: „Es ist in unserer Provinz leider üblich, daß die Bauaufsicht von den zuständigen Amtsvorstehern, also Richtschleutern, geprüft und genehmigt werden und daß dieselben Herrchen bezw. deren Organe, wie Gendarmen, Amtsboten usw., soweit dies überhaupt geschieht, die Bauabnahmen erledigen und die Bauaufsicht ausüben.“ Na also! Hier bestätigt Herr Müller — wenn auch ungewollt —, daß die „ungerechten“ Angriffe der sozialdemokratischen Presse gerechtfertigt sind. Der Verbandstag nahm darauf eine Resolution an, in welcher das Reichsversicherungsamt ersucht wurde, dahin zu wirken, daß die ländlichen Bau- und Umbauten auf ihre Konstruktion hin von Sachverständigen geprüft und in der Ausführung revidiert werden, damit Unfälle durch unsachgemäße Konstruktion nach Möglichkeit vermieden werden. Im Interesse des Arbeiterschutzes (17) wurde folgende Resolution angenommen: „Alle festgestellten Verstöße der Arbeiter gegen die Unfallverhütungsvorschriften den zuständigen Behörden zwecks Verurteilung der Schul-

digen zu unterbreiten.“ Mehr Schutz für Leben und Gesundheit können die Bauarbeiter wirklich nicht verlangen! Nun werden die technischen Aufsichtsbeamten auch bald freistellen können, daß auf das Konto der Arbeiter mindestens neunzig Prozent der Unfälle entfallen und daß die Arbeitgeber, die unschuldigen Ränimer, nur noch in vereinzelten Fällen schuldig zu sprechen sind. Wie sehr indes gerade bei der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinigungen ein wirksamer Bauarbeiter-Schutz vorhanden ist, mögen folgende Zahlen beweisen: die Nordöstliche Baugewerks-Vereinigungen umfaßt mit der Versicherungsanstalt hatte in dem Zeitraum von zehn Jahren, 1896 bis 1905, 19 784 entschädigte Unfälle mit 1703 Tödlingsverletzten. Im Jahre 1908 wurden 10 792 Unfälle gemeldet. Davon erhielten 1938 Rente zugesprochen und 184 Unfälle hatten den Tod zur Folge. In Bezug auf die Unfallhäufigkeit wird die Nordöstliche Baugewerks-Vereinigungen nur noch von der Süddeutschen und der Bayerischen Baugewerks-Vereinigungen übertroffen. Im Jahre 1908 kamen auf tausend Vollarbeiter bei der Nordöstlichen 62,45 gemeldete Unfälle, bei der Süddeutschen 62,59 und bei der Bayerischen Baugewerks-Vereinigungen 76,12. Von den zwölf Baugewerks-Vereinigungen steht die Nordöstliche Baugewerks-Vereinigungen mit der Unfallhäufigkeit an dritter Stelle. Darüber sollte auch der Vorsitzende dieser Genossenschaft, Herr Deurat-Felisch, einmal nachdenken. Und wenn er dies ohne Vorurteil gegen die Arbeiter tun kann, dann werden alle die verletzten und getöteten Bauarbeiter vor seinem geistigen Auge aufmarschieren, die durch die gewissenlose Profitgier der Arbeitgeber Leben und Gesundheit verloren haben. Und ihre Zahl wird Legion sein. Freilich, gegen solche Betrachtungen ist der konservative Landtagsabgeordnete Herr Felisch gefest, er sieht in dem Rente beanspruchenden Arbeiter im allgemeinen nur den Faulenzer, der nicht Lust zur Arbeit hat. — Wie auf allen Gebieten, so werden auch auf diesem die Arbeiter so lange kämpfen, bis ihnen ein größerer Schutz für Leben und Gesundheit gemahnt wird und die zu diesem Zweck notwendige Forderung, daß die Bauarbeiter bei der Heberwahrung der Betriebe mitzuwirken haben, erfüllt ist.

Gerichts-Zeitung.

Ein „bissiger“ Schuhmann.

Unter der Auflage der gefährlichen Körperverletzung stand der frühere städtische Schuhmann Max Frommhold. Bei einer Balgerei mit einem Arbeiter Sch. hatte er den Gegner derart kräftig in den linken Zeigefinger gebissen, daß dieser verbleibt ist und entfernt werden muß. Er war am 23. Juli dienstfrei und in Zivil, als er in angetrunkenem Zustande über den Leipziger Platz ging, den auf dem Platze stehenden Korb des Sch. ergriff und die darin befindliche Ware — Handschuhe, die Sch.'s Frau bearbeitet hatte und Sch. abzuliefern im Begriff stand — in die Anlagen warf. Sch. ging nun mit Schimpfen auf Fr. zu und sagte ihm an, dieser wehrte sich, es kam zur Balgerei, bei der dann der verhängnisvolle Biß erfolgte. Fr. mußte sofort seine Stellung aufgeben. Das Schöffengericht verurteilte den „bissigen“ Angeklagten nur wegen einfacher Körperverletzung zu 50 M. Geldstrafe, weil es das menschliche Gebiß als ein gefährliches Werkzeug nicht anerkennen konnte. So mild fiel die Strafe auch deshalb aus, weil Fr. von Sch. erst angegriffen wurde und sich in Verteidigung befand, und weil er durch den Verlust seiner Stellung schon schwer gestraft sei.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleischi Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft regt, Preise fest. Fisch: Zufuhr reichlicher, Geschäft ziemlich regt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Subfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise fast unverändert.

GEGRÜNDET 1867



Jerusalem Str. 38-39
Friedrich-Straße 75
Potsdamer Straße 2
Tauentzien-Straße 19a
König-Straße 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146

Oktober 1910:
RIXDORF,
Bergstraße 25-26

Zentrale und Versand:
Jerusalem Str. 38-39

Orthopädische Abteilung
Institut

für Herstellung von Maß-Schuhwerk und Plattfuß-Einlagen nach individuellen Fußabdrücken unter spezialärztlicher Ueberwachung. Kostenlose ärztliche Sprechstunden wochentags von 1/25 bis 7 Uhr in den Geschäftsräumen Jerusalem Str. 38-39

Für den Herbstbedarf

Die diesjährige Herbstmode bringt wiederum eine Fülle von Neuheiten, die in den Stiller'schen Geschäften in unübertrefflicher Reichhaltigkeit vertreten sind. Erstklassige Qualität, vorzügliche Paßform und konkurrenzlose Preiswürdigkeit bilden auch hier die Eigenschaften, die den „Stiller-Stiefel“ charakterisieren.

Jagd- und Pirsch-Stiefel extra stark und wasserdicht gearbeitet
Reit-Stiefel u. Gamaschen erstklassige Verarbeitung — hochelegante Schaftschnitte

Herren-Lackstiefel und -Schuhe für Straße und Gesellschaft in ganz neuen Facons

Phantasie- und Luxusschuhe für Damen Neueste Pariser, Wiener und eigene Modelle

Elegante Abendschuhe für Damen für Theater, Ball und Gesellschaft

Feine Damen-Strümpfe Aparte Schuh-Schnallen Beste Pariser und deutsche Fabrikate

Haupt-Preislagen für Damen- und Herren-Stiefel

10.50 12.50 15.50 18.00

Naturgemäße Kinder-Stiefel

Vorschriftsmäßige Kinder-Tanzschuhe

Der reichillustrierte Haupt-Katalog wird kostenfrei versandt.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsorganisationen. Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 15. September der Kollege, **Heinrich Gericke** (Brauerei Waminger) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, den 18. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Sachsenhausen bei Oranienburg, Friedrichstr. 5 aus. Rege Beteiligung erwartet.

13/6 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 8. September der Kollege, **Reinhold Schulz** (Weißbierbrauerei S. Richter) infolge Unfalls verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

13/5 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Adolf Meyer** am 14. September cr. im Alter von 62 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. September cr., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Friedrich-Werderschen Friedhofes, Bergmannstr. 42-44, aus statt.

153/13

Den Mitgliedern geben wir ferner bekannt, daß der Kollege **Karl Schulhoff** am 16. September cr. im Alter von 33 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhofe der jüdischen Gemeinde in Weihensee statt.

Die Ortsverwaltung I.

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Steglitz.)

Am 15. September verstarb unser langjähriges, treues Mitglied der Kollege **Wilhelm Freitag.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Friedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 31/10 Der Zweigvereinsvorstand.

Zentral-Verband der Böttcher, Weinküter und Hilfsarbeiter Deutschlands. - Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Julius Podlich** am 18. d. Mts. im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Margjahn aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Mutter und Nichte **Emilie Lüdke** geb. Mars am Donnerstag, den 15. d. Mts. nach schwerem Leiden verstorben ist.

Zu Namen d. trauernden Hinterbliebenen **Karl Mars,** Zeitungs- und Spedition.

Die Beerdigung findet am Montag, den 19. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

917b

Todes-Anzeige.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Mutter und Nichte **Emilie Lüdke** geb. Mars am Donnerstag, den 15. d. Mts. nach schwerem Leiden verstorben ist.

Zu Namen d. trauernden Hinterbliebenen **Karl Mars,** Zeitungs- und Spedition.

Die Beerdigung findet am Montag, den 19. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

917b

Dankfagung.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des **Bubers** **Heinrich Tarun** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des „Gangvereins der Böhmer Berline“, desgleichen den Kollegen im fernem Schweden unseren herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe nebst Kindern. Güstebitz, den 15. Sept. 1910.

Dankfagung.

Für die rege Beteiligung und die reichen Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, insbesondere dem Verbands der Transportarbeiter, der Hilfsarbeiter, den Kollegen der Firma Wille, den Genossen des 4. Berliner Fleischtagewahlkreises, den Fensterputzern, dem Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“ sowie Herrn Hiltem für die kostbaren Worte meines besten Dank.

Elisabeth Lietz, geb. Köhler, 912b

Dankfagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Sohnes, Bruders und Bräutigams **Franz Garbe** sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank.

913b Die trauernden Hinterbliebenen. Berlin O. - Weihen.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“ Mitglied des Arbeiters-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, 18. September. 5. Abt.: 6 Uhr: Perrentour. Streifzüge durch den Westen 8 Uhr: Räderstort. 1 Uhr: Schönliche Start: Etzsum.

Musik-Instrumente

= jeder Art = auf Teilzahlung.

Berlin Prinzenstr. 75.

Rixdorf Reuterstr. 54

SALAMANDER

Einheitspreis für Damen und Herren M. 12.50 Luxus-Ausführung M. 16.50 Fordern Sie Musterbuch V



Salamander

Schuhges. m. b. H., Berlin

W 8. Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilsnacker Strasse Ecke Turm-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 30
Steglitz, Schloss-Strasse 20

Virtuosen Nähmaschinen ohne An- wendung gebrauchte (hochbillig) Sta- bilität 99. Warmanstrasse 47. 3,00
Haarfärbemittel, unübertroffen, un- schädlich, macht 0,50, 1,50, 3,00. Orlikler, Charlottenstraße 5.

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?
So kaufen Sie
Ia. Briketts nach Gewicht!
A. B. KOCH
Kohlen- und Briketts-Großhandlung
gegründet 1893.
Hauptkontor:
Berlin O. 84, Petersburger Straße 1.
Telephon Amt 7, 3040 u. 3030.

Lagerplätze:
I. Rüdersdorfer Str. 71 - Ostbahn, Küstriner Platz.
II. Fruchtstr. 13 - Ostbahn, Güterbahnhof.
III. Behmstr. 28-34 - Ecke Schivelbeiner Straße.

Preise für Ia. Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Ztr an:
Ia. Halbsteine Hausa p. Ztr. 80 Pf.
Ia. Marienplück Salon p. Ztr. 82 Pf.
Ia. Gotthold Salon . . . p. Ztr. 92 Pf.
Ia. Diamant Salon . . . p. Ztr. 1.- M.
(ges. geschätzt p. Ztr. 115-120 St.)
Ia. Ilse Salon . . . p. Ztr. 1.- M.
Ia. Anthracit Cadé . p. Ztr. 2,30 M.

Transport bis in den Keller oder 4. Etage, je nach Quantum, 10-18 Pfennige mehr.

Bruchbriketts guter Qualität und Steinkohlen billigst. - Koks zu Anstaltspreisen. Holz, nach Wunsch zerkleinert, per Ztr. 2,00 M.

Bei größeren Abschüssen und Original-Waggons sämtlicher Brennmaterialien verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Versand nach allen Bahnhöfen

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Unsererlei 2 Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte, stark. Garb.

Schwere Leder-Flot-Taschen. Große Pflücken unsonst. Frota dieser u. 1 und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 39-50 - Brückenstr. 27
Gr. Frankfurterstr. 30
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Hauptkatalog gratis und franko

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verbandsamt: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Montag, den 19. September 1910, abends 7 Uhr:

Große Versammlung

aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

in Graumanns Festsälen, Raunynstraße Nr. 27.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Link über: „Aus der Praxis der Gewerbergerichte“. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten. 4. Verhandlungsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Montag, den 19. September 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in der Eisenmöbel-Industrie beschäftigten Arbeiter

in Dräfelds Festsälen, Neue Friedrichstraße 85.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Schriftsteller Max Grünwald über: „Kon- ardie, Republik und Arbeiterbewegung“. 2. Bericht der Kommission. 3. Branchenanliegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen der Firmen: Karl Schulz, Reinhold, Paul Rebe, Jörner u. Schulz, Guban Dinge, Schöngraff, Ywald, Amerikanische Metallbrennstofffabrik, Karl Seiffert, Runge, Senz, Fiedt u. Rander, Grath und Brand sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.

Montag, den 19. September 1910, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in den galvanischen Anstalten der Gelbmetallindustrie beschäft. Galvanisierer, Fräher, Hilfsarbeiter, Arbeiterinnen

in den „Rittersälen“, Ritterstraße 75.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe, und wie können wir dieselben verbessern. 2. Diskussion. Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages- ordnung erwarten wir zahlreiches Erscheinen.
Folgende Betriebe sind besonders eingeladen: Baer u. Stein, Möbier, Wolf und Bergfeld.

Achtung! Erwerbslose (Kranke)!

Wegen Quartalsabschluss bleibt das Bureau am Sonnabend, den 1. Oktober d. J., den ganzen Tag geschlossen und erhalten die Kollegen für diesen Tag schon am Freitag, den 30. September, ihre Unter- stützung ausgezahlt.

Die Kollegen, welche über den 1. Oktober hinaus krank sind, werden ersucht, ihre Unterstüttung spätestens bis 30. September d. J. abzu- geben, da dann gleichzeitig sämtliche Bücher wegen Quartalsabschluss eingezogen werden.

Ausgeschlossen davon sind diejenigen Kollegen, welche sich in Kranken- häusern oder Heilanstalten befinden und nach Beendigung der Krankheit ihre Unterstüttung abgeben.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Achtung! Jalousiearbeiter! Achtung!

Am Sonnabend, den 17. September, kommen auf der Zahlstelle die neuen Tarife zur Ausgabe. Die Kommission.

Bautischler, Bezirk IV.

Montag, den 19. September 1910, abends 6 Uhr, bei Raabe, Kolberger Str. 23:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Große Möbel-Woche bei **M. Glogau**

Der Name meiner Firma allein genügt als Reklame und bietet Ihnen die allerbeste Garantie, wirklich real und vorteilhaft bedient zu werden. Für Sie kommt daher nur eine Firma in Frage und diese ist

M. GLOGAU

das größte aller Kredithäuser

Alte Jakobstrasse 73, Ecke Ross- und Dresdener Strasse

Unerreichtes Möbel-Angebot auf Kredit!

Eine kleine Einrichtung	Ein Schlafzimmer und Küche	1 kompl. Wohnzimmer, Schlafzimmer u. Küche
von 120 bis 140 M.	von 170 bis 220 M.	von 300 bis 500 M.
Anzahlung 10 M. bis 12 M.	Anzahlung 15 M. bis 20 M.	Anzahl. 25 M. bis 40 M.
1 Bettstelle mit Matr., 1 Kleiderschrank, 1 Tisch, 3 Stühle, 1 Spiegel, 1 Sofa, 1 Kommode	2 kompl. Betten, 1 Kleiderschrank, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 Diwan, 1 Vertiko, 1 Waschtisette, 1 kompl. Küche	2 kompl. Betten, 1 Trumau, 1 Diwan, 1 Spiegelschrank, 1 Vertiko, 1 Waschtisette, 2 Nachttische, 1 Tisch, 1 Chaiselongue, 4 Stühle, 1 komplette Küche

Hoch- elegants Wohnungs-Einrichtungen Anzahlg. 55 bis 80 M.

Schreibtische etc. Umbauten etc. Portieren etc.
Grosse Versand-Abteilung nach ganz Deutschland - Kataloge gratis

Herren-, Damen-Konfektion auf Kredit!
Ganz kolossale Auswahl in:
Herren-Anzügen 24, 30, 36, 42 M. Anzahlung 5 M.
Herren-Paletots 46, 50, 55, 60 M. Anzahlung 8 M.
Damen-Paletots, -Jacketts, -Kostüme, -Röcke, -Blusen
Kinder- und Backfisch-Kleider

Anfertigung nach Mass zu wirklich soliden Preisen und Bedingungen

Sofort beim Einkauf ein wundervolles Lederwarenpräsent

Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder.

M. GLOGAU Alte Jakobstr. 73
Ecke Dresdener und Ross-Str.

Zur Einsegnung!



Anzüge aus schwarzem Kammgarn u. Meltonstoffen

M. 21.50, 17.50, 14.50

Anzüge aus dunkelblauem Kammgarn-Cheviot, ein- u. zweireihige Form.

M. 28.50, 24.50, 18.50

Anzüge aus tief-schwarzen Ia. Kammgarn- u. Tuch-Kammgarn-Stoffen. Pa. Verarb.

M. 36.00, 30.50, 24.50

Anzüge zur Prüfung aus haltbaren, modern gemusterten Stoffen

M. 22.50, 19.00, 17.50

Nur eigene Konfektion. Prima Roßhaar-Verarbeitung.

M. Schulmeister

BERLIN SO., Dresdener Str. 4, Hochbahn-Station Kottbuser Tor.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie

A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Wir sind

immer auf der Höhe und infolgedessen darauf bedacht, für Sie zu sparen. Dieses erreichen wir, und Sie legen viel Geld zurück, wenn Sie Ihren Bedarf an Kleidungsstücken im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Str. 93 bedenken. — Wir sind mit

die Billigsten

am Plage, deshalb können Sie sich bei uns für wenig Geld schön und elegant einkleiden, denn wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinen Kavalleristen nur wenig getragene, in den ersten Werksstätten

von Deutschland

und dem Auslande, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Halbarkeit unübertroffene

	Serie I	Serie II	Serie III
Maß-Anzüge	8 M.	14 M.	18 M.
Maß-Paletots	6 M.	12 M.	16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

nur Gr. Frankfurter Straße 93, nur

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Streng reelles christl. Geschäft. Keine Filialen am Plage.

Abteilung II: Neue Garderoben.

nur Große Frankfurter Str. 93.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen

der Firma

Fischer & Herwig, Hann. Münden.

Erstklassiges Fabrikat.

Hauptniederlage:

Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70

Amt VII, 3047.

296L*

Möbel

Stube und Küche

Anz. von 15 M. an.

Einzelne Möbelstücke

Anz. von 3 M. an, wöchentlich 1 M.

M. Beiser, Lothringer Str. 67.

In Ihrer Hand

liegt es,

die richtige Einkaufsquelle auf Kredit zu wählen. Meine Lager, Lokalitäten sowie Zahlungs-Bedingungen sind in dieser Saison spez. in jeder Beziehung unerreicht.

In ca. 1000 Qu.-M. grossen Räumen empfehle folgende

Möbel-Einrichtungen

Möbel-Einrichtung A. | Möbel-Einrichtung B. | Möbel-Einrichtung C.

Mit einer Anzahlung von Mk. 10	Mit einer Anzahlung von Mk. 20	Mit einer Anzahlung von Mk. 35
1 Bettstelle 1 Kleiderspind 1 Tisch, 2 Stühle 1 Spiegel 1 Spiegelspind oder 1 Küche Gesamtpreis 90—110 Mk. Gratis: 2 Bett-Verleger.	2 Bettstellen, 1 Tisch, 1 Spiegel 4 Stühle, 1 Spiegelspind 1 Kleiderspind, 1 Vertiko 1 Küchenspind 1 Küchentisch, 2 Stühle 2 Küchenarmen 1 Küchenhandtuchhalter Gesamtpreis 200—220 Mk. Gratis: 1 Teppich.	2 Bettstellen mit Matratzen 1 modernes Kleiderspind 1 modernes Vertiko 1 Sopha, 1 Trumeau 6 moderne Stühle 1 moderner Tisch 1 komplette farbige Küche Gesamtpreis 300—400 Mk. Gratis: 1 Regulator.

Englische Schlafzimmer	Herrn-Zimmer	Spise-Zimmer	Moderne bunte Küchen
Grosser Pracht-Katalog gratis	Versand innerhalb Deutschlands franko!		Elektrische Fahrstühle in allen Etagen!

Auswärtigen Käufern vergüte ich die Eisenbahnfahrt!

Kolossale Auswahl: **Herren-** Jackott-Anzüge, Reck- und Gohrock-Anzüge, Paletots und Uister. **3 Mk. an** Anzahlung

In besonderen Abteilungen

Damen-Kleider u. Kostüme, Jacketts, Paletots, Mäntel, Pelz-Stolias, -Kragen, -Jacke, is, Kostümröcke, schwarz u. farb. Blusen in allen Ausführungen.

Grösstes Kredithaus Deutschlands!

A. DAMITT

Rosenthalerstr. 46/47 Müllerstr. 181!

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Sommer noch **Nickelswerder**, an der neuen Meerstraße

Arbeiter finden für ihren Beruf

gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke, Laden geld gestrichen.

Monats-Garderobe!

Die besten Frühjahrs-Paletots und Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frackanzüge, sowie getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in grösster Auswahl zu unübertroffenen

billigen Preisen.

1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden. 101/12*

Hirsch Kleiderhaus, Wassortorstr. 12/13 I (früher Pringstr. 33).

Schneiderei

für elegante

Herren-Moden

Fertig und nach Mass. — Garantie für tadellosten Sitz und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von

1 Mk. an.

J. Kurzberg

Rosenthalerstr. 40

direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. I. Etage.



CHARLOTTENBURG

Uhren und Goldwaren

F. Stabnow, Berlinerstr. 140

1 Mark

wöchentliche Teilzahlungen liefern elegante fertige

Herren-Garderoben

Erteilt für Maß. Anfert. n. Maß. Tadellose Ausf.

Julius Fabian

Schneidermetr.

Große Frankfurterstr. 37 II

Eingang Strausberger Platz. II. Geschäft: Turmstr. 18 nur erste Etage, kein Laden.



Photographie

J. Fuchs

Meine Filialen sind nur:

Berlin

Friedrichstraße 108

Friedrichstraße 138

Königstraße 52

Rosenthaler Straße 72a

Schöneberg

Hauptstraße 19

Rixdorf

Bergstraße 151-152

(Passage-Neubau) **Fahrrad**

Bitte zu beachten: In Charlottenburg unterhalte ich keine Filialen.

Veranlaßt durch die große Nachfrage gebe ich noch einmal jedem

Umsonst

von Sonntag, den 18. September,

bis Sonntag, den 25. September inkl.

eine

Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei

Größe 42 x 50 cm mit eleganter Aufmachung,

der sich in dieser Zeit eine Aufnahme bestellt.

12 Visit glänzend 1.⁸⁰ 12 Visit matt 4.⁰⁰

12 Kabinett „ 4.⁸⁰ 12 Kabinett matt 8.⁰⁰

Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig.

Geöffnet von 9—7 Uhr.

Man achte genau auf die Größe meiner diesjährigen Gratis-Bilder.

Die Säuglingssterblichkeit und ihre Bekämpfung in Charlottenburg.

Die Feststellungen der Statistik über die Säuglingssterblichkeit haben ergeben, daß sie in den verschiedenen sozialen Schichten je nach dem Einkommen und den Familienverhältnissen sehr verschieden ist. Am größten ist sie bei den ärmeren Volksschichten und bei den ehelosen Müttern in den ersten Lebensjahren und Wochen, weil bei ihnen oft verschiedene das Leben bedrohende Umstände zusammen treffen und der Mensch in seinen ersten Lebensjahren ihnen am wenigsten Widerstand entgegenzusetzen kann.

An Lebensschwäche sterben viele Kinder schon in den ersten drei Lebensjahren. Das sind solche, die schon im Mutterleibe nicht genügend Nahrung erhalten haben. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes *) in Charlottenburg starben in Charlottenburg

	1906		1907		1908	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.
an Lebensschwäche	22	9	25	17	20	21
am Tage der Geburt	19	9	20	6	29	10
am ersten folgenden Tage	10	6	14	11	4	3
zusammen	51	24	59	44	48	34
an den folgenden 27 Tagen	81	21	87	28	87	21
	127		108		138	

Kann eine Schwangere sich nicht aus eigenen Mitteln genügende und kräftige Nahrung verschaffen, dann ist es Pflicht ihrer Mitmenschen, ihr diese Nahrung schon während ihrer Schwangerschaft zu geben, sonst kann sie kein gesundes und lebenskräftiges Kind zur Welt bringen. Aus diesem Grunde haben Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung schon im Herbst 1904 beantragt, daß unermittelten Schwangeren bereits 6 Wochen vor ihrer Entbindung seitens der Stadt befristete kräftige Ernährung täglich ein nahrhaftes Mittagessen geliefert werde, damit sie kräftige Kinder gebären und nach ihrer Entbindung im Stande seien, ihren Neugeborenen dann eine kräftige Brustnahrung zu geben, die Hauptbedingung für ein gutes Gedeihen der Kinder. Auch beantragten sie, solche bedürftige Schwangere zur Beschaffung der durch ihren Zustand bedingten weiteren Bedürfnisse auch mit den hierzu nötigen Geldbeträgen zu unterstützen.

Diese Anträge fanden allerdings sogleich eine erbitterte Widerlegung. Ein Mitglied der zu ihrer Beratung eingesetzten gemischten Deputation verstieg sich unter anderem dabei zu folgenden charakteristischen Äußerungen: „... Vergewissert man sich, von wem und unter welchen Umständen ein solches Individuum ein uneheliches Kind

erzeugt und unter welcher erschwerenden Umständen sich die Frucht entwickelt — ein Erzeugnis, welchem von Anbeginn der Fluch der Mutter (1), welche alles daransetzt, den Keim eher zum Erstickten als ihn zur Entwicklung zu bringen anhaftet —, wie sie oftmals in bedrängter, oft bei ausschweifender Lebensweise der Mutter ausgetragen wird, wo und wie sie schließlich zur Welt befördert worden ist, kann man dann noch darüber erstaunt sein, daß das Wesen, dem der Todesstoß gleich mit auf den Lebensweg gegeben ist, sehr bald wieder hinwegzittert? Und, muß man weiter fragen, ist es denn ein solch' großes Unglück, wenn recht bald diesen lebensunfähigen Dasein ein Ende bereitet wird?“

Zwar konnte die Mehrheit der Deputation solchen Ausführungen nicht zustimmen, aber auf die Anträge selbst sträubte man sich einzugehen, und es bedurfte der zähen Beharrlichkeit der Antragsteller, die allmähliche Annahme ihrer Anträge in den nächsten Monaten und Jahren durchzusetzen, und auch dann war ihre Durchführung nur eine sehr unzulängliche. Man hat ein Uebereinkommen mit dem Hauspflegerverein getroffen, der den darum nachsuchenden Schwangeren, unehelichen und ehelichen, etwa vier Wochen vor ihrer zu erwartenden Entbindung mittags eine

kräftige Suppe reichen läßt. 1909 wurden so an 280 Schwangere ein Teller Suppe verabreicht. Das ist doch noch keine genügende Ernährung für eine Schwangere.

Auch dem Antrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten, Schwangere zur Befreiung weiterer Bedürfnisse mit den nötigen Geldbeträgen zu unterstützen, kam der Magistrat wohl noch; aber er begrenzte diese Unterstützung bis auf höchstens 6 M. pro Woche. Im ganzen wurden 1906 als gesamte Schwangerenbeihilfe 1488 M. an 148 Schwangere verwendet, das sind von den 640 unehelichen Gebärenden in diesem Jahre noch nicht der vierte Teil. 1907 wurden 1809 M. zur Beihilfe für 185 Schwangere verwendet, 1908 8000 M. und 1909 4000 M. zur Vorerzählung Schwangerer verwendet.

Zur Entbindung fanden wohl stets Gebärende unentgeltliche Aufnahme in der städtischen Entbindungsanstalt in der Kirchstraße, einige auch im Kaiserin-Augusta-Viktoriahause; aber leider sind die Räumlichkeiten in dem Hause in der Kirchstraße so ungenügend und überfüllt, daß dort viele Entbundene schon vor Beendigung einer Woche wieder entlassen werden mußten, um anderen Gebärenden Platz zu machen, ein Uebelstand, der durch Errichtung einer neuen städtischen Entbindungsanstalt in der Sophie-Charlottenstraße behoben werden soll. Leider wird das wohl noch ein paar Jahre dauern.

Im Kaiserin-Augusta-Viktoriahause und im Säuglingsheim auf Westend können viele Entbundene noch eine Zeitlang nach ihrer Entbindung mit ihren Kindern unentgeltlich zusammenbleiben, wo sie zum Selbststillen derselben angehalten werden und sich sonst angemessen beschäftigen können. Andere in ihrer Wohnung Entbundene wurden vom Hauspflegerverein und vom Elisabeth-Frauenverein gepflegt.

Die Beihilfen der Stadt für die Neugeborenen erfolgt besonders durch die Säuglingsfürsorgestellen. In Charlottenburg wurden zuerst 1906 vier Säuglingsfürsorgestellen eröffnet, deren Benutzung seitens der Mütter allmählich eine lebhaftere wurde. In den 9 1/2 Monaten vom 15. Juni 1906, dem Eröffnungstage, bis zum 31. März 1908 wurden hier 658 Säuglinge vorgelegt und in Beratung und Beaufsichtigung genommen, für die auch gute Milch zu einem billigen Preise und event. unentgeltlich geliefert wurde. Obgleich viele Mütter und Pflegerinnen enttäuscht waren, daß keine ärztliche Behandlung erkrankter Kinder in den Fürsorgestellen erfolgte, stieg im folgenden Jahre die Zahl der vorgelegten Kinder auf 2988, was die Errichtung einer fünften Fürsorgestelle und einer weiteren Milchküche nötig machte. 1908 stieg die Zahl der vorgelegten Kinder auf 3279 und 1909 auf 3561, etwa die Hälfte aller Neugeborenen, was zur Eröffnung einer sechsten Fürsorgestelle im Kaiserin-Augusta-Viktoriahause führte. Unter dem Einfluß dieser Anstalten stieg der Prozentsatz der an der Brust genährten Säuglinge von 32,46 Prozent im Jahre 1906 auf 66,53 Proz., 75,5 Proz. und 75,2 Proz. in den folgenden Jahren.

Um das Selbststillen der Mütter zu befördern, wurden an viele Mütter Stillprämien in Form von je ein Liter Milch pro Tag unentgeltlich verabfolgt. Freilich reicht diese Unterstützung nicht aus, um es den Müttern zu ermöglichen, während der Stillzeit die gewerbliche Arbeit in Gewerben oder Fabriken aufzugeben. Daher wurden seitens der Stadt auch Barunterstützungen an unermittelte Stillende gewährt. 1909 wurden für Säuglinge- und Mütterpflege vor und nach der Geburt im ganzen 115 280 M. seitens der Stadt verausgabt.

Im Herbst 1908 errichteten die städtischen Behörden in Charlottenburg auch eine General-Vormundschaft, um vorkommenden Notständen unehelicher Mütter abzuwehren. Am 1. April 1910 unterstanden derselben 749 Säuglinge, von denen 300 bei der Mutter, 313 in städtischen Pflegestellen und 383 in Haltestellen sich befanden. 1909 zog der Generalvormund mehr als 78 000 M. für seine Mündel von den unehelichen Vätern ein. Durch das Zusammenwirken aller dieser Einrichtungen erfolgte in den letzten Jahren die Säuglingssterblichkeit eine wesentliche Ver-

minderung. Jedoch ist die Herabminderung der Säuglingssterblichkeit nicht allen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig zugute gekommen, sondern vorwiegend den ehelichen Säuglingen. Denn es starben im 1. Lebensjahre von

	1905	1906	1907	1908	1909
100 ehelich Lebendgeborenen	14,02	12,84	10,73	11,08	10,65
100 unehelich Lebendgeborenen	28,02	24,18	26,22	24,54	20,16

Die Sterblichkeit der unehelichen Kinder ist also auch in Charlottenburg immer noch ein doppelt so große als die der ehelichen.

Der Umstand, daß vielen unehelichen Müttern, aber auch vielen ehelichen, trotz aller oben geschilderten Wohlfahrtsanstaltungen es nicht möglich ist, ihre Kinder an der Brust zu ernähren, weil sie entweder selbst zu geschwächt sind, um gesunde und genügend Milch produzieren zu können, sei es, weil sie gezwungen sind, zur Erhaltung des Lebensunterhaltes in Stellung oder auf Arbeit zu gehen. Sie müssen dann ihr Kind in Pflege geben, was diesem oft zum Verderben wird. Wohl sind diese Pflegerinnen einer gewissen Kontrolle seitens der städtischen Behörden und humanitärer Vereinigungen unterstellt, aber Brustnahrung erhält doch bei ihnen ein Säugling nur in den seltensten Fällen, und andere Schädigungen, die in der Wartung und Wohnung liegen, kommen oft hinzu. Daher zeigen sich, wenn das Kind nicht bald an Lebensschwäche hingestorben ist, bei künstlicher Ernährung nach einigen Wochen Verdauungsstörungen, die sehr oft in kurzer Zeit in tödlich endenden Magen- und Darmkatarrh übergehen.

Von anderen Todesursachen kommen im ersten Lebensjahre noch häufig verschiedene Erkrankungen der Atmungsorgane vor; aber diese erstrecken sich auch und zum Teil mehr auf die folgenden Jahre. Von Unehelichen sterben an ihnen im ersten Lebensjahre 18,97 Proz.

Während die unehelichen in den Jahren 1906, 1907 und 1908 lebendgeborenen Kinder in Charlottenburg 12,13 Proz. aller in dieser Zeit lebendgeborenen Kinder betragen, machen die an Lebensschwäche Gestorbenen von allen an Lebensschwäche im ersten Jahre in dieser Zeit Gestorbenen 22,17 Proz. aus und alle in dieser Zeit an Magen- und Darmkatarrh Unehelichen unter ein Jahr alt Gestorbenen von allen in dieser Zeit im ersten Lebensjahre an Magen- und Darmkatarrh Gestorbenen 25,00 Proz. aus. Bei den an Magen- und Darmkatarrh gestorbenen Unehelichen ist also die Sterblichkeit noch einmal so stark als bei allen. Bei den an anderen Krankheiten gestorbenen Unehelichen ist der Prozentsatz 18,97. Hier sind also die Ursachen, warum die Sterblichkeit der unehelichen Kinder auch jetzt noch in Charlottenburg noch einmal so groß ist als bei den ehelichen. Ihr Leben muß in jeder Weise vor und nach ihrer Geburt besser behütet werden. Aber zum gesunden Gedeihen gehören auch gute Wohnungsverhältnisse. Ungefundene Wohnungen gibt es noch viel in Charlottenburg und anderwärts. Um die Verhältnisse in dieser Beziehung etwas herzustellen, hat das hiesige statistische Amt auch bei Todesfällen die Wohnungen der in den Jahren 1906, 1907 und 1908 Verstorbenen nach Größe und Zahl der Bewohner festgestellt und die Ergebnisse im 22. Heft der Charlottenburger Statistik veröffentlicht. Das Alter der Verstorbenen wurde bei dieser Zusammenstellung leider nicht berücksichtigt. Nur in betreff der an Magen- und Darmkatarrh, Abzehrung und Durchbruchall Gestorbenen wurden die im ersten Lebensjahre Gestorbenen besonders ermittelt. Am meisten sterben Kinder unter einem Jahre in Wohnungen von einem Zimmer, das von mehr als zwei Personen bewohnt ist; auch von älteren Personen sterben darin die meisten. Das alles zeigt, daß zwar manches schon im Laufe der letzten Jahre zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit auch in Charlottenburg geschehen ist, daß aber noch viel geschehen muß, um namentlich die Neugeborenen der Unehelichen und der zum Proletariat gezählten zu schützen und die immer noch hohe Sterblichkeit auch dieser herabzubringen, was in anderen Ländern bereits geschehen ist. Hier wird es auch speziell Aufgabe des neugeschaffenen Wohnungsamtes sein, in zäher Beharrlichkeit Besserung zu schaffen.

*) Charlottenburger Statistik, 22. Heft S. 50-61.

Billiger Blusen-Verkauf!

Beachten Sie, bitte, dieses billige Angebot

- Ein Posten gestreifte Satin-Barchent-Oberhemden 2⁴⁵
zum Durchknöpfen mit abnehmbarem Kragen
- Ein Posten elegante Tennis-Oberhemden 3⁵⁰
zum Durchknöpfen, in reicher Faltenlage, mit Wäschekragen
- Ein Posten Popelin-Oberhemden 3²⁵
in modernen Streifen, sauber verarbeitet
- Ein Posten reinwollene Popelin-Oberhemden 5⁷⁵
ganz gefüttertes Vorderteil, mit Säumchen, zum Durchknöpfen

Ein Posten elegante Wollblusen bisheriger Preis bis 11.75 Serie I 5²⁵ Serie II 7⁵⁰
auf Futter in hellen, sporten Streifen Jetzt

Die Restbestände der weissen Blusen Serie I 95 Pf. Serie II 1⁸⁵ Pf. Serie III 2⁷⁵ Pf. Serie IV 3⁷⁵ Pf. Serie V 4⁷⁵ Pf.
Zu ausserordentlich billigen Räumungspreisen: hohelegante Abarbeitung, aparte Dessins.

Ein Waggon Emaille: Wannen 90 Pf. | Eimer 73 Pf.
oval 1.50, 1.30, 1.10 | 28 cm, mehrere Farben

Reiner deutscher Kakao Pfund 72 Pf. | Block-Schokolade garantiert rein Pfund 65 Pf.

A. Weiss & Co. Nachf.,

Inhaber: Fritz Priour

SCHÖNEBERG

Hauptstrasse II Ecke Verbergraben

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

In dieser Woche

Extra-Preise

für

Herren-Anzüge

Serie I Regul. Verkaufswert bis M. 25 15⁵⁰ M.	Serie II Regul. Verkaufswert bis M. 30 19⁷⁵ M.	Serie III Regul. Verkaufswert bis M. 35 25⁰⁰ M.
Serie IV Regul. Verkaufswert bis M. 40 29⁵⁰ M.	Serie V Regul. Verkaufswert bis M. 52 39⁰⁰ M.	

Herbst-Paletots

Serie I Regul. Verkaufswert bis M. 25 19⁵⁰ M.	Serie II Regul. Verkaufswert bis M. 30 24⁰⁰ M.	Serie III Regul. Verkaufswert bis M. 40 32⁰⁰ M.
---	--	---

Meine Konfektion ist eigenes Fabrikat und die vollkommenste in Passform, Verarbeitung und Schick

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.

Möbel **Möbel**

ganzgehobene Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gebogener Arbeit empfiehlt

Wilh. Sambrecht,
Berlin SW., Simeonstr. 19.

Verlangen Sie, bitte, Illustr. Provisio an der Allen Zafobstraße.

Willst Du Kleidung gut und billig haben, Kaufe in dem

Roten Laden.

Spezial-Haus für Arbeiter- und Berufs-Kleidung. Streng reelle Bedienung.

Schöneberg, Hauptstraße 108.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der

Kapitän-Kautabak

seinen guten Ruf erhalten.

Der echte Kapitän-Kautabak (gesetzlich geschützt) wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).

Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.

Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Priemosen gratis erhältlich sind.

Vertrieb: **Carl Höcker,** Berlin, Grüner Weg 112.
Amt 7, 3861.

Lütkower Str. 5a
am Rathaus 9275

Nur Sonnabend, Sonntag:
Schmeinschinken, Schuler . . . 75 Pf.
Kaiseler . . . 80, 85, 90
Rüdenfett u. Bauch . . . 70
Schmorfleisch, Rouladen . . . 100
Suppenfleisch . . . 70-80
Dammfleisch, Räden . . . 85-90
5 Pf. gemischte Wurst . . . 4 u. 5 Pf.



Bettfedern staubfrei u. geruchlos,
0.50, 0.60, 0.90, 1.25, 1.50

Extra-Preise
Halbdunen weiß 1.75, 2.—, 2.25, 2.50
Dunen 2.75, 3.—, 3.50 bis 6.50 pr. Pfd.
Fertige Betten, unerreicht in Größe u. Füllung in allen Preislagen.
Stand von 12 M. an.
Inletten zu Engros-Preisen.
Bettfedern-Fabrik Werther,
nur Gr. Frankfurter Str. 117, 1. Etage.

Märkischer Hof

Admiralstraße 180 (IV. 4694).
Sonnabende und Sonntage im
Oktober-November frei. Jeden Sonntag großer Ball.
12629*

Wegen

Erbschafts-Teilung



werden vom 17. September bis 14. Oktober d. J. sämtliche Waren, auch Anfertigung nach Mass,

10 Prozent

unter den bisherigen Preisen verkauft.

Sehr günstige Gelegenheit Herren-, Jünglings- u. Knaben - Garderobe ausserordentlich vorteilhaft einzukaufen.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
BERLIN SO ■ **BERLIN W**
Oranien-Strasse 166 Potsdamer Str. 113a
Potsdam, Naumer-Str. 23

Auf Kredit! **Auf Kredit!**

40, Berliner Str. 40, Ecke Münchener Str.

Möbel
Betten
Sofas, Kinderwagen
komplette Einrichtungen
Anzüge
für Herren und Knaben
Damen-Konfektion
in riesiger Auswahl auf
Kredit

Wilhelm Schulze
RIXDORF

40, Berliner Straße 40, 1 Treppe,
Ecke Münchener Straße.

40, Berliner Str. 40, Rixdorf, Berliner Str. 40.

Sieben erschienen:

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Heft 24:
Die Hygiene der Arbeiterwohnung.
Von Hugo Hillig, Hamburg.

Ferner sind in der Sammlung erschienen:

Heft 1. Die erste Hilfe bei Unfällen. Dr. Christeller.
Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein.
Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirsch.
Heft 4. Der Nahrungsentzug. Von Dr. Jabel.
Heft 5. Alkoholfrage u. Arbeiterklasse. Von Dr. Kröll.
Heft 6. Das Schulfeld. Von Dr. Silberstein.
Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert.
Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Gajes.
Heft 9. Wie sollen wir uns Heiden? Von Dr. B. Bernstein.
Heft 10. Der Arbeitersohn. Von Dr. R. Epstein.
Heft 11. Frauenleben und deren Verhütung. Dr. J. Jabel.
Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Dr. G. Tsching.
Heft 13. Das Wasserheil-Verfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter.
Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von Dr. L. Jordan.
Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Maruse.
Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertraud Reusab.
Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller.
Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Ranter-Rammheim.
Heft 20. Die Proletarier-Krankheit. Von Dr. J. Jabel.
Heft 21. Atemgymnastik. Von Otto Hähle.
Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Gajes.
Heft 23. Wie hüten wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. Eugen Reichel.

Jedes Heft kostet 20 Pf. in besserer Ausstattung 50 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69 Laden.

In allen Preislagen.

Hüte

R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, Oranienstr.
Nahgeld wird vergütet.

Neue Schriften von **Parvus.**
Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.
Preis 3 M.

Das soziale Problem unserer Zeit.
Preis 40 Pf.

Der Sozialismus und die soziale Revolution.
Preis 25 Pf.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Reinhard Wegner's Schuhwarenhaus

Rixdorf Bergstraße 184 Inhaber: **Kurt Pfauder** Rixdorf Bergstraße 184

erlaubt sich zu der am **Sonnabend, den 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr,** stattfindenden

Eröffnung

seiner erweiterten, modernen Geschäftsräume ergebenst einzuladen.

Jeder Käufer erhält ein Geschenk Besichtigung bereitwilligst, ohne Kaufzwang Jeder Käufer erhält ein Geschenk

Alle Preislagen Hervorragende Qualitäten Größte Formen-Auswahl

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.